D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 19
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

14. Mai 1982
Preis 1,80 DM



Reagans Schwindelcoup

Ein typischer Supermächte-Abrüstungs-Vorschlag für die anstehenden START-Verhandlungen

thm. Reagan schlägt der Sowjetunion vor, im Juni mit den START-Verhandlungen (Strategic Arms Reduction Talks) über Abrüstung der stratgegischen Atomwaffen zu beginnen. Ein

Vorschlag war seit einiger Zeit erwartet worden und kein Wunder, daß Kennedy im Eilverfahren mit Hatfield sein Buch zur amerikanischen Freeze-Bewegung veröffentlichen ließ, um noch einmal Druck auszuüben.

Reagans Vorschlag sieht folgendermaßen aus: Es soll in zwei Phasen verhandelt werden. In der ersten Phase über den Abbau der Trägersysteme und Sprengköpfe. Sie sollen bis auf ein Drittel reduziert werden, auf ca. 850 Träger und 5000 Spengköpfe. Nur noch 50% der Träger und Sprengköpfe sollen landgestützt sein. In einer zweiten Phase soll über die Obergrenzen der Schubkraft der Raketen und der Explosionswirkung der Sprengköpfe verhandelt werden.

Gleichzeitig wurden von der US-Administration neuere Zahlen über die strategische Bewaffnung angegeben. Danach besitzen die USA 2150 Sprengköpfe, die von landgestützten Raketen abgefeuert werden gegenüber 5500 der Sowjetunion. Dafür hat die SU nur 1900 Spengköpfe auf U-Booten stationiert gegenüber 5300 der USA. Nach den sonst erreichbaren länger bekannten Zahlen sollte die SU 6300 Spengköpfe gegenüber 7200 der USA haben. Wie dem auch sei, allemal ergibt sich ein ungefähres strategisches Gleichgewicht. Dies hat Reagan allerdings bisher bestritten und bestreitet es auch weiterhin in seinem Abrüstungsvorschlag.

Reagans Propaganda vom „Fenster der Verwundbarkeit" beinhaltet die

Vorschlag war seit einiger Zeit erwartet worden und kein Wunder, daß Kennedy im Eilverfahren mit Hatfield sein Buch zur amerikanischen Freeze-Bewegung veröffentlichen ließ, um noch einmal Druck auszuüben.

Reagans Vorschlag sieht folgendermaßen aus: Es soll in zwei Phasen verhandelt werden. In der ersten Phase über den Abbau der Trägersysteme und Sprengköpfe. Sie sollen bis auf ein Drittel reduziert werden, auf ca. 850 Träger und 5000 Spengköpfe. Nur noch 50% der Träger und Sprengköpfe sollen landgestützt sein. In einer zweiten Phase soll über die Obergrenzen der Schubkraft der Raketen und der Explosionswirkung der Sprengköpfe verhandelt werden.

Gleichzeitig wurden von der US-Administration neuere Zahlen über die strategische Bewaffnung angegeben. Danach besitzen die USA 2150 Sprengköpfe, die von landgestützten Raketen abgefeuert werden gegenüber 5500 der Sowjetunion. Dafür hat die SU nur 1900 Spengköpfe auf U-Booten stationiert gegenüber 5300 der USA. Nach den sonst erreichbaren länger bekannten Zahlen sollte die SU 6300 Spengköpfe gegenüber 7200 der USA haben. Wie dem auch sei, allemal ergibt sich ein ungefähres strategisches Gleichgewicht. Dies hat Reagan allerdings bisher bestritten und bestreitet es auch weiterhin in seinem Abrüstungsvorschlag.

Reagans Propaganda vom „Fenster der Verwundbarkeit" beinhaltet die These, daß die SU über eine größere Erstschlagsfähigkeit als die USA verfügt. Die SU hat ein absolutes Übergewicht an landgestützten Raketen (SS 17, 18, 19), die treffsicherer und schwerer sind als die seegestützten. Aus diesem „Fenster der Verwundbarkeit" leitete schon Carter seinen Plan ab für eine Stationierung der landgestützten Raketen auf riesigen unterirdischen Schienensystemen, um sie vor einem Erstschlag zu schützen.

Diese These von der strategischen Verwundbarkeit ist schon des öfteren widerlegt worden mit dem einfachen Nachweis, daß die USA selbst bei vollständiger Vernichtung ihre landgestützten Systeme über eine mehrfache Overkill-Kapazität von ihrer praktisch unerreichbaren U-Booten aus verfügen.

Mit seinen Thesen arbeitet Reagan nun weiter. Da nur noch 50% der Waffen landgestützt sein sollen, hätten die USA zwei Vorteile: 1. müßte die SU eine groß angelegte Umrüstungsaktion vornehmen, weil sie ökonomisch und technologisch bisher nur unzureichend in der Lage war, ihre seegestützten Systeme wie die USA auszubauen. Demgegenüber müßte die USA nur ihre vorhandenen Kontingente reduzieren. 2. erhofft sich Reagan dadurch eine Schwächung der Erstschlagsfähigkeit der SU, also sozusagen auf dem umgekehrten Weg: Statt Ausbau der eigenen Bunkersysteme Reduzierung der Waffen in der SU.

Diese Forderung dürfte von der Sowjetunion kaum erfüllt werden. Verteidigungsminister Ustinov sagte schon am Sonntag abend, der Vorschlag müsse in dieser Form abgelehnt werden, weil er nur zu einer Überlegenheit der USA führen würde.

Eindeutig ist der Vorschlag Reagans auch vor dem Hintergrund der amerikanischen Friedensbewegung und der bevorstehenden Wahlen im Herbst für Senat und Repräsentantenhaus zu sehen. Immerhin hat er mit dem Vorschlag Abschied von der „Linkage" genommen, der untrennbaren Verbindung von sowjetischem „Wohlverhalten" und Abrüstungsgesprächen. Weiterhin konnte sich Weinberger nicht durchsetzen, der als Ausgangspunkt die Sprengkraft nehmen wollte, wodurch die sowjetische Bewaffnung eindeutig überbewertet worden wäre.

Die Kritik in den USA, vor allem von Muskie und Kennedy, hebt neben der Unannehmbarkeit für die SU (unannehmbar für eine Supermacht) vor allem die Ablehnung von SALT II durch Reagan hervor. Die Freeze-Bewegung in den USA erhebt deshalb ihre Forderung, weil mit einem sofortigen Einfrieren der Atomrüstung verhindert werden soll, daß sich die beiden Supermächte an eine Weiterentwicklung ihrer Waffensysteme machen, während sie womöglich zehn Jahre lang über Abrüstung verhandeln (so hatten die Verhandlungen über SALT II 6 Jahre gedauert). Muskie weist darauf hin, daß mit SALT II zwar keine Reduzierung, aber eine Begrenzung der quantitativen *und qualitativen* Atomrüstung festgeschrieben wurde. Zwar wurde SALT II dann nicht mehr abgeschlossen, aber faktisch haben sich beide Länder bisher an diese Abmachung gehalten. Durch die

Eindeutig ist der Vorschlag Reagans auch vor dem Hintergrund der amerikanischen Friedensbewegung und der bevorstehenden Wahlen im Herbst für Senat und Repräsentantenhaus zu sehen. Immerhin hat er mit dem Vorschlag Abschied von der „Linkage" genommen, der untrennbaren Verbindung von sowjetischem „Wohlverhalten" und Abrüstungsgesprächen. Weiterhin konnte sich Weinberger nicht durchsetzen, der als Ausgangspunkt die Sprengkraft nehmen wollte, wodurch die sowjetische Bewaffnung eindeutig überbewertet worden wäre.

Die Kritik in den USA, vor allem von Muskie und Kennedy, hebt neben der Unannehmbarkeit für die SU (unannehmbar für eine Supermacht) vor allem die Ablehnung von SALT II durch Reagan hervor. Die Freeze-Bewegung in den USA erhebt deshalb ihre Forderung, weil mit einem sofortigen Einfrieren der Atomrüstung verhindert werden soll, daß sich die beiden Supermächte an eine Weiterentwicklung ihrer Waffensysteme machen, während sie womöglich zehn Jahre lang über Abrüstung verhandeln (so hatten die Verhandlungen über SALT II 6 Jahre gedauert). Muskie weist darauf hin, daß mit SALT II zwar keine Reduzierung, aber eine Begrenzung der quantitativen *und qualitativen* Atomrüstung festgeschrieben wurde. Zwar wurde SALT II dann nicht mehr abgeschlossen, aber faktisch haben sich beide Länder bisher an diese Abmachung gehalten. Durch die START-Verhandlungen, die diesen SALT II-Gedanken nicht mehr beinhalten, bleibt somit die qualitative Weiterentwicklung der Atomwaffen während der Verhandlungen offen.

Was dabei von den SU zu erwarten ist, weiß niemand genau. Aber von den USA ist bekannt, daß sie erstens plant, die landstationierten Raketen mit Anti-Raketen-Raketen auszurüsten. Diese sind im ABM-Abkommen von 1972 und 1974 untersagt, stehen aber im Oktober erneut zur Disposition. Zweitens ist die Frage der strategischen Cruise Missiles offen. Mit den Marschflugkörpern lassen sich die gegnerischen Frühwarnsysteme unterwandern, wodurch die Vorwarnzeiten auf ein Minimum reduziert werden.

Es sieht also alles danach aus, daß sich Reagan neben innenpolitischem Spielraum eine starke moralische Position in den START-Verhandlungen schaffen will (Kennedy hatte ja sogar nur eine Reduzierung auf 50% gefordert), um die Zeit der Verhandlungen dann zu nutzen, um durch Entwicklung neuer Technologien zu einer Überlegenheit zu kommen. Dasselbe kann natürlich auch von der SU erwartet werden.

Schmidt und die CDU-Opposition waren hocherfreut über den Vorschlag. Klar, angesichts des bevorstehenden Reagan-Besuchs. Für die hiesige Friedensbewegung dürfte es günstiger sein, sich in dieser Frage den Standpunkt der Freeze-Bewegung anzuzeigen und dabei die Frage eines blockfreien Europas als die eigentliche Strategie gegen die Kriegsgefahr nicht zu vergessen.



Die argentinischen Truppen auf den Malvinen (Falkland-Inseln) warten auf den britischen Angriff – der wahrscheinlich doch ausbleibt. Großbritannien steht unter wachsendem internationalen Druck. Wird die UNO schlichten können?

Frauen, Ausländer, mehr Geld

Langzeitkommission für die Bundeswehr vor Abschlußberatung

gkr. Noch 1982 soll über die Anwerbung von Frauen für die Bundeswehr entschieden werden. Das ist eine der Forderungen, die die vom Verteidigungsminister Apel eingesetzte Langzeitkommission in ihrem Abschlußbericht voraussichtlich erheben wird. Die Aufgabe dieser Langzeitkommission ist es, die Konsequenzen zu ziehen aus

worfen: Es dauerte zu lange, bis die Bundeswehr dann in voller Kampfesstärke einsetzbar wäre und die Soldaten wären zu schlecht ausgebildet und aufeinander eingespielt.

Bleibt nur die von der Langzeitkommission vorgeschlagene Richtung, die auch schon vor einigen Monaten von Apel vorgegeben worden war: Neue



Die argentinischen Truppen auf den Malvinen (Falkland-Inseln) warten auf den britischen Angriff – der wahrscheinlich doch ausbleibt. Großbritannien steht unter wachsendem internationalen Druck. Wird die UNO schlichten können?

Frauen, Ausländer, mehr Geld

Langzeitkommission für die Bundeswehr vor Abschlußberatung

gkr. Noch 1982 soll über die Anwerbung von Frauen für die Bundeswehr entschieden werden. Das ist eine der Forderungen, die die vom Verteidigungsminister Apel eingesetzte Langzeitkommission in ihrem Abschlußbericht voraussichtlich erheben wird. Die Aufgabe dieser Langzeitkommission ist es, die Konsequenzen zu ziehen aus der Tatsache, daß etwa ab 1987 die Zahl der zur Verfügung stehenden Wehrpflichtigen unter die der bisher jährlich eingezogenen sinkt. Sie soll daneben eine Planung für die materiellen Notwendigkeiten vorlegen, „damit die Bundeswehr im Rahmen der NATO in den neunziger Jahren ihren Auftrag erfüllen kann".

Das Problem des „Pillenknicks" ist den Militärpolitikern seit einigen Jahren bekannt. Bis 1995 würde die Bundeswehr von derzeit 495000 Mann, wovon knapp die Hälfte Wehrpflichtige sind, auf 290000 Mann schrumpfen, wenn alles beim alten bliebe. Eine Reduzierung der Verbände der Bundeswehr aber würde die NATO und besonders die USA nicht zulassen, werden doch gerade Überlegungen im Zusammenhang mit der Ausweitung des Operationsgebiets der NATO-Staaten in die Richtung angestellt, daß die Bundeswehr, wenn sie schon nicht woanders (außerhalb des NATO-Gebiets) einsetzbar ist, in Mitteleuropa mehr Aufgaben übernehmen muß. Und kommen doch gerade in letzter Zeit verstärkt Überlegungen und Beschlüsse hinzu, daß die konventionelle Schlagkraft der NATO in Europa erhöht werden muß.

Eine Alternative wäre eine stärkere „Kaderung" der Bundeswehr. In Friedenszeiten weniger Soldaten, die durch mehr Reservisten für den Kriegsfall aufgefüllt werden sollten. Poeppel, Generalleutnant a.D. und früher Heeresinspekteur, hat die Möglichkeit verworfen: Es dauerte zu lange, bis die Bundeswehr dann in voller Kampfesstärke einsetzbar wäre und die Soldaten wären zu schlecht ausgebildet und aufeinander eingespielt.

Bleibt nur die von der Langzeitkommission vorgeschlagene Richtung, die auch schon vor einigen Monaten von Apel vorgegeben worden war: Neue Reserven erschließen. Da sollen dann etwa 30000 Frauen herhalten, und um die 20000 Ausländer, die man ansonsten am liebsten abschieben möchte, sollen auch noch ihr Leben der Freiheit zuliebe opfern. Und das, was schon längst für die Zivildienstpflichtigen im Gespräch, ja praktisch beschlossene Sache ist, eine Verlängerung der Dienstzeit auf wenigstens 18 Monate, soll spätestens 1984 dann auch für die Wehrpflichtigen gelten. Ende des Jahrzehnts müßte dann die Verlängerung auf 2 Jahre vorgenommen werden. Schon im kommenden Jahr müßten strengere Maßstäbe für „Einberufungshindernisse" gelten, also werden die Wehrpflichtigen eher damit rechnen müssen, aus einer Schulausbildung gerissen zu werden; und auch die Tauglichkeitskriterien sollen verschärft werden.

Doch die lange Liste der Maßnahmen, die die Kommission vorschlägt, ist noch nicht zu Ende. Vor allem müsse mehr Geld her. Man kennt ja schon die Schwierigkeiten mit der Finanzierung der geplanten Waffenbeschaffung. Alleine die Vorschläge, die Zahl der Zeitsoldaten zu vergrößern und die Dauer von deren Verpflichtung zu verlängern, würden an zusätzlichen Personalkosten 1,2 Mrd. DM ausmachen. Die Drohung folgt den Vorschlägen auf dem Fuß: Sollte die Zahl der Soldaten gesenkt werden oder die Ausrüstung durch mangelnde Geld verschlechtert, so werde automatisch im Rahmen der „flexible response" die Atomschwelle gesenkt.

Trübes Deutschland

G.K. Die DDR-Führung hat dementieren lassen, die Bundesregierung hat dementiert – aber sicher ist, daß laut Egon Franke, Minister für innerdeutsche Beziehungen, am 30. Juni „etwas geschehen muß". Dann läuft die Vereinbarung über den „Swing", den zinslosen Überziehungskredit von 850 Mio. DM, den die DDR laufend im innerdeutschen Handel in Anspruch nehmen kann, ab. Die Bundesregierung

war eigentlich entschlossen – und kriegt jetzt von der CDU/CSU Zunder, weil sie möglicherweise davon abrückt – die Weiterverlängerung des „Swing" an die Aufhebung der drastisch erhöhten Mindestumtauschsätze durch die DDR anzukoppeln.

Der „Spiegel" hätte nun gemeldet, die DDR habe ein Angebot vorgelegt, wonach sie in Zukunft die Hälfte der Kredite verzinsen wolle. Zugleich sei sie bereit, die Umtauschsätze für Kinder, Rentner und Behinderte ganz fallen zu lassen (in dieser Hinsicht hatte die Verfügung besonders gemeine Konsequenzen gehabt), wolle dafür aber die Umtauschsätze für alle andern Besucher auf 35 DM bzw. sogar 45 DM (ab dem dritten Tag) anheben.

Es ist unmöglich, in diesem Tauziehen für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Was einen nur ärgern kann, ist der Immobilismus und Mangel an Souveränität im Umgang der beiden deutschen Staaten miteinander.

Die Bundesregierung versucht, die DDR mit der Drohung des Kreditstopps an ihrer jetzt offen zutage liegenden Achilles-Ferse zu treffen. Wie hat sich das „Neue Deutschland" nicht das Maul zerrissen über die Westschulden Polens! Inzwischen ist die DDR pro Kopf weit *höher verschuldet als Polen*, und der Schuldenberg ist von 1978 bis 1981 von knapp 16 auf fast 27 Mrd. DM gestiegen, den

war eigentlich entschlossen – und kriegt jetzt von der CDU/CSU Zunder, weil sie möglicherweise davon abrückt – die Weiterverlängerung des „Swing" an die Aufhebung der drastisch erhöhten Mindestumtauschsätze durch die DDR anzukoppeln.

Der „Spiegel" hätte nun gemeldet, die DDR habe ein Angebot vorgelegt, wonach sie in Zukunft die Hälfte der Kredite verzinsen wolle. Zugleich sei sie bereit, die Umtauschsätze für Kinder, Rentner und Behinderte ganz fallen zu lassen (in dieser Hinsicht hatte die Verfügung besonders gemeine Konsequenzen gehabt), wolle dafür aber die Umtauschsätze für alle andern Besucher auf 35 DM bzw. sogar 45 DM (ab dem dritten Tag) anheben.

Es ist unmöglich, in diesem Tauziehen für die eine oder andere Seite Partei zu ergreifen. Was einen nur ärgern kann, ist der Immobilismus und Mangel an Souveränität im Umgang der beiden deutschen Staaten miteinander.

Die Bundesregierung versucht, die DDR mit der Drohung des Kreditstopps an ihrer jetzt offen zutage liegenden Achilles-Ferse zu treffen. Wie hat sich das „Neue Deutschland" nicht das Maul zerrissen über die Westschulden Polens! Inzwischen ist die DDR pro Kopf weit *höher verschuldet als Polen*, und der Schuldenberg ist von 1978 bis 1981 von knapp 16 auf fast 27 Mrd. DM gestiegen, den „Swing" nicht gerechnet. Und nicht gerechnet vor allem das wachsende Defizit im Handel mit der UdSSR. Zwischen RGW-Integration und Westverschuldung sitzt die DDR ganz ähnlich in der Klemme wie Polen etwa im Jahr 1979. Da wurden auch die Waren im Innern knapp, weil alles, was nicht niet- und nagelfest war, in den Export geworfen werden mußte.

Man kann nicht dafür sein, daß die BRD diese Schwierigkeiten ausnützt und verschärft. Andererseits ist auch nicht einzusehen, warum der DDR aus dem Steueraufkommen in Westdeutschland zinslose Kredite gegeben werden, während Honecker von seiner harten Moskau-Fraktion im Politbüro gehindert wird, die Zusagen vom Werbellin-See auf Senkung der Umtausch-Sätze einzuhalten. Danach liegt ein noch trüberes Licht über der morgendlichen Pressekonferenz dort am 13. Dezember, dem Tag der Militäraktion in Polen, als Schmidt und Honecker einträchtig verkündeten, darüber dürfe die deutsch-deutsche Entspannung nicht kaputt gehen.

Demonstration
gegen die
Militärelektronik-Ausstellung IDEE
in Hannover
Samstag, 15. Mai 1982, 11.00 Uhr
Hannover, Maschseesüdufer

Waffenexport und Falkland-Konflikt

Von Günther Kruse

Es ist sicher Zufall, daß die zwei Ereignisse nahezu gleichzeitig geschehen sind: Auf der einen Seite die Auseinandersetzung um die Falklandinseln und auf der anderen Seite der Beschluß des Bundessicherheitsrates über die neuen Richtlinien zum Waffenexport..Ohne inneren Zusammenhang aber sind sie keineswegs, ja, das erstere wirft ein Schlaglicht auf die Problematik des zweiten.

Die verabschiedeten Richtlinien lassen weitgehende Freiheit für die Regierung zu entscheiden, welcher Export opportun ist und welcher nicht. Das kritisierte mittlerweile auch z.B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Gansel. Man muß nur noch einmal die wichtigsten Elemente der Richtlinie nennen, um dies nachzuvollziehen: Exporte in NATO-Staaten oder andere Staaten, die den Partnern gleichgestellt sind (z.B. Australien), sind grundsätzlich genehmigt. Sie sollten nur innerhalb der NATO verbleiben. Aber wenn nicht, dann wenigstens soll darauf hingewirkt werden, daß dies nur mit schriftlichem Einverständnis der Bundesregierung geschieht. Und wenn nicht ,,hineingewirkt'' wird? Verboten jedenfalls ist nichts. Bei gemeinsamer Produktion mit anderen NATO-Staaten steht sowieso das Kooperationsinteresse an erster Stelle.

Verbleiben noch die Verbotsgründe für Exporte in Länder außerhalb der NATO. ,,Eine ausnahmsweise Genehmigung kommt nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht.'' Und: ,,Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern darf nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus.'' Die ,,innere Lage'' Argentiniens oder Chiles steht ,,dem'' offensichtlich nicht entgegen. Und die ,,Erhöhung bestehender Spannungen''? Wer wollte da nicht alles hineininterpretieren.

Die bisherige Praxis war so viel anders in den letzten Jahren natürlich auch nicht, und sie ist in manchen Staaten noch viel freier. Und die Ergebnisse führen zu so mancher Pikanterie im Konflikt um die Malvinen. Da stehen englische Kampfschiffe der Armada der Briten gegenüber, eine französische Rakete schießt den modernsten britischen Zerstörer zu Schrott und vielleicht waren es gar deutsche U-Boote, die angeblich den britischen Flugzeugträger Invincible bedrohten. Nun will ich mich beileibe nicht all den vielen Kommentatoren anschließen, die sich im wesentlichen darüber mokieren, daß mit Waffen aus NATO-Staaten ein NATO-Verbündeter bekämpft wird. Im Gegenteil, bei aller notwendigen Kritik an dem Vorgehen der argentinischen Militärjunta, sowohl dem gewaltsamen gegen die Malvinas als auch dem verbrecherischen gegen die Menschen im eigenen Land, halte ich doch den Anspruch für prinzipiell gerechtfertigt. Und kann nicht verhehlen, daß mich eine gewisse Schadenfreude überkommt, wenn ich sehe, daß der Großmachtchauvinismus der Thatcher-Regierung einige Schläge abbekommen hat, eben auch mit z.B. französischen Waffen.

Nur, die Konsequenz daraus, daß ein freier Zugang der Länder der Dritten Welt für diese nützlich wäre, ist nicht stichhaltig. Schon alleine die Richtlinien der Bundesregierung und ihr Verhalten gegenüber Argentinien zeigen das: Mittlerweile besteht eine ,,bewaffnete Auseinandersetzung'', Kriegswaffen dürfen mithin nicht geliefert werden und der Boykott zeigt, daß das auch so gemeint ist. Also werden auch keine Ersatzteile geliefert. Worum es im wesentlichen geht: Die Hoffnung, durch solche Lieferung von Kriegswaffen könnten Länder der Dritten Welt sich von imperialistischen Staaten befreien oder diese sich vom Leibe halten, ist verfehlt. Das aber könnte die einzige Begründung (die ich im übrigen früher auch vertreten habe) für die Rechtfertigung eines freien Waffenhandels sein. Es ergeben sich in Wirklichkeit ganz andere Abhängigkeiten. Im übrigen ist da auch mit Schenken (wodurch dem Profitinteresse am Waffenexport Einhalt geboten werden soll) wenig auszurichten. Das gilt vor allem bei Großwaffen, um die es, wenn man von Rüstungsexport spricht, in erster Linie geht. Die Supermächte verschenken z.B. einen beträchtlichen Teil aller Großwaffen, die ihr Land in Richtung Dritte Welt verlassen. Wohl kaum aus Interesse an der Befreiung der bedachten Staaten.

Lateinamerika-Tage '82:

Teil des Kampfes für den Frieden

nia. Westberlin. Zum zweiten Mal finden zur Zeit in Westberlin Lateinamerika-Tage statt. Sie werden veranstaltet vom FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika), das vor rund acht Jahren aus der Chile-Solidaritätsbewegung hervorgegangen ist, und den übrigen, in der ,,Lateinamerika-Koordination'' zusammengeschlossenen Westberliner Solidaritätsgruppen. Unterstützt werden die ,,Lateinamerika-Tage '82'' u.a. von der GEW, der Alternativen Liste, Netzwerk Selbsthilfe und dem Ausländerzentrum der ESG. In über 50 Veranstaltungen – von Workshops, Informationsveranstaltungen über Lesungen, Musik, Theater, Film bis zu Gottesdiensten – und in 10 Ausstellungen sollen während drei Wochen die Lateinamerika-Tage ,,Verständnis schaffen für die Menschen in Lateinamerika, (...) die mit unzähligen Opfern um ihre politischen und sozialen Menschenrechte kämpfen. (...) versuchen, soziale Situationen zu schildern, politische Zusammenhänge aufzuzeigen, Hintergründe weltpolitischer Einflußnahme aufzuhellen. (...) sollen die vielfältigen widersprüchlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika zur Sprache kommen. (...) werden die nicht-offiziellen Seiten der lateinamerikanischen Kultur aufschlagen: Die Kultur der Unterdrückten, die Kultur der Exilierten.'' (aus dem Programm)

Der Westberliner Senat wird sein diesjähriges HORIZONTE-Festival, das demnächst beginnt, ebenfalls zu Lateinamerika veranstalten. Damit sind die Lateinamerika-Tage '82 zu einem wichtigen Kontrapunkt geworden (unbeabsichtigt, da bei der Planung das Thema für die HORIZONTE nicht bekannt war): das HORIZONTE-Festival wird die ,,offizielle'' Kultur Lateinamerikas präsentieren, und die politische Situation weitgehend ausklammern, oder schlimmstenfalls die offizielle Lesart vertreten, wie auf einer für den 12.5. geplanten Veranstaltung, auf der deutsche Auslandskorrespondenten über Mittelamerika berichten werden.

Nach einer Woche mit lateinamerikanischen Filmen fand am 8. Mai die eigentliche Eröffnungsveranstaltung statt. Dieser Termin war von den Veranstaltern bewußt gewählt worden als Datum der Befreiung vom Faschismus in Deutschland, als das Datum der Beendigung des II. Weltkriegs. Programmatisch auch, daß die ,,Schmetterlinge'' und ihr Stück ,,Die letzte Welt'' dafür von den Veranstaltern vorgesehen waren.

Die Eröffnungsreden hielten der argentinische Schriftsteller und Journalist Osvaldo Bayer, der in Westberlin im Exil lebt, und Sybille Volkholz vom Landesvorstand der GEW Berlin. Roter Faden in beiden Reden der Zusammenhang zwischen den Kämpfen der Völker Lateinamerikas gegen Ausbeutung und Unterdrückung und des Kampfes hier gegen die wachsende Kriegsgefahr.

Osvaldo Bayer stellte die Gewalt und Unterdrückung in Lateinamerika in eine Reihe mit der Polizeigewalt, die er hier in Westberlin erlebt hat. Der Kampf der Völker Lateinamerikas, der Befreiungsbewegungen, der sich gegen die Militärdiktaturen und die Ausbeutung durch die multinationalen Konzerne richtet, bedürfe der Solidarität nicht nur um ihrer selbst willen, etwa weil sie für Menschenrechte und Befreiung kämpfen, sondern verdiene diese Solidarität gerade auch deshalb, weil es der gleiche Kampf gegen die gleichen Ausbeuter sei.

Zum Krieg um die Malvinen vertrat er die Auffassung, daß das argentinische Volk benutzt werde in einem Krieg zwischen Militärjunta und dem britischen Imperialismus. Die Malvinen seien ohne Zweifel argentinisch, aber sie dürften nicht als Militärstützpunkt dienen oder der Ausplünderung durch die multinationalen Konzerne zum Opfer fallen. Der Krieg müsse beendet und die Militärdiktatur gestürzt werden: Für die nationale Einheit bedürfe es einer demokratischen Regierung. Derweil müsse die Malvinen-Frage unter Kontrolle der Vereinten Nationen geregelt werden.

Sybille Volkholz hob besonders hervor, daß die Linke in der BRD unglaubwürdig sei, wenn sie zwar für ,,Waffen für El Salvador'' spende, nicht aber gleichzeitig auch den Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung hier führe; letzteres sei ein unverzichtbarer Teil der Solidarität. Die Unterstützung der lateinamerikanischen Völker sei zu begreifen als Teil des Kampfs gegen die Blocklogik und damit gegen die wachsende Kriegsgefahr. Sie kritisierte als ,,dogmatisch'', daß die Linke z.B. in bezug auf Nicaragua uneingeschränkt solidarisch war, solange es gegen Somoza ging; daß jetzt aber, wo die Sandinistas Probleme hätten, sicher auch Fehler machten und nicht gleich einen Bilderbuch-Sozialismus geschaffen hätten, die Linke diesen Schwierigkeiten verständnislos gegenüberstände.

Als Aufgabe vor allem innerhalb der Gewerkschaften nannte sie das Entgegentreten dem gewerkschaftlichen Blockdenken, daß sich darin äußert, daß der DGB Gewerkschaften, die kommunistisch sind oder im ,,Weltgewerkschaftsbund'', nicht unterstützt. Die Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Lateinamerika betrachtete sie als Teil unseres Kampfes gegen den Kapitalismus und die wachsende Kriegsgefahr, und forderte Unterstützung für die Kampagne ,,Ein Stundenlohn für El Salvador''.

Wenn neben der Aufklärung über Lateinamerika auch in den weiteren Veranstaltungen diese Verbindung zur Friedensbewegung gezogen wird, so werden die diesjährigen Lateinamerika-Tage auch einen Beitrag zum Kampf gegen den Krieg leisten.



schriftlichem Einverständnis der Bundesregierung geschieht. Und wenn nicht ,,hineingewirkt'' wird? Verboten jedenfalls ist nichts. Bei gemeinsamer Produktion mit anderen NATO-Staaten steht sowieso das Kooperationsinteresse an erster Stelle.

Verbleiben noch die Verbotsgründe für Exporte in Länder außerhalb der NATO. ,,Eine ausnahmsweise Genehmigung kommt nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht.'' Und: ,,Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern darf nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder, bei denen eine Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht, scheiden deshalb grundsätzlich aus.'' Die ,,innere Lage'' Argentiniens oder Chiles steht ,,dem'' offensichtlich nicht entgegen. Und die ,,Erhöhung bestehender Spannungen''? Wer wollte da nicht alles hineininterpretieren.

Die bisherige Praxis war so viel anders in den letzten Jahren natürlich auch nicht, und sie ist in manchen Staaten noch viel freier. Und die Ergebnisse führen zu so mancher Pikanterie im Konflikt um die Malvinen. Da stehen englische Kampf-

Dritten Welt für diese nützlich wäre, ist nicht stichhaltig. Schon alleine die Richtlinien der Bundesregierung und ihr Verhalten gegenüber Argentinien zeigen das: Mittlerweile besteht eine ,,bewaffnete Auseinandersetzung'', Kriegswaffen dürfen mithin nicht geliefert werden und der Boykott zeigt, daß das auch so gemeint ist. Also werden auch keine Ersatzteile geliefert. Worum es im wesentlichen geht: Die Hoffnung, durch solche Lieferung von Kriegswaffen könnten Länder der Dritten Welt sich von imperialistischen Staaten befreien oder diese sich vom Leibe halten, ist verfehlt. Das aber könnte die einzige Begründung (die ich im übrigen früher auch vertreten habe) für die Rechtfertigung eines freien Waffenhandels sein. Es ergeben sich in Wirklichkeit ganz andere Abhängigkeiten. Im übrigen ist da auch mit Schenken (wodurch dem Profitinteresse am Waffenexport Einhalt geboten werden soll) wenig auszurichten. Das gilt vor allem bei Großwaffen, um die es, wenn man von Rüstungsexport spricht, in erster Linie geht. Die Supermächte verschenken z.B. einen beträchtlichen Teil aller Großwaffen, die ihr Land in Richtung Dritte Welt verlassen. Wohl kaum aus Interesse an der Befreiung der bedachten Staaten.

publik und Lateinamerika zur Sprache kommen. (...) werden die nicht-offiziellen Seiten der lateinamerikanischen Kultur aufschlagen: Die Kultur der Unterdrückten, die Kultur der Exilierten.'' (aus dem Programm)

Der Westberliner Senat wird sein diesjähriges HORIZONTE-Festival, das demnächst beginnt, ebenfalls zu Lateinamerika veranstalten. Damit sind die Lateinamerika-Tage '82 zu einem wichtigen Kontrapunkt geworden (unbeabsichtigt, da bei der Planung das Thema für die HORIZONTE nicht bekannt war): das HORIZONTE-Festival wird die ,,offizielle'' Kultur Lateinamerikas präsentieren, und die politische Situation weitgehend ausklammern, oder schlimmstenfalls die offizielle Lesart vertreten, wie auf einer für den 12.5. geplanten Veranstaltung, auf der deutsche Auslandskorrespondenten über Mittelamerika berichten werden.

Nach einer Woche mit lateinamerikanischen Filmen fand am 8. Mai die eigentliche Eröffnungsveranstaltung statt. Dieser Termin war von den Veranstaltern bewußt gewählt worden als Datum der Befreiung vom Faschismus in Deutschland, als das Datum der Beendigung des II. Weltkriegs. Programmatisch auch, daß die ,,Schmetterlinge'' und ihr Stück ,,Die letzte Welt'' dafür von den Veranstaltern vorgesehen waren.

Die Eröffnungsreden hielten der ar-

aber sie dürften nicht als Militärstützpunkt dienen oder der Ausplünderung durch die multinationalen Konzerne zum Opfer fallen. Der Krieg müsse beendet und die Militärdiktatur gestürzt werden: Für die nationale Einheit bedürfe es einer demokratischen Regierung. Derweil müsse die Malvinen-Frage unter Kontrolle der Vereinten Nationen geregelt werden.

Sybille Volkholz hob besonders her-

den Kapitalismus und die wachsende Kriegsgefahr, und forderte Unterstützung für die Kampagne ,,Ein Stundenlohn für El Salvador''.

Wenn neben der Aufklärung über Lateinamerika auch in den weiteren Veranstaltungen diese Verbindung zur Friedensbewegung gezogen wird, so werden die diesjährigen Lateinamerika-Tage auch einen Beitrag zum Kampf gegen den Krieg leisten.



Bundeswehr sagt Gelöbnis im Betrieb ab

kvz. Nach der jüngst in Rheinland-Pfalz stattgefundenen Vereidigung in einem Betrieb sollte jetzt eine weitere, bis jetzt die vierte, in den Romika-Werken in Gusterath bei Trier folgen. Diesmal sollte der Betriebsrat die Festrede halten und so die Verbundenheit der Bundeswehr mit der Arbeiterschaft bekunden, so war wohl das Kalkül des Verteidigungsministeriums und des zuständigen Kommandeurs des Transport- und Panzerbataillons in Hermeskeil. Damit die Arbeiter auch ja an dieser Verbrüderung teilnehmen konnten, wurde die Abfahrt der Werksbusse erst auf die Zeit nach der Vereidigung terminiert. Sicherheitssperren auf der Zufahrtsstraße sollten auch für Autofahrer die Möglichkeit der Teilnahme erleichtern. – Die Gewerkschaft war nicht gerade erfreut über diese Art. Proteste gab es vom DGB in Trier wie auch der zuständigen Gewerkschaft Leder gegen das Gelöbnis im Betrieb. Jetzt hat das III. Korps in Koblenz dies Schauspiel abgesagt. Wegen ,,organisatorischen Gründen'' – weil die Feier nicht im Werk, sondern auf dem Parkplatz stattfinden sollte.

Gesundheitssicherstellungsgesetz zurückgezogen

kvz. Eine der ersten Taten der neuen Bundesgesundheitsministerin Anke Fuchs war die Zurückziehung des Entwurfs des ,,Gesetzes zur Anpassung des Gesundheitswesens an besondere Anforderungen eines Verteidigungsfalles'', wie das Gesundheitssicherstellungsgesetz offiziell heißen sollte. Nach dem Gesetz sollte jeder, der im Gesundheitswesen tätig ist oder dafür ausgebildet wurde, erfaßt werden. Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte und Apotheker sollten verpflichtet werden, sich für die ,,besonderen Anforderungen eines Verteidigungsfalles fortzubilden''. Im Kriegsfall sollten dann Frauen für den zivilen Gesundheitsschutz herangezogen werden. Die Ministerin begründete ihren Schritt damit, erst sollten die Länder den Katastrophenschutz ausbauen. Eine wesentliche Rolle wird aber die wachsende Bewegung im Gesundheitswesen gegen Militarisierung und gegen einen Atomkrieg gespielt haben. – Der Parlamentarische Staatssekretär im Gesundheitsministerium erklärte fast gleichzeitig auf eine CDU-Anfrage, ein wirkungsvoller Bevölkerungsschutz sei nach Auffassung der Bundesregierung in einem Verteidigungsfall mit Atomwaffeneinsatz nicht möglich. Den aber kalkuliert die Nato ja in ihrem Verteidigungskonzept bewußt ein.

Fregatte Bremen in Dienst gestellt

kvz. Die erste der von der Bundeswehr in Auftrag gegebenen sechs Fregatten der Klasse 122, die ,,Bremen'', wurde am 7. Mai in Dienst gestellt. Die Fregatte soll sowohl für den Kampf gegen Überwasserschiffe wie gegen U-Boote taugen und hat zwei Hubschrauber zur Steuerung der Flugkörper und zur Ortung und Bekämpfung von U-Booten an Bord. Das Operationsgebiet der Fregatte soll die Nordsee sein, jenes Gebiet, für dessen Sicherung für den freien Verkehr von US-Schiffen im Kriegsfall über den Atlantik die Bundesmarine mittlerweile eine entscheidende Rolle übernommen hat. Die übrigen der 6 neuen Fregatten sollen innerhalb von 2 Jahren ebenfalls in Dienst gestellt werden. Der Bau weiterer Fregatten, der ursprünglich geplant war, mußte aus Finanzgründen aufgeschoben werden.

Leugnen der Nazi-Verbrechen

kvz. Drei Jahre nach Erscheinen wurde das Buch ,,Der Auschwitz-Mythos'' von der Stuttgarter Staatsschutzkammer endlich verboten. Das Buch war von dem Faschisten Stäglich unter wissenschaftlichem Mäntelchen geschrieben worden. Es gibt vor nachzuweisen, daß Aussagen über die Vergasung von Menschen jüdischer Abstammung nur unter psychischem Druck zustande gekommen wären oder voll von Unwahrheiten wären. Es fehle auch ein Nachweis über den Befehl zur systematischen Vernichtung von Juden und schließlich sei auch der Existenznachweis von Gaskammern im KZ Auschwitz nicht erbracht. Das Gericht hat die Einziehung aller noch verfügbaren Bücher und der Druckplatten angeordnet. Verfasser und Verleger konnten nicht mehr belangt werden. Pressedelikte sind nach sechs Monaten verjährt. Fragt sich nur, weshalb das Gericht überhaupt jetzt erst entschieden hat, nachdem mittlerweile schon einige Neofaschisten unter Berufung auf dieses ,,wissenschaftliche Werk'' ihre rassistische Hetze weiterverbreitet hatten. – Zumal die Massenvernichtung doch ,,offenkundig'' ist, wie jetzt ein Dreier-Ausschuß des Bundesverfassungsgerichts unter Mitwirkung des Vorsitzenden Benda erklären mußte. Mit dieser Begründung nahm jetzt dies Gericht eine Verfassungsbeschwerde eines Mitglieds der ,,Aktionsfront Nationaler Sozialisten'' (ANS) des Michael Kühnen nicht zur Entscheidung an. Tibor S. hatte sich an den Aktionen der ANS beteiligt, bei denen einige Eselsköpfe mit Pappschildern trugen, auf denen stand: ,,Ich Esel glaube noch, daß in deutschen KZs Juden vergast wurden.'' Daß diese Entscheidungen einiger hoher Gerichte zu rascher Verfolgung der noch anstehenden Prozesse wegen Verbrechen im Nazi-Reich beitragen, ist allerdings unwahrscheinlich.

mine · Termine · Termine · Termine · Te

Mai

15. **Wuppertal.** NRW-Treffen der Demokratischen Sozialisten zur Schaffung organisatorischer Strukturen, bis 16.5.
Hannover. Demonstration gegen die Militärelektronikausstellung IDEE
Hannover. Rockfestival gegen die Waffenschau, bis 16.5.

16. **Westberlin.** 12. ordentlicher DGB-Bundeskongreß, bis 22.5.

18. **Hannover.** Internationale Luftfahrtausstellung, bis 23.5.
Hannover. Internationale Militärelektronikausstellung IDEE, bis 20.5.

19. **Kassel.** Deutscher Naturschutztag 1982, vom Dt. Naturschutzring

20. **Münster.** 40. Deutsche Amateurfilmfestspiele, bis 23.5.
Hambach. Alternatives Hambacher Fest, veranstaltet von GRÜNEN etc., bis 22.5.

21. **Bad Godesberg.** Bundeskonferenz der ,,Fraueninitiative 6. Oktober'', bis 23.5.
Saarbrücken. Kongreß des Christlichen Gewerkschaftsbundes CGB, bis 23.5.

22. **Hamburg.** 1. bundesweiter Pädagogen-Friedenskongreß, bis 23.5.

23. **Bonn.** Verkündung des Grundgesetzes vor 33 Jahren

24. **Bonn.** Mugabe auf Staatsbesuch in der BRD, bis 25.5.

27. **Hambach.** Vor 150 Jahren fand das Hambacher Fest statt. Offizielle Regierungsfeier

28. **Westberlin.** 3. Volksuni, bis 31.5.
Leverkusen. Jahreshauptversammlung von amnesty international

29. **Hambach.** Alternatives Hambacher Fest, durch Anhänger des Krefelder Forums, bis 30.5.

30. **Bonn.** Verabschiedung der Notstandsgesetze vor 15 Jahren

Aktionen gegen alliierte Besatzerparade

Ist der Besatzungsstatus Westberlins eine selbständige Triebkraft der Friedensbewegung?

sit. Westberlin. Am Samstag, den 15. Mai, führen die westalliierten Besatzungsmächte in Westberlin wieder ihre traditionelle Parade zum ,,Tag der alliierten Streitkräfte" durch. Das ist jeweils der Samstag, der dem Jahrestag der Aufhebung der Blockade am 12. Mai 1949 folgt. Von alliierter Seite beteiligen sich daran in diesem Jahr 10 Bands, 363 Fahrzeuge, 70 Kettenfahrzeuge und 3200 Mann Fußvolk. Von seiten der zwanzig- bis dreißigtausend erwarteten Zuschauer werden sich ebenfalls einige Tausend mit vielfältigen Protestaktionen an der Parade ,,beteiligen". Auf Flugblättern wird dazu aufgerufen: ,,Stellt Euch vor, sie geben eine Militärparade und die Friedensbewegung geht hin!"

Chronologie des Widerstands gegen die Besatzerparade

Noch in den 60er Jahren vermochte die Besatzerparade über 100000 begeisterte Menschen auf die Beine zu bringen, der Parade 1964 soll es gelungen sein, 150000 Menschen zu mobilisieren. Seither gingen die Besucherzahlen kontinuierlich zurück. Die sich Ende der 60er Jahre herausbildende demokratische und anti-imperialistische Bewegung machte die Besatzerparade zum Ziel anti-imperialistischer Protestaktionen, die 1971 ihren Höhepunkt fanden, als die alliierten Truppen vor der Technischen Universität an einem überdimensionalen Portrait Mao Zedongs vorbeidefilieren mußten. Aufgrund dieser Aktionen verzichteten die Alliierten dann in den nächsten sechs Jahren auf die große Parade entlang der Straße des 17. Juni.

Als die Paraden 1977 wieder aufgenommen wurden, hatten sie mehr Show-Charakter, die Parade-Strecke wurde verkürzt, es gab weniger Panzer und mehr Kapellen. Aber von Anfang an nach Wiederaufnahme der Paraden waren sie von Protestaktionen begleitet. Wurden diese zunächst nur vom KBW durchgeführt (und als eine seiner ,,Spezialitäten" betrachtet), so verbreiterte sich der Widerstand 1980 um zahlreiche pazifistische und antimilitaristische Gruppen. Im letzten Jahr haben sich diese Gruppen zusammengeschlossen, um ihre Aktionen zu koordinieren. In diesem Jahr gibt es wieder eine breite Aktionseinheit gegen die Besatzerparade, die aber politisch nicht einheitlich ist, sondern vor allem die verschiedenen unterschiedlichen einzelnen Aktionen koordiniert. Von allen beteiligten Gruppen wie auch von den Besatzern selbst und der Westberliner Polizei wird der Ablauf dieser Parade als eine Art Generalprobe für den Reagan-Besuch im Juni betrachtet.

Ist der Besatzungsstatus Westberlins eine selbständige Triebkraft der Friedensbewegung?

Schaut man sich die vergangenen Jahrgänge dieser Zeitung durch, so wurde Jahr für Jahr vom Anwachsen des Widerstands gegen die Besatzerparade berichtet. Die Triebkraft dieser Bewegung wurde im wesentlichen in dem nach wie vor bestehenden Besatzungsstatus Westberlins gesehen. Wie verhält es sich damit?

Tatsächlich ist der faktische und der formelle politische Status Westberlins außerordentlich zwieschlächtig. Formell ist Westberlin weder Teil der Bundesrepublik noch Teil der EG noch ist es Teil der NATO. Faktisch wird es, von wenigen juristischen Ausnahmen abgesehen, wie ein Bundesland behandelt, faktisch ist seine Verbindung zur EG durch die Anbindung an die Bundesrepublik nicht geringer als die z.B. Hamburgs, faktisch nimmt es durch die Hoheitsrechte der USA und deren militärische Präsenz einen hervorragenden Platz in der NATO-Strategie ein, als Horchposten und als ,,Stolperdraht", wie es ein amerikanischer Militär formulierte. Formell ist das Besatzungsrecht oberstes Recht, faktisch lebt es sich in Westberlin nicht gerade wie in einer von fremden Truppen besetzten Stadt.

Ist dieser formell rechtlose und souveränitätslose Zustand Westberlins Triebkraft einer spezifischen Bewegung gegen die westlichen Besatzungsmächte, wie wir es in den letzten Jahren immer wieder vertreten haben? Schafft der zwieschlächtige Status Westberlins vielleicht andererseits einen positiven Ansatz für die Friedensbewegung, wie dies von der Berlin-AG der AL vertreten wird? In einer Broschüre der Berlin-AG der AL ,,Paktfreiheit für beide deutsche Staaten" heißt es:

,,Berlin – der Besatzungszustand als Chance: Wir wollen die völkerrechtlich, wirtschaftlich und politisch unhaltbare Situation Berlins nicht länger als Bürde zwischen den beiden deutschen Staaten und den Siegermächten sehen. Der andauernde Besatzungszustand kann auch als Ausgangspunkt für eine Initiative für Paktfreiheit und Frieden genutzt werden. Die Voraussetzungen sind günstig. In Westberlin gibt es weder Wehrdienst noch Rüstungsindustrie. In Westberlin sind die Deutschen noch entmilitarisiert, wie es die vier Sieger am Ende des Weltkrieges beschlossen. Westberlin ist kein Vertragsteil von NATO und Warschauer Pakt."

Ich meine dagegen, man kommt um die Feststellung nicht herum, daß sich die Friedensbewegung in Westberlin analog zur westdeutschen Friedensbewegung entwickelt hat und daß in ihrer Entwicklung der Besatzungsstatus Westberlins eine ganz untergeordnete Rolle gespielt hat. Weder war es der Besatzungsstatus, der eine wesentliche Triebkraft dieser Bewegung gebildet hätte, noch hat diese Bewegung den quasi entmilitarisierten und paktfreien Status Westberlins zu einem besonderen Ansatzpunkt für die Forderung nach Paktfreiheit und für ein atomwaffenfreies Europa gemacht.

Man kann dies feststellen, ohne daß dem Kretinismus der bürgerlichen Parteien das Wort geredet würde, für die als Preis für die Westintegration Westberlins der Verzicht auf die Forderung nach formeller und faktischer Souveränität gar nicht diskutierbar ist. Den Autoren der zitierten AL-Broschüre ist vollständig zuzustimmen, wenn sie argumentieren: ,,Ohne Statusfragen zu berühren, können aber die Westalliierten alle verfassungsmäßigen Rechte der Bürger herstellen. Dazu gehören nicht nur die Unantastbarkeit deutscher Gerichtsbarkeit, sondern auch das Demonstrationsrecht, das individuelle Recht auf Brief- und Telefongeheimnis und das Streikrecht für die zivilen Angehörigen der Streitkräfte. Seit über 36 Jahren werden diese Rechte verweigert, ohne daß deutsche Politiker jemals öffentlich die Besatzungsmächte kritisiert hätten."

Der Status Westberlins kann nur durch Blockfreiheit in Mitteleuropa gesichert werden

Zurück zu der Feststellung, daß das Besatzungsstatut für die Friedensbewegung keine wesentliche Rolle gespielt hat. Soll man das als bedauerliche Schwäche kritisieren? Daß es in Westberlin keine Rüstungsindustrie und keine Wehrpflicht gibt, daß es formell nicht Teil der NATO ist, ist ja nicht Ergebnis einer bewußten Volksbewegung, sondern Ausfluß der US-imperialistischen Souveränität über die Stadt. Daß Westberlin quasi entmilitarisiert ist, ist nur die halbe Wahrheit, es ist damit auch zugleich entwaffnet. Die Friedensbewegung wäre schlecht beraten, wollte sie das Besatzungsrecht der westlichen Supermacht gegen den vermeintlichen guten Willen der östlichen Supermacht eintauschen. Das ist auch beträchtlichen Teilen der Friedensbewegung in Westberlin klar und darum suchen sie die Verbindung mit den sich entwickelnden Ansätzen einer Friedensbewegung in der DDR und der nationalen Bewegung des polnischen Volkes, die in letzter Instanz ebenfalls Bewegungen für die eigene Souveränität sind. Das ist der Hintergrund für den Streit um die Aktionen gegen den Reagan-Besuch, über den in der letzten KVZ kurz berichtet wurde. Strittig ist, ob man den Kampf gegen den US-Imperialismus isoliert als selbständigen Kampf gegen seine Hegemonie führen muß oder ob ein untrennbarer Zusammenhang zwischen den Friedensbewegungen in West- und Osteuropa besteht, den es ebenso zu demonstrieren gilt.

Ausgangs- und Ansatzpunkt der europäischen Friedensbewegung, sofern sie ein politisches Konzept entwickelt, muß die Einschränkung der Souveränität der europäischen Völker durch die beiden Supermächte sein. In diesem Zusammenhang erhält die Frage des Besatzungsstatus Westberlins ihre Bedeutung, der sich solange nicht wesentlich ändern wird, wie er von einer der beiden Supermächte garantiert wird. Die AL-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus war deshalb gut beraten, in ihrem Antrag den Senat aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß die demonstrativen Militärparaden sowohl in Berlin-West als auch in Berlin-Ost eingestellt werden.



Demonstration gegen die Truppenparade 1971

Antrag
der Fraktion der AL
über Abschaffung von militärischen Veranstaltungen in Berlin
Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:
Der Senat von Berlin (West) wird aufgefordert, die alliierten Stadtkommandanten zu ersuchen, auf jedwede militärische Veranstaltung in Berlin zu verzichten.
Der Senat möge deshalb zunächst die westlichen Alliierten bitten, im westlichen Teil der Stadt auf Militärparaden, Tage der offenen Tür in militärischen Einrichtungen und Truppenmanöver zu verzichten sowie darauf hinzuweisen, daß er auch entsprechende Veranstal-
tive Charakter dieser Paraden in Berlin besteht nicht nur darin, daß ich schlichtweg Paraden für unsinnig halte, sondern dieser demonstrative Charakter besteht auch darin, daß den Berlinern, den West-Berlinern, tatsächlich eingeredet werden soll – und das ist ja das Gefährliche, was wir natürlich anders sehen als Sie –, diese Leute da auf ihren Fahrzeugen, diese militäri-
Friedenspolitische Erklärung
(Beschlossen auf der Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin am 3./4. Mai 1982, Auszug)
1. Der Frieden ist heute wieder stärker denn je bedroht, und deshalb wehren wir uns. Wir nehmen an der Friedensbewegung teil, weil wir nicht wollen, daß Europa zum Schlachtfeld
tative Weiterentwicklung dar" (SIPRI-Jahrbuch 1980, S. 102), mit der die UdSSR ,,neue Möglichkeiten für ‚gezielte Schläge' gegen Westeuropa" (a.a.O, S. 108) erhält. Die GEW-Berlin
Alliierten dann in den nächsten sechs Jahren auf die große Parade entlang der Straße des 17. Juni.
Als die Paraden 1977 wieder aufgenommen wurden, hatten sie mehr Show-Charakter, die Parade-Strecke wurde verkürzt, es gab weniger Panzer und mehr Kapellen. Aber von Anfang an nach Wiederaufnahme der Paraden waren sie von Protestaktionen begleitet. Wurden diese zunächst nur vom KBW durchgeführt (und als eine seiner ,,Spezialitäten" betrachtet), so verbreiterte sich der Widerstand 1980 um zahlreiche pazifistische und antimilitaristische Gruppen. Im letzten Jahr haben sich diese Gruppen zusammengeschlossen, um ihre Aktionen zu koordinieren. In diesem Jahr gibt es wieder eine breite Aktionseinheit gegen die Besatzerparade, die aber politisch nicht einheitlich ist, sondern vor allem die verschiedenen unterschiedlichen einzelnen Aktionen koordiniert. Von
nach Paktfreiheit und für ein atomwaffenfreies Europa gemacht.
Man kann dies feststellen, ohne daß dem Kretinismus der bürgerlichen Parteien das Wort geredet würde, für die als Preis für die Westintegration Westberlins der Verzicht auf die Forderung nach formeller und faktischer Souveränität gar nicht diskutierbar ist. Den Autoren der zitierten AL-Broschüre ist vollständig zuzustimmen, wenn sie argumentieren: ,,Ohne Statusfragen zu berühren, können aber die Westalliierten alle verfassungsmäßigen Rechte der Bürger herstellen. Dazu gehören nicht nur die Unantastbarkeit deutscher Gerichtsbarkeit, sondern auch das Demonstrationsrecht, das individuelle Recht auf Brief- und Telefongeheimnis und das Streikrecht für die zivilen Angehörigen der Streitkräfte. Seit über 36 Jahren werden diese Rechte verweigert, ohne daß deutsche Politiker je-
muß oder ob ein untrennbarer Zusammenhang zwischen den Friedensbewegungen in West- und Osteuropa besteht, den es ebenso zu demonstrieren gilt.
Ausgangs- und Ansatzpunkt der europäischen Friedensbewegung, sofern sie ein politisches Konzept entwickelt, muß die Einschränkung der Souveränität der europäischen Völker durch die beiden Supermächte sein. In diesem Zusammenhang erhält die Frage des Besatzungsstatus Westberlins ihre Bedeutung, der sich solange nicht wesentlich ändern wird, wie er von einer der beiden Supermächte garantiert wird. Die AL-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus war deshalb gut beraten, in ihrem Antrag den Senat aufzufordern, darauf hinzuwirken, daß die demonstrativen Militärparaden sowohl in Berlin-West als auch in Berlin-Ost eingestellt werden.



Demonstration gegen die Truppenparade 1971

Antrag

der Fraktion der AL
über **Abschaffung von militärischen Veranstaltungen in Berlin**

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat von Berlin (West) wird aufgefordert, die alliierten Stadtkommandanten zu ersuchen, auf jedwede militärische Veranstaltung in Berlin zu verzichten.

Der Senat möge deshalb zunächst die westlichen Alliierten bitten, im westlichen Teil der Stadt auf Militärparaden, Tage der offenen Tür in militärischen Einrichtungen und Truppenmanöver zu verzichten sowie darauf hinzuweisen, daß er auch entsprechende Veranstaltungen im Ostteil der Stadt mißbilligt.

Berlin, den 17. März 1982

Kohlhepp, Schmidt und die übrigen Mitglieder der Fraktion der AL

Aus der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24.3.1982:

Schmidt (AL) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Baetge, ich kann natürlich verstehen, daß Sie jetzt sofort abstimmen lassen wollen. Dennoch wollen Sie mir bitte gestatten, noch etwas dazu zu sagen. Wir sind ja auch für eine Direktabstimmung über diesen Antrag, weil diese Show, die hier – nicht von uns, sondern von den anderen Fraktionen – über diesen harmlosen Antrag der AL-Fraktion praktiziert wird, sehr beeindruckend ist.

(Rösler (CDU): Das ist ungeheuerlich!)

– Wie bitte, Herr Rösler, ungeheuerlich? – Okay, ungeheuerlich! Herr Rösler hält es also für ungeheuerlich, daß man Fragen der Alliierten in diesem Abgeordnetenhaus bespricht. Ich dachte bisher immer, daß die Stadt Berlin, das deutsche Volk so souverän ist, daß es auch Fragen der Militärpolitik und Fragen des Besatzungsrechts und des ‚Besatzungsstatus' in dieser Stadt offen anspricht.

(Beifall bei der AL)

Wenn diese Stadt zu den Besatzern ein Verhältnis hat, Herr Thomas, wie die preußischen Untergebenen zu den preußischen Fürsten, die man nicht kritisieren darf – außer die Fürsten sich selbst –, dann, glaube ich, bringt das nichts, und dann kommt man vor allen Dingen in der sachlichen Debatte über diesen Antrag überhaupt nicht weiter. (...)

Zur Sache selbst noch einmal: Der Kollege Thomas hat ja zu dem eigentlichen Thema des Antrags sehr wenig gesagt, aber wenn er die Militärparaden, die bisher im Tiergarten auf der Straße des 17. Juni durchgeführt wurden, ernsthaft mit einem Volksfest-Charakter bezeichnet, dann frage ich mich: wo gibt es eigentlich Volksfeste, wo die Alliierten durch Befehl vorher den halben Bezirk zur Bannmeile erklären, wo nicht nur in der Nähe dieses Volksfestes gegen die Durchführung desselbigen demonstriert werden darf? – Ich hatte schon öfter das Vergnügen, als Gast bei solchen Paraden anwesend zu sein und zu versuchen, mit den Kollegen, die auf den Fahrzeugen rumklettern und da rumspielen – Parade nennt sich das dann – einmal zu reden; ich bin meistens durch Herren in Uniform der amerikanischen Militär-Polizei daran gehindert worden, die dort nicht nur mich, sondern viele tausend Gegendemonstranten schon von vornherein überhaupt nicht zu diesem ,,Volksfest" zugelassen hatten. Man muß doch ganz klar sagen, daß Paraden natürlich keinen Volksfest-Charakter, sondern einen demonstrativen Charakter haben. Und der demonstrative Charakter dieser Paraden in Berlin besteht nicht nur darin, daß ich schlichtweg Paraden für unsinnig halte, sondern dieser demonstrative Charakter besteht auch darin, daß den Berlinern, den West-Berlinern, tatsächlich eingeredet werden soll – und das ist ja das Gefährliche, was wir natürlich anders sehen als Sie –, diese Leute da auf ihren Fahrzeugen, diese militärische Präsenz könnte in einem Konfliktfall die Zukunft und die Sicherheit der Berliner Bürger garantieren.

(Zuruf und Unruhe)

Das ist das Gefährliche. Das glaubt doch ernsthaft kein einziger amerikanischer General, daß er mit seinen paar tausend Soldaten hier in Berlin im Fall eines Krieges diese Stadt verteidigen kann. Das glauben Sie doch auch selbst nicht. Sie wissen doch ganz genau, daß Berlin militärisch nicht zu verteidigen ist, daß die Sicherheit Berlins an dem politischen Umfeld liegt und daß das politische Umfeld Mitteleuropa, Bundesrepublik Deutschland, Deutsche Demokratische Republik, Ost Berlin, daß dieses politische Umfeld militärisch gesichert werden muß, um den Frieden zu sichern. Berlin liegt auf der Nahtstelle der Konfrontation der beiden Supermächte; Berlin muß dieser Konfrontation der beiden Supermächte entzogen werden. Nur so kann überhaupt auf Dauer Friedenssicherung durchgeführt werden.

(Zuruf von der CDU: Hören Sie doch auf mit dem Gequatsche da!)

Das ist der Anlaß, auf den wir mit unserem Antrag hinweisen wollen. Der Hinweis auf die Paraden im Ostteil der Stadt zeigt im übrigen noch einmal deutlich, daß wir durchaus nicht – auch wenn Sie uns das immer wieder vorwerfen – einäugig sind. Wir wenden uns gegen militärische Paraden in beiden Teilen der Stadt. Wir sind aber hier in West-Berlin und können ja schlecht diesen Antrag in der Volkskammer einbringen.

(Beifall bei der AL)

Friedenspolitische Erklärung

(Beschlossen auf der Landesvertreterversammlung der GEW Westberlin am 3./4. Mai 1982, Auszug)

1. Der Frieden ist heute wieder stärker denn je bedroht, und deshalb wehren wir uns. Wir nehmen an der Friedensbewegung teil, weil wir nicht wollen, daß Europa zum Schlachtfeld der Großmächte gemacht wird. In Ost und West wird kräftig an der Rüstungsspirale gedreht. Heute betreiben die USA unter Präsident Reagan wieder Hochrüstungspolitik und rechtfertigen sie als ,,Nachrüstung":

– So wurde ein neues Aufrüstungsprogramm aufgestellt, das in den nächsten 6 Jahren über 180 Mrd. Dollar verschlingen soll;

– die Neutronenbombe, von Präsident Carter noch auf Eis gelegt, soll nun endgültig für den Einsatz in Europa produziert werden;

– mit der geplanten Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles vergrößern die USA nicht nur ihr Potential atomarer Raketen und Waffen. Noch viel gefährlicher ist die sich dahinter verbergende Militärstrategie, damit einen Atomkrieg in Europa durch die Zielpunktgenauigkeit dieser neuen Mittelstreckenraketen führbar, d.h. begrenzbar und gewinnbar erscheinen zu lassen.

Die GEW-Berlin fordert daher die Bundesregierung auf, ihr Einverständnis zur Stationierung der Pershing 2 und der Cruise Missiles *bedingungslos* und *einseitig* zurückzunehmen.

Nach Ansicht der GEW-Berlin betreibt die UdSSR ebenfalls im konventionellen wie im atomaren Bereich eine durch nichts zu rechtfertigende Aufrüstungspolitik ... Diese Aufrüstung gefährdet ebenfalls den Frieden in Europa und in der Welt. Die seit Ende 1976 in zunehmender Zahl stationierten neuen SS-20 Raketen stellen ,,eine bemerkenswerte quantitative und qualitative Weiterentwicklung dar" (SIPRI-Jahrbuch 1980, S. 102), mit der die UdSSR ,,neue Möglichkeiten für ‚gezielte Schläge' gegen Westeuropa" (a.a.O, S. 108) erhält. Die GEW-Berlin wendet sich deshalb gegen die sowjetischen SS-20 Raketen, da auch diese unser Leben bedrohen und der Führbarkeit bzw. dem Ziel der Begrenzbarkeit eines Atomkriegs auf Europa dienen sollen. Weil ,,die neuen eurostrategischen Waffen auf beiden Seiten der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt ... als Steigerung der Fähigkeiten, einen Krieg zu führen, betrachtet werden (müssen)" (a.a.O., S. 108), fordert die GEW Berlin sowohl von den USA wie von der UdSSR einseitige Abrüstungsschritte.

2. Darüberhinaus setzt sich die GEW-Berlin als Unterstützerin des ,,Krefelder Appells" in Verbindung mit dem Aufruf der ,,Russell-Peace-Foundation" für folgende Ziele und Positionen im Zusammenhang mit der ‚Friedenspolitik' besonders ein:

– Für die uneingeschränkte politische Souveränität aller Staaten und den Verzicht auf die Anwendung bzw. die Androhung direkter und indirekter Gewalt sei es durch militärische, politische, wirtschaftliche oder andere Mittel der Pressionen

– Blockfreiheit und Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes, Abzug aller fremden Truppen aus fremden Territorien und Auflösung fremder Militärbasen und militärischer Stützpunkte.

– Ächtung, Verbot und Vernichtung aller Kernwaffen,

– für eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa.

Linke in Hessen: Mit Illusionen und leeren Versprechungen ist nichts zu machen

Landesversammlungen der Demokratischen Sozialisten und der Initiative für eine Alternative Liste / Von Hans-Gerhart Schmierer

Am Wochenende tagten hintereinander die Landesversammlungen der Demokratischen Sozialisten und der Initiative für eine Alternative Liste, die Demokratischen Sozialisten den Samstag, die Initiative für eine Alternative Liste den Sonntag über.

Recklinghauser Thesen bleiben Makulatur

In Recklinghausen waren die Thesen gleichen Namens ohne Debatte als Gründungsmanifest der Demokratischen Sozialisten mit großer Mehrheit verabschiedet worden. Den Teilnehmern kam es auf die „Einleitung der Parteigründung" an, egal auf welcher politischen Grundlage. Die Debatte der Thesen wurde „an die Basis" verwiesen. Dort stellte sich schnell heraus, daß man mit Hilfe einiger reformerischer Allgemeinplätze und einem Sammelsurium von Forderungen Grundlagen und Perspektiven der Partei nicht mal debattieren, geschweige denn klären kann.

So wurde z.B. auf der Frankfurter konstituierenden Versammlung der Demokratischen Sozialisten vor rund drei Wochen rasch Übereinstimmung erzielt, daß man mit den Recklinghauser Thesen nichts anfangen könne und daß sie auch kaum Ansätze für die weitere programmatische Diskussion enthielten. Erneut wurden sie „an die Basis" zurückverwiesen, die alternative Vorstellungen entwickeln sollte. Die Debatte war keinen Schritt weiter gekommen, als sie jetzt auf der Landesversammlung wiedereröffnet wurde.

Von seiten des Frankfurter Arbeitskreises „Betrieb und Gewerkschaften" lag zwar eine Kritik und ein Antrag zum Programm vor. Debattiert wurde er nicht und eine Abstimmung wurde abgelehnt. Hauptkritikpunkte in diesem Papier waren, daß in den Thesen keine „Fundamentalkritik" an der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorgenommen werde und daß unter dem Stichwort „soziale Frage" die Arbeiterklasse nur als Sozialfall und Objekt behandelt werde. Perspektiven in Richtung auf „Demokratisierung der Wirtschaft, Sozialisierung, Arbeiterselbstverwaltung" würden nicht gewiesen.

Andere kritisierten, daß in den Recklinghauser Thesen die Frage sorgfältig umschifft werde, wie es die Demokratischen Sozialisten denn eigentlich mit dem bestehenden Staat einschließlich Parlamentarismus halten wollten.

Das Problem bleibt, daß sich die programmatische und strategische Debatte unter den Demokratischen Sozialisten vorläufig völlig inhaltsleer im Kreise dreht, ungefähr so: in den Recklinghauser Thesen werde die Eigentumsfrage und die Staatsfrage, die Frage von Reform und Revolution um-

sis" zurückverwiesen, die alternative Vorstellungen entwickeln sollte. Die Debatte war keinen Schritt weiter gekommen, als sie jetzt auf der Landesversammlung wiedereröffnet wurde.

Von seiten des Frankfurter Arbeitskreises „Betrieb und Gewerkschaften" lag zwar eine Kritik und ein Antrag zum Programm vor. Debattiert wurde er nicht und eine Abstimmung wurde abgelehnt. Hauptkritikpunkte in diesem Papier waren, daß in den Thesen keine „Fundamentalkritik" an der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung vorgenommen werde und daß unter dem Stichwort „soziale Frage" die Arbeiterklasse nur als Sozialfall und Objekt behandelt werde. Perspektiven in Richtung auf „Demokratisierung der Wirtschaft, Sozialisierung, Arbeiterselbstverwaltung" würden nicht gewiesen.

Andere kritisierten, daß in den Recklinghauser Thesen die Frage sorgfältig umschifft werde, wie es die Demokratischen Sozialisten denn eigentlich mit dem bestehenden Staat einschließlich Parlamentarismus halten wollten.

Das Problem bleibt, daß sich die programmatische und strategische Debatte unter den Demokratischen Sozialisten vorläufig völlig inhaltsleer im Kreise dreht, ungefähr so: in den Recklinghauser Thesen werde die Eigentumsfrage und die Staatsfrage, die Frage von Reform und Revolution um-

schifft, man könne sie aber nicht umschiffen. Ausführungen zu den angeschnittenen Themen selber werden jedoch nicht gemacht. Dann erhebt sich ein Verteidiger der Recklinghauser Thesen und meint, das stimme ja alles, aber es sei auch nicht möglich gewesen in den Recklinghauser Thesen zu diesen Themen Ausführungen zu machen. Nach einiger Zeit ist man solcher Debatte müde, außerdem müssen auch noch andere Tagesordnungspunkte behandelt werden.

So wurde die Debatte der Recklinghauser Thesen auch auf der Landesversammlung wieder mal an die Basis verwiesen, die jetzt schriftliche Ausarbeitungen vorlegen soll. Vor der bundesweiten Gründungskonferenz am 17. Juni wird jedoch keine weitere Landesversammlung zu diesem Thema durchgeführt. Schon heute ist damit absehbar, daß sich die Situation bis zur Gründungskonferenz überhaupt nicht geändert haben wird. Jedenfalls von Hessen aus.

Die Gründung der Demokratischen Sozialisten ist auf dem Recklinghauser Forum mit Tusch und Ovation, aber ohne jegliche Klärung der Politik eingeleitet worden. Dementsprechend schwer tut sich jetzt die „Basis", die Organisation aus einer mit vielen Stimmen schwätzenden Organisation, in eine arbeitende Organisation zu verwandeln. Die leere Begeisterung von Recklinghausen ist verpufft, an die Stelle der Begeisterung ist noch nichts neues getreten. Geblieben ist vorläufig die Leere. Auf ein Vakuum war ja bei der Gründung spekuliert worden. Die Gefahr zeichnet sich ab, daß diese Spekulation in unerwartetem Sinn aufgeht: Ein Vakuum beginnt sich zu organisieren.

Unbehagen an rascher Parteigründung

Auf dem Recklinghauser Forum war nicht ausdrücklich über das Datum der Parteigründung abgestimmt worden. Der Bundeskoordinationsausschuß hielt jedoch am 17. Juni fest und hat inzwischen zur bundesweiten Gründungskonferenz nach Gießen eingeladen. Da seit Recklinghausen politisch nichts passiert ist und sich die Hoffnung auf eine flutartige Mitgliederentwicklung (die DS dürften heute bundesweit zwischen 900 und 1000 eingeschriebene Mitglieder haben) auch nicht erfüllt hat, kommt Unbehagen an dem von oben angetriebenen rasanten Gründungsprozeß auf, bei dessen Tempo der Termin der Hessenwahl sicher eine Rolle spielt. In der Begründung für einen Antrag, am 17. Juni noch keine Partei zu gründen heißt es:

„Wenn die neue Organisation, die wir wollen, nicht nur den Bekundungen nach, sondern in der Wirklichkeit *basisdemokratisch* sein soll, wenn sie *auf die drängenden Fragen bessere und wirkungsvollere Antworten* geben soll als die Linken in der SPD, die „Grünen" und die linken Gruppen,
– dann dürfen nur solche organisatorischen Strukturen entstehen, die den erreichten Übereinstimmungen in den Grundsätzen und in der politischen Praxis angemessen sind;
– dann müssen von Beginn an Transparenz und Demokratie in den Diskussions- und Entscheidungsprozessen bestehen;
– dann muß der Schwerpunkt darauf gelegt werden, in örtlichen, sich verbreiternden Initiativen sozialistische Politik in konkreten Projekten zu machen.

So unbestritten ist dies alles wohl nicht – wie sonst ist zu erklären, daß zwar ein fertiger Statuten-Entwurf für eine Bundespartei vorliegt, in den viel wichtigere Fragen z.B. der Wirtschafts- und Sozialpolitik aber noch kaum Diskussionen stattgefunden haben? Wie sonst ist zu erklären, daß in der „DS" gegenüber den „Grünen" zum Teil schon Arroganz und Besserwisserei bestehen im krassen Gegensatz zu der Tatsache, daß wir weder ausgearbeitete programmatische Perspektiven noch konkrete Ansätze einer anderen Praxis haben? Es besteht eine *fatale Neigung zu Allmachtsphantasien*: Es wird auf breiteste Bedürfnisse der Arbeiterklasse nach einer sozialistischen Partei verwiesen, es werden (seltsam ungenau formulierte) Hinweise auf täglich 40 oder gar 100

ten Gründungsprozeß auf, bei dessen Tempo der Termin der Hessenwahl sicher eine Rolle spielt. In der Begründung für einen Antrag, am 17. Juni noch keine Partei zu gründen heißt es:

„Wenn die neue Organisation, die wir wollen, nicht nur den Bekundungen nach, sondern in der Wirklichkeit *basisdemokratisch* sein soll, wenn sie *auf die drängenden Fragen bessere und wirkungsvollere Antworten* geben soll als die Linken in der SPD, die „Grünen" und die linken Gruppen,
– dann dürfen nur solche organisatorischen Strukturen entstehen, die den erreichten Übereinstimmungen in den Grundsätzen und in der politischen Praxis angemessen sind;
– dann müssen von Beginn an Transparenz und Demokratie in den Diskussions- und Entscheidungsprozessen bestehen;
– dann muß der Schwerpunkt darauf gelegt werden, in örtlichen, sich verbreiternden Initiativen sozialistische Politik in konkreten Projekten zu machen.

So unbestritten ist dies alles wohl nicht – wie sonst ist zu erklären, daß zwar ein fertiger Statuten-Entwurf für eine Bundespartei vorliegt, in den viel wichtigere Fragen z.B. der Wirtschafts- und Sozialpolitik aber noch kaum Diskussionen stattgefunden haben? Wie sonst ist zu erklären, daß in der „DS" gegenüber den „Grünen" zum Teil schon Arroganz und Besserwisserei bestehen im krassen Gegensatz zu der Tatsache, daß wir weder ausgearbeitete programmatische Perspektiven noch konkrete Ansätze einer anderen Praxis haben? Es besteht eine *fatale Neigung zu Allmachtsphantasien*: Es wird auf breiteste Bedürfnisse der Arbeiterklasse nach einer sozialistischen Partei verwiesen, es werden (seltsam ungenau formulierte) Hinweise auf täglich 40 oder gar 100

Neueintritte verbreitet. Realismus und Bescheidenheit wären stattdessen angebracht; auch angesichts der nicht mehr zu leugnenden Tatsache, daß der Mitgliederzuwachs eben doch deutlich hinter den Erwartungen zurückbleibt! Bedenklich stimmt uns nicht zuletzt, daß der oft geäußerte Wunsch nach einer Alleinkandidatur der „DS" nicht aus politischer Einsicht kleinlaut geworden ist, sondern wegen der geringen Mitgliederzahl in Hessen und weil ein Großteil der Mitglieder dabei nicht mitmachen würde. Während all diese Beispiele viel zu tun haben mit dem, was wir von den hergebrachten Parteien kennen, kommen weitere Argumente für eine Parteigründung – jetzt auf den leisen Sohlen des Sachzwangs: Es ginge nur um eine „Rechtsform" und um Verbindlichkeit und schließlich müßten ja Büros und Bankkonten eingerichtet werden. Dabei gibt es der Beispiele genug, daß dafür eine „Rechtsform der Partei" nun wirklich nicht das einzige Instrument ist!

Nein, die Chanchen des politischen Projekts „Demokratische Sozialisten" sind zu groß, als daß so weitergemacht werden könnte wie bisher!"

Der Antrag, am 17. Juni noch keine Partei zu gründen, wurde hauptsächlich von den Gießener und Marburger Verbänden getragen und von DSlern aus dem Sozialistischen Büro vertreten. Mit 87:68:8 wurde er abgelehnt, was insbesondere das selbstbestellte Präsidium zu Beifallsstürmen hinriß. Die Mehrheit kam vor allem durch den Frankfurter Verband zu Stande, in dem Genossen verschiedner trotzkistischer Tendenzen die Vorreiter der Idee bilden, die Zeit für Parteigründungen sei noch nie so günstig gewesen wie heute. Bisher allerdings scheint dieser neue Parteigründungsakt eher eine Karikatur auf die Gründungen der 70er Jahre zu sein, die ja bekanntlich ihrerseits fragwürdige Züge hatten.

Insgesamt kann man nur hoffen, daß es den Kräften innerhalb der Demokratischen Sozialisten, die mehr wollen, als ein angebliches durch ein wirkliches Vakuum auszufüllen, gelingt, innerhalb der Demokratrischen Sozialisten Arbeitszusammenhänge zu schaffen, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Kräften der Linken in der Bewegung überhaupt erst ermöglichen werden und die in sich kreisende Debatte beenden können, um schrittweise politische Arbeitsergebnisse zu erzielen, auf denen die weitere Arbeit aufbauen kann. Durch den Vorrang der Organisationsfrage und der Parteigründung ist ein solcher Prozeß bereits mit einer schweren Hypothek belastet. Und es gibt halt innerhalb der Demokratischen Sozialisten auch Kräfte, die meinen, man müsse nur das Maul aufreißen, dann würden

Verbänden getragen und von DSlern aus dem Sozialistischen Büro vertreten. Mit 87:68:8 wurde er abgelehnt, was insbesondere das selbstbestellte Präsidium zu Beifallsstürmen hinriß. Die Mehrheit kam vor allem durch den Frankfurter Verband zu Stande, in dem Genossen verschiedner trotzkistischer Tendenzen die Vorreiter der Idee bilden, die Zeit für Parteigründungen sei noch nie so günstig gewesen wie heute. Bisher allerdings scheint dieser neue Parteigründungsakt eher eine Karikatur auf die Gründungen der 70er Jahre zu sein, die ja bekanntlich ihrerseits fragwürdige Züge hatten.

Insgesamt kann man nur hoffen, daß es den Kräften innerhalb der Demokratischen Sozialisten, die mehr wollen, als ein angebliches durch ein wirkliches Vakuum auszufüllen, gelingt, innerhalb der Demokratrischen Sozialisten Arbeitszusammenhänge zu schaffen, die eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit anderen Kräften der Linken in der Bewegung überhaupt erst ermöglichen werden und die in sich kreisende Debatte beenden können, um schrittweise politische Arbeitsergebnisse zu erzielen, auf denen die weitere Arbeit aufbauen kann. Durch den Vorrang der Organisationsfrage und der Parteigründung ist ein solcher Prozeß bereits mit einer schweren Hypothek belastet. Und es gibt halt innerhalb der Demokratischen Sozialisten auch Kräfte, die meinen, man müsse nur das Maul aufreißen, dann würden

einem die Stimmen wie die gebratenen Tauben schon hineinfliegen und das wärs dann. Die „Gunst der Situation" stellt sich für sie als politisches Schlaraffenland dar, indem nur noch die Partei fehlt, um sich zu mästen. Das ist nicht nur eine armselige Betrachtungsweise. Sie entspricht auch nicht der Wirklichkeit. Zum Glück, möchte man sagen.

Das Scheitern der Initiative für eine Alternative Liste

Nach zögerndem Einlauf begann am nächsten Tag die Landesversammlung der Initiative für eine Alternative Liste. Als schließlich alles in allem kaum hundert Leute zusammengekommen waren, darunter etliche DKP-ler und kaum einer, der nicht in dieser oder jener politischen Gruppe organisiert ist, konnte sich Hauptinitiator Alexander Schubart nicht länger darüber hinwegtäuschen, daß der „zündenden Idee" doch etwas die Kraft fehlt.

Wo ist unser Aufbruch vom letzten Herbst geblieben, fragte er. Die Antwort war schnell bei der Hand: den Widerstand gegen die Startbahn West hätte der ehemalige Betonarbeiter an der Spitze der Regierung eingemauert, die Initiative für eine Alternativen Liste zerschelle an dem hartnäckigen Alleinvertretungsanspruch der GRÜNEN. Alexander Schubart hatte eine gewichtige Rolle in der Bewegung für eine Volksentscheid gegen die Startbahn West. Er persönlich hat alles getan, um die Alternative Liste in die Welt zu setzen. Man hätte also ein bißchen Selbstreflektion erwarten können, angesichts der jetzigen Lage.

Als Kalkül stellt sich doch heraus: die Bewegung gegen die Startbahn West wurde erst in eine Bewegung für den Volksentscheid verwandelt und sollte dann als Wahlbewegung fortgeführt werden. Der Volksentscheid wurde als *Ausweg* aus den Schwierigkeiten, den Bau der Startbahn West in direkter Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu verhindern, eingeschlagen. Das konnte er niemals sein. Er konnte die direkte Auseinandersetzung immer bloß flankieren und politisch sichern. Auf die Ablehnung des Volksentscheides wurde die Bewegung in keiner Weise vorbereitet, weitere flankierende Aktionen gar nicht überlegt. Die Ablehnung des Volksentscheides wurde damit zur Niederlage im Kampf gegen die Startbahn West, worüber

Kraft fehlt.

Wo ist unser Aufbruch vom letzten Herbst geblieben, fragte er. Die Antwort war schnell bei der Hand: den Widerstand gegen die Startbahn West hätte der ehemalige Betonarbeiter an der Spitze der Regierung eingemauert, die Initiative für eine Alternativen Liste zerschelle an dem hartnäckigen Alleinvertretungsanspruch der GRÜNEN. Alexander Schubart hatte eine gewichtige Rolle in der Bewegung für eine Volksentscheid gegen die Startbahn West. Er persönlich hat alles getan, um die Alternative Liste in die Welt zu setzen. Man hätte also ein bißchen Selbstreflektion erwarten können, angesichts der jetzigen Lage.

Als Kalkül stellt sich doch heraus: die Bewegung gegen die Startbahn West wurde erst in eine Bewegung für den Volksentscheid verwandelt und sollte dann als Wahlbewegung fortgeführt werden. Der Volksentscheid wurde als *Ausweg* aus den Schwierigkeiten, den Bau der Startbahn West in direkter Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu verhindern, eingeschlagen. Das konnte er niemals sein. Er konnte die direkte Auseinandersetzung immer bloß flankieren und politisch sichern. Auf die Ablehnung des Volksentscheides wurde die Bewegung in keiner Weise vorbereitet, weitere flankierende Aktionen gar nicht überlegt. Die Ablehnung des Volksentscheides wurde damit zur Niederlage im Kampf gegen die Startbahn West, worüber

aber bis heute kaum jemand offen spricht.

Der nächste *Ausweg* aus den Schwierigkeiten im Kampf gegen die Startbahn West sollte dann das „breite alternative Wahlbündnis" werden, dessen Stimmaussichten gegenüber die zu erwartenden Stimmanteile der GRÜNEN geradezu als verschwindende Größe dargestellt wurden. Dieses Kalkül ist jetzt geplatzt. Es beruhte auf dem Gedanken, daß einer Bewegung, der wenigsten bisher die Kräfte fehlten, um in der direkten Auseinandersetzung mit der Staatsmacht zu siegen, auf juristischem und parlamentarischem Weg zum Erfolg verholfen werden könne.

Noch bis vor kurzem entwarf A. Schubart das Szenario einer SPD/-FDP-Minderheitsregierung, die zugunsten der Duldung durch eine Alternative Liste auf die Durchführung sämtlicher geplanten Großprojekte verzichtet. Gerade mit dem Vorgaukeln solcher Pseudoauswege wird verhindert, daß sich die kämpfenden Bewegungen über ihren Weg Rechenschaft ablegen, offen ihre Schwierigkeiten debattieren und sich notfalls ihre Fehler und Niederlagen eingestehen. Stattdessen wird dann gejammert, daß die Aufbruchsstimmung weg sei, Börner und die GRÜNEN aber daran die Schuld trügen.

Der ganze Gedankengang ist verfehlt. Der Kampf gegen die Startbahn West kann nicht nachträglich auf der parlamentarischen Bühne gewonnen werden, nachdem er unter anderem wegen der Illusionen über den Volksentscheid, der bloß eine unterstützende Rolle spielen konnte, in der direkten Auseinandersetzung verloren worden ist. Um ihn wie andere Kämpfe auch auf parlamentarischer Ebene zu flankieren, reicht die Unterstützung der Kandidatur der GRÜNEN völlig aus. Was von dem großangelegten Projekt der Alternativen Liste bleibt, ist Katzenjammer und die Suche nach dem Sündenbock.

Die Möglichkeit, mit Hilfe der Unterstützung der Kandidatur der GRÜNEN erstmals in Hessen den kämpfenden Bewegungen eine von diesen Bewegungen abhängige parlamentarische Vertretung zu verschaffen, wird inzwischen von einem Teil der Linken analog zu früheren Stimmabgaben für die SPD als „kleineres Übel" gehandelt. Das Neue an diesen Wahlen wird gar nicht mehr erkannt, nichts wird getan um diesem Neuen zum Erfolg zu verhelfen und gleichzeitig die Selbständigkeit der Bewegungen gegenüber einer parlamentarischen Vertretung zu stärken. Stattdessen wird über die GRÜNEN geschimpft und sich doch in die Tasche gelogen. Ursprünglich als „breites Zweckbündnis für die nächsten vier Jahre" Parlamentsarbeit propagiert, wird jetzt von einem Teil der Initiatoren hervorgehoben, sie bildeten jetzt die erste Alternative Liste in der Bundesrepublik, die sich unabhängig von einem Wahltermin konstituiere.

werden, nachdem er unter anderem wegen der Illusionen über den Volksentscheid, der bloß eine unterstützende Rolle spielen konnte, in der direkten Auseinandersetzung verloren worden ist. Um ihn wie andere Kämpfe auch auf parlamentarischer Ebene zu flankieren, reicht die Unterstützung der Kandidatur der GRÜNEN völlig aus. Was von dem großangelegten Projekt der Alternativen Liste bleibt, ist Katzenjammer und die Suche nach dem Sündenbock.

Die Möglichkeit, mit Hilfe der Unterstützung der Kandidatur der GRÜNEN erstmals in Hessen den kämpfenden Bewegungen eine von diesen Bewegungen abhängige parlamentarische Vertretung zu verschaffen, wird inzwischen von einem Teil der Linken analog zu früheren Stimmabgaben für die SPD als „kleineres Übel" gehandelt. Das Neue an diesen Wahlen wird gar nicht mehr erkannt, nichts wird getan um diesem Neuen zum Erfolg zu verhelfen und gleichzeitig die Selbständigkeit der Bewegungen gegenüber einer parlamentarischen Vertretung zu stärken. Stattdessen wird über die GRÜNEN geschimpft und sich doch in die Tasche gelogen. Ursprünglich als „breites Zweckbündnis für die nächsten vier Jahre" Parlamentsarbeit propagiert, wird jetzt von einem Teil der Initiatoren hervorgehoben, sie bildeten jetzt die erste Alternative Liste in der Bundesrepublik, die sich unabhängig von einem Wahltermin konstituiere.

Und keiner der Initiatoren hatte den Mut die Wahrheit auszusprechen, daß das Projekt gestorben ist. Die DKP gab nur durch die Blume zu verstehen, daß für sie die Sache gelaufen ist. Mit der eigenen Wahlpropaganda hat sie schon begonnen. Einträchtig wurden die Fiktion einer „Programmdebatte" aufrechterhalten und auf entsprechende Arbeitskreise verteilt. Zu einer weiteren Landesversammlung wird es wahrscheinlich nicht mehr kommen. So hatte schon die GLH geendet, woraus die GRÜNEN ihre Konsequenzen zogen.

M.E. haben die beiden Versammlungen gezeigt, daß die Linke mit irgendwelchen Projekten gar nichts erreicht. Worauf es ankommt, scheint mir, die sehr wenigen vorhandenen *Arbeits*zusammenhänge für die *Zusammen*arbeit bei der Klärung der theoretischen und strategischen Fragen zu nutzen, vor denen die Gesamtbewegung steht, und wo möglich auch neue Arbeitszusammenhänge zu schaffen. Bloß durch Arbeit kann die Linke der Bewegung nutzen, nicht indem sie in Spontaneismus und Projekten macht. Das wird alles weniger großartig erscheinen als Partei und breites alternatives Wahlbündnis, aber vielleicht etwas werden. Das ist das eine und es gibt dazu auch Ansätze. Praktisch, und das wäre das andere, sollte man jetzt vielleicht doch gemeinsam den Aufbau von unabhängigen Wählerinitiativen für die Kandidatur der GRÜNEN in Angriff nehmen, um in den Landtagswahlkampf politisch wirksam einzugreifen, statt zuzuschauen.

Am Ende nochmals ein Eklat

Staatsanwaltschaft fordert im Brokdorf-Prozeß 6 Jahre
Der Prozeß blieb bis zum Schluß ein politisches Verfahren

g. Bremen. Nach über 50 Verhandlungstagen ging der Brokdorf-Prozeß gegen Michael Duffke und Markus Mohr noch vor der Urteilsverkündung mit einem Eklat zu Ende: nach dem Plädoyer des Staatsanwalts griff der Vertreter der Jugendgerichtshilfe den Staatsanwalt wegen seiner ,,Unlogik'' an, ein Verfahren als normalen Prozeß zu beschreiben und anschließend Strafen zu fordern, die nur aus der ,,politischen Dimension'' erklärbar seien. Die Verteidiger stellten unter Beweis, daß Justiz- und Innenminister in Kiel das einzufordernde Strafmaß dem Staatsanwalt vorgeschrieben hatten. Als die Jugendkammer den Antrag als für das Verfahren ohne Bedeutung verwarf, weigerten sich die Verteidiger, zu plädieren und damit ,,für eine vom politischen Ziel bestimmte Justiz den Legitimationsrahmen abzugeben.'' (s. Kasten)

Tags zuvor hatte die taz-Hamburg aus zuverlässiger Quelle berichtet, daß der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft nach Vortrag seines fertigen Plädoyers innerhalb der Behörde vor die Alternative gestellt worden sei, entweder das Strafmaß erheblich zu verschärfen oder seinen Platz einem willigeren Kollegen zu überlassen, der die 6-Jahres-Forderung ohne Widerspruch vortragen würde. Nach Überarbeitung seines Plädoyers durch einen Kollegen habe er dann ,,lustlos'' das geänderte Manuskript vorgetragen, während er sich zunächst an den ,,normalen'' Strafrahmen habe halten wollen.

Nach der Strafprozeßordnung darf die Staatsanwaltschaft trotz Weisungsrecht der Vorgesetzten nur Anträge stellen, die sie als nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung gerechtfertigt ansieht. Der Weisungsberechtigte darf keine justizfremden Zwecke verfolgen. Folglich konnte der Sitzungsvertreter Staatsanwalt Wieduwilt der Frage nicht ausweichen: alles sei frei erfunden. Sein Plädoyer sei ,,von A bis Z auf eigenem Mist gewachsen''. Selbst wenn es aber stimmte, was in dem Artikel stünde, usw. Dies alles so nervös und fahrig, daß jeder spürte, daß es mit den Irrealis nicht so weit her war. Nicht von ungefähr hat eine Illustrierte dem Informanten aus der Staatsanwaltschaft schon 50000 DM für seinen Namen angeboten.

Ohnehin zweifelt niemand daran, daß der Strafantrag von 6 Jahren gegen Michael Duffke, juristisch skrupellos, nur nach politischen Gesichtspunkten verstanden werden kann. Sicherung des Weiterbaus Brokdorf, das nach der Planung 1987 in Betrieb gehen soll? Vielleicht erhofft sich die Landesregierung Schleswig-Holstein auch mit diesem Urteil ein ähnliches Fanal, wie es der zunächst erfolgreiche Kampf gegen den Weiterbau des AKW Brokdorf 1976/77 gewesen ist, Verunsicherung des ganzen AKW-Widerstandes in Westdeutschland. Doch das ,,verdammt gute Gewissen'' der 100000 in Brokdorf am 28.2.1981 bis hin zu den Kaiserstühlern, die Polizeieinheiten zum Schutz des Baus des AKW Wyhl vorab zur Besatzungsarmee und Landfriedensbrechern erklärt haben, läßt sich so nicht treffen. 6 Jahre im Namen der Atomindustrie – das wird nur Haß und Erbitterung derer schüren, für die Widerstand längst zur Pflicht geworden ist.

Doch die Staatsanwaltschaft hat bewußt eine Marke gesetzt, die auch über die AKW-Gegner hinauszielt. Unzufrieden ist man höheren Orts, vor allem in den CDU-regierten Ländern, mit der Landfriedensbruchsjustiz schon lange. Jetzt wird zur Ausschöpfung des gesetzlichen Strafrahmens geblasen. Ein mittlerer Fall bei 6 Monaten bis 10 Jahren – sind das nicht fast die verlangten 6 Jahre? Bisher hatte die Justiz schon Mühe, Freiheitsstrafen von über einem Jahr und ohne Bewährung durchzusetzen. Darin schlägt sich



Markus Mohr *(links)* und Michael Duffke *(rechts)*. Das Prozeßgebäude was immer strengstens bewacht.

nieder, daß der Landfriedensbruch, zu dem entschlossener Widerstand allzumal deklariert wird, regelmäßig getragen ist von politischen Zielen, die breite Sympathie haben. Mit drakonischen Strafen sollen jetzt wenige und durchaus zufällig herausgegriffene stellvertretend abgeurteilt werden. Den Rest besorgt dann die Landeskasse mit Schadensersatzforderungen für den Polizeieinsatz.

Im Verfahren gegen Michael Duffke und Markus Mohr vor dem Landgericht Itzehoe gab es für dieses Kalkühl durchaus Hinweise. Duffke habe sich als Märtyrer darstellen wollen, behauptete die Staatsanwaltschaft. Seine Unbeugsamkeit in den Überzeugungen trotz der langen Untersuchungshaft registriert sie nur, um sie zu pervertieren: ,,Er genoß es und genießt es, daß er sich in Untersuchungshaft befindet.'' Das Gericht hatte eigens einen Psychiater als Gutachter beauftragt, um scheinwissenschaftliche griffige Formeln zu erhalten, die im Stellvertreter Duffke den eigentlichen Gegner zu sehen erlaubten. Der Gutachter konstatierte eine ,,Lebenseinstellung, die sich aus Fanatismus, Infantilität, Mangel an Realitätsbezug und damit verbundener Bindungslosigkeit gegenüber staatlichen Ordnungsprinzipien und Gesetzen'' zusammensetze, einer ,,Einstellung, die auch Denkweisen einer bestimmten gesellschaftlichen Minderheit entspricht und deshalb eine ideologische Überhöhung erfährt''. Später erkannte der Gutachter diese Minderheit im ,,sympathisierenden Prozeßpublikum'' wieder.

Im diametralen Gegensatz zur politischen Absicht dieses Brokdorfprozesses steht das Ergebnis der Beweisaufnahme. Die Identifizierung steht auf tönernen Füßen, auf Indizien, nach denen es die Angeklagten sein könnten, aber nicht müssen. Im Fall M. Duffke ist allein ein Bildvergleich eines BKA-Sachverständigen Grundlage, der sich selbst disqualifizierte. ,,Studiert habe ich nie. Ich habe keine anthropologischen Studien betrieben ... Medizinische Fragen lehne ich ab. Mein Studium ist die Praxis im BKA ... Das ist meine Methode. Ich bin in die Aufgabe hineingewachsen. Veraussetzungen sind: Lupe, ein gutes Auge und ein klarer Verstand ... Ich habe etwa zehn ausführliche Gutachten gemacht. Ich bin mir nicht bewußt, mich geirrt zu haben.'' Auf Frage, woher er diese Sicherheit nehme: ,,Daraus, daß die Betroffenen verurteilt worden sind.'' Der Sachverständige benutzt die Methode, nach der neulich ein Student aus Köln als Christian Klar identifiziert worden ist.

Weiter sind praktisch alle Ärzte gehört worden, die den SEK-Beamten Schütt, auf den Duffke und Mohr im Graben eingeschlagen haben sollen, anschließend behandelt haben. Am Ende muß die Staatsanwaltschaft feststellen: ärztlich nachgewiesene Verletzungen aus den Schlägen im Graben gibt es nicht. Die Unterkühlung hat die Polizei zu verantworten, die Schütt zu spät abtransportiert hat. Woher eine leichte Ohrverletzung stammte, war nicht festzustellen. Nachweisbare Befunde für eine Gehirnerschütterung gibt es nicht, nicht einmal für eine Kopfprellung. Mehrere Minuten benötigte der Staatsanwalt dann, um darzulegen, daß die von Schütt angegebenen kurzzeitigen ,,Sterne vor den Augen'' und kurze Benommenheit doch eine Körperverletzung darstellen. Nachdem SEK-Zeugen behauptet hatten, Schütt sei aus dem Graben herausgezogen worden und habe wie tot gewirkt, legten die Verteidiger Fotos vor, die ihn wenige Senkunden danach fröhlich winkend und munter am Grabenrand zeigen.

Aber – so der Staatsanwalt – ,,wir haben ja das Foto. Niemand kann sich der Wirkung dieses Fotos entziehen''. Eben. Es wird in diesen Tagen wieder millionenfach verbreitet, um zu beweisen, was die Hauptverhandlung eben nicht erbracht hat. Als Beweis eines Mordversuchs, den es nicht gab, der auch nicht angeklagt, der aber verhandelt und verurteilt worden ist.

Gemeinsame Erklärung der Verteidigung vom 6.5.1982

Wir werden nicht plädieren.
Unser Selbstverständnis als Strafverteidiger verbietet es uns, für eine ausschließlich vom politischen Ziel bestimmte Justiz den Legitimationsrahmen im Schlußplädoyer abzugeben.

Die Anträge der Staatsanwaltschaft sind die unbeirrte Fortsetzung des Manövers mit dem Mordversuch im Vertrauen auf die emotionale Wirkung eines zum Sensationsbild hochgepeitschten Fotos. Nicht 53 Tage Beweisaufnahme haben die Anträge der Staatsanwaltschaft bestimmt. Sie verraten die gleiche Handschrift wie der Fahndungsaufruf, der wider besseres Wissen lebensgefährliche Verletzungen des Polizeibeamten Schütt behaupteten und das Graben-Foto zum Mordversuch erhob.

Die von Gericht und Staatsanwaltschaft immer wieder proklamierte Behauptung, dies sei kein politischer Prozeß, ist entlarvt. Der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft verrät seine aus der Verhandlung geschöpfte Überzeugung und ordnet sich dem politischen Kalkül der Landesregierung unter. Die eingeforderten 6 Jahre zielen auf den wahren Angeklagten, die Anti-AKW-Bewegung und ihren Widerstand.

Das Gericht hat für diese Strafanträge den Rahmen geschaffen: die ersten 3 Monate verhandelte die Jugendkammer ohne Anklage insgeheim auch über ein Tötungsdelikt; seit über einem Jahr hält sie bis heute den Haftbefehl gegen Michael Duffke aufrecht; ungeachtet der Intervention des Bundesverfassungsgerichts und der revisionsrechtlichen Folgen entschloß sich das Gericht zum prozessualen Durchmarsch. Es hat damit signalisiert, daß es sich den beispiellosen Strafanträgen nicht widersetzen werde.

Wir verweigern uns der Funktion des rechtsstaatlichen Alibis für die Legitimation eines Urteils, das immer noch maßlos ist, auch wenn es die fürchterliche Maßlosigkeit der Anträge der Staatsanwaltschaft nicht erreicht. Diese Linie der Verurteilung können wir nicht mit einem Plädoyer, mit argumentativer Überzeugung durchbrechen. Als letztes Mittel, solche Urteile abzuwenden, verlangt hier Verteidigung unserer Mandanten den Protest durch Verweigerung.

Als Verteidiger
gez. Rosenkranz — gez. Tode
gez. Werner — gez. Baisch

vortragen würde. Nach Überarbeitung seines Plädoyers durch einen Kollegen habe er dann ,,lustlos'' das geänderte Manuskript vorgetragen, während er sich zunächst an den ,,normalen'' Strafrahmen habe halten wollen.
Nach der Strafprozeßordnung darf die Staatsanwaltschaft trotz Weisungsrecht der Vorgesetzten nur Anträge stellen, die sie als nach dem Ergebnis der Hauptverhandlung gerechtfertigt ansieht. Der Weisungsberechtigte darf keine justizfremden Zwecke verfolgen. Folglich konnte der Sitzungsvertreter Staatsanwalt Wieduwilt der Frage nicht ausweichen: alles sei frei erfunden. Sein Plädoyer sei ,,von A bis Z auf eigenem Mist gewachsen''. Selbst wenn es aber stimmte, was in dem Artikel stünde, usw. Dies alles so nervös und fahrig, daß jeder spürte, daß es mit den Irrealis nicht so weit her war. Nicht von ungefähr hat eine Illustrierte dem Informanten aus der Staatsanwaltschaft schon 50000 DM für seinen Namen angeboten.



Markus Mohr *(links)* und Michael Duffke *(rechts)*. Das Prozeßgebäude was immer strengstens bewacht.
nieder, daß der Landfriedensbruch, zu dem entschlossener Widerstand allzumal deklariert wird, regelmäßig getragen ist von politischen Zielen, die breite Sympathie haben. Mit drakonischen Strafen sollen jetzt wenige und durchaus zufällig herausgegriffene stellver-
nicht müssen. Im Fall M. Duffke ist allein ein Bildvergleich eines BKA-Sachverständigen Grundlage, der sich selbst disqualifizierte. ,,Studiert habe ich nie. Ich habe keine anthropologischen Studien betrieben ... Medizinische Fragen lehne ich ab. Mein Studium ist die Praxis im BKA ... Das ist meine Methode. Ich bin in die Aufgabe hineingewachsen. Veraussetzungen sind: Lupe, ein gutes Auge und ein klarer Verstand ... Ich habe etwa zehn ausführliche Gutachten gemacht. Ich bin mir nicht bewußt, mich geirrt zu haben.'' Auf Frage, woher er diese Sicherheit nehme: ,,Daraus, daß die Betroffenen verurteilt worden sind.'' Der Sachverständige benutzt die Methode, nach der neu-
Gemeinsame Erklärung der Verteidigung vom 6.5.1982
Wir werden nicht plädieren.
Unser Selbstverständnis als Strafverteidiger verbietet es uns, für eine ausschließlich vom politischen Ziel bestimmte Justiz den Legitimationsrahmen im Schlußplädoyer abzugeben.
re zielen auf den wahren Angeklagten, die Anti-AKW-Bewegung und ihren Widerstand.
Das Gericht hat für diese Strafanträge den Rahmen geschaffen: die ersten 3 Monate verhandelte die Jugendkammer ohne Anklage insgeheim auch über ein Tötungsdelikt; seit über einem Jahr hält sie bis heute

Schwiers geänderte Taktik

Hochschulen sollen in die Verantwortung genommen werden

jöf. Bezüglich der Durchsetzung des ,,Konzentrationsplanes'' hat Minister Schwier offensichtlich eine neue Taktik eingeschlagen. Dies ist jedenfalls als wesentlichstes Ergebnis der Gespräche zwischen Rektoren und Ministerialvertretern von letzter Woche deutlich geworden. Demnach gedenkt Schwier nicht den Plan, so wie er ist, einfach durchzudrücken, vielmehr ist nun der Plan ,,nur'' noch eine ,,allgemeine Vorgabe'', mit den Fixpunkten ,,Abbau der Studienplätze für Lehrer, Konzentration der Lehrerausbildung für Primar- und Sekundarstufe I auf Köln und Dortmund, Abbau von Überkapazitäten in verschiedenen Fächern und dem Willen zum Sparen'', so jedenfalls interpretierte der Kölner Uni-Rektor Binding auf einer Pressekonferenz die ,,Vorgaben''. Stattdessen sollen nun die Hochschulen selbst Pläne und Vorschläge erarbeiten, wie nun der Spar- und Konzentrationsplan an ihrer Hochschule zu erfüllen sei, womit ja dann auch die ,,Autonomie der Hochschulen'' gewahrt sei, wie nicht nur der Kölner Rektor befriedigt konstatierte, und weswegen nun ,,seiner Meinung nach der erwartete Aufstand von Professoren, Assistenten und Studenten erledigt'' sei.

Auf diese Weise will Schwier zwei Fliegen mit einer Klappe treffen. Einerseits versucht er dadurch die ganze Auseinandersetzung in die Hoschulen hineinzuverlagern. In guter Kenntnis der teils bereits aufgebrochenen Widersprüche und der Konkurrenz unter Professoren und Rektoren sollen sie sich nun gegenseitig um die Kürzungen schlagen, während die Landesregierung und überhaupt eine umfassende, radikale Kritik an der staatlichen Haushaltspolitik aus der Schußlinie geraten soll. Andererseits soll so auch eine sich anbahnender gemeinsamer Widerstand aller Hochschulangehörigen, der nicht ständisch ist und vielleicht auf Grundlage einer fortschrittlichen Kritik an der Regierung auch Unterstützung, z.b. von den Gewerkschaften erhält, die Spitze gebrochen werden.

An den Regierungsplänen ändert sich vom Zweck her derweil nichts. Bis zum 1. Juli sollen die Hochschulen ihre Vorschläge dem Minister auf dem Tisch legen, dabei können sie – wenn der Zweck erfüllt ist – im Detail abweichen. Ebenso ändert sich so auch nichts am rigorosen Kurs des Ministeriums, die Sache bis zum 15. Juli als Erlaß in Kraft zu setzen. Legen die Rektoren hingegen nichts oder ,,Unbrauchbares'' vor, hat Schwier dann Grund genug die Maßnahmen zu ,,oktroyieren'', da die Hochschulen eben ihre ,,Autonomie'' nicht genutzt haben.

Neben Versammlungen und Protesterklärung fanden gegen den ,,Konzentrationsplan'' Demonstrationen von Studenten, Mittelbau und Dozenten in Jülich und Hagen statt, letztere wurde auch von Personalrat und Gewerkschaften unterstützt. An der Uni Köln wird die Durchführung von ,,Tagen der Offenen Tür'' einzelner Fachbereiche geplant, um sich so an die Öffentlichkeit zu wenden. Der AStA plant eine Veranstaltung mit Vertretern der Hochschulangehörigen, nichtwissenschaftlichen Beschäftigten, Gewerkschaften und demokratischen Zusammenschlüssen.

Auf diese Weise will Schwier zwei Fliegen mit einer Klappe treffen. Einerseits versucht er dadurch die ganze Auseinandersetzung in die Hoschulen hineinzuverlagern. In guter Kenntnis der teils bereits aufgebrochenen Widersprüche und der Konkurrenz unter Professoren und Rektoren sollen sie sich nun gegenseitig um die Kürzungen schlagen, während die Landesregie-
schaften unterstützt. An der Uni Köln wird die Durchführung von ,,Tagen der Offenen Tür'' einzelner Fachbereiche geplant, um sich so an die Öffentlichkeit zu wenden. Der AStA plant eine Veranstaltung mit Vertretern der Hochschulangehörigen, nichtwissenschaftlichen Beschäftigten, Gewerkschaften und demokratischen Zusammenschlüssen.

Veranstaltungen

Dortmund
Diskussionsveranstaltung: Neue Weltwirtschaftsordnung – Stand der Auseinandersetzung und langfristige Lösungsperspektiven, mit Theo Mehlen. Kaiserstr. 27a
Dienstag, 18.5.1982, 19.00 Uhr

Arbeitsgruppen:

Bildungswesen
Beginn: Samstag, 22.5.1982, 14.00 Uhr
Ende: Sonntag, 23.5.1982, gegen 16.00 Uhr

Anmeldungen bis spätestens 1 Woche vorher

Arbeitsseminar **Staat und Revolution**
Themen:
1. Lenins Rekonstruktion der Staatsauffassung von Marx und Engels
2. Eurokommunismus und Staat
3. Staat und Revolution in der BRD. Positionen der Linken
Beginn: Samstag, 29.5., 14.00 Uhr
Ende: Montag, 31.5., spätestens 16.00 Uhr

Schulungen:

Karl Marx: Das Kapital, Band I
Beginn: Samstag, 10. Juli 1982
Ende: Sonntag, 18. Juli 1982

Karl Marx: Das Kapital, Band II/III
Beginn: Montag, 19. Juli 1982
Ende: Sonntag, 1. August 1982

Anmeldungen zu den Schulungen bitte mindestens 3 Wochen vorher

Die Arbeitsgruppen und Schulungen finden jeweils statt im Schulungszentrum des KBW, 6000 Frankfurt 11, Mainzer Landstraße 147, Tel. 0611/730231. Weitere Informationen sind dort ebenfalls erhältlich. Die Übernachtungen erfolgen im Haus der Jugend, Preis pro Nacht 14,90 DM

Geänderte Telefonnummern!

KVZ-Redaktion: 730236
BUCHVERTRIEB HAGER: 730234

Durch die geänderten Telefonnummern können KVZ-Redaktion und BUCHVERTRIEB HAGER ohne Vermittlung direkt erreicht werden.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: Gerd Koenen, cof, chm, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · **Telefon 0611/730236** · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM, Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Sozialhilfe – ein Weg voller Dornen

Der Arbeitsdienst – im Sozialhilfegesetz bereits verwirklicht – wird verstärkt angewandt

erb. Mit dem Ansteigen der industriellen Reservearmee, der Verschärfung der Bestimmungen beim Arbeitsamt, seien es Zumutbarkeitsregelungen oder Anwartszeiten, nimmt der Anteil derjenigen Personen zu, die gezwungen sind, das Sozialamt aufzusuchen. Immer öfter wird in der Presse bekannt, wie unmenschlich diese Personen zwischen den Ämtern hin- und hergehetzt werden. Grundsätzlich ist jeder Hilfesuchende verpflichtet „seine Arbeitskraft zur Verschaffung des Lebensunterhaltes für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einzusetzen" (Bundessozialhilfegesetz §18). Das Sozialamt wird mit gleichem Paragraphen verpflichtet, eng mit dem Arbeitsamt zusammenzuarbeiten. Und dies wird auch kräftig praktiziert.

In der Regel fallen Arbeitslosenhilfeempfänger mit mehreren Kindern unter den Regelsatz der Sozialhilfe und erhalten damit „ergänzende Sozialhilfe", doch dies nur, wenn sie auch vor jeder Auszahlung der Sozialhilfe eine Kontrollkarte des Arbeitsamtes vorzeigen, daß sie dort vorgesprochen haben.

Je stärker die Krise, je weniger offene Stellen den Arbeitslosen angeboten werden, desto rigider wird diese Praxis angewandt. So gibt es Sozialämter, die seit kurzem nicht monatliche oder vierzehntägige Vorsprache beim Arbeitsamt verlangen, sondern wöchentliche. Wird eine Vorsprache versäumt, kommt nicht nur eine Sperrzeit beim Arbeitsamt in Frage, sondern das Sozialamt kann die Sozialhilfe um 30% auf das sogenannte „lebensnotwendige Maß" kürzen. Druckmittel also in Hülle und Fülle.

Doch auch Arbeitslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld weit über dem Regelsatz der Sozialhilfe haben, kommen immer mehr in die Mühlen der Sozialämter. Antragsbearbeitung und Auszahlung dauern augenblicklich beim Arbeitsamt gut 6 Wochen, mit einem sogenannten „Laufzettel" des Arbeitsamtes zahlt das Sozialamt Vorschüsse auf das Arbeitslosengeld aus, die bei Bewilligung des Arbeitslosengeldes sofort wieder an das Sozialamt abgetreten werden. Mancher will diesen Schiebeverkehr zwischen den Ämtern nicht mehr mitmachen und erscheint nicht mehr persönlich, dafür aber in der Statistik als nicht „mitwirkungsbereit" – Folge: Einstellung der Leistungen.

Eingang in das Bundessozialhilfegesetz haben auch die permanenten Verschärfungen der Zumutbarkeitsbestimmungen des Arbeitsförderungsgesetzes gefunden, und so werden kranke Frauen bis zu 60 Jahren vom Sozialamt aufgefordert, sie sollten zu ihren Sozialhilfeleistungen einen Eigenbeitrag aufbringen, indem sie auch stundenweise Arbeit annehmen. Putzhilfe sollen diese Frauen machen, auch wenn sie schon vom Arbeitsamt bereits jahrelang als nicht vermittlungsfähig angesehen werden. Alleinstehenden Müttern wird in den Sozialhilferichtlinien und Kommentaren zugestanden, daß sie ausschließlich für das Kind sorgen sollen, bis das Kind drei Jahre alt ist, danach wird von ihnen verlangt, „zumindest halbtags ihre Arbeitskraft einzusetzen". Abgesehen von der gesamten Problematik der Teilzeitarbeit, diese Mütter erhalten wohl kaum vom Arbeitsamt eine entsprechende Tätigkeit. Folge ist eine permanente Vorsprache beim Arbeitsamt, Stempel abholen, dem Sozialamt vorlegen, um die Sozialhilfe weiterhin ausbezahlt zu bekommen. Und dieser Personenkreis ist bei den Sozialhilfeempfängern nicht gering.

Seine Krone findet das ganze Instrumentarium an Schikanen im §19 des Bundessozialhilfegetzes „für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sollen nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden". In der KVZ Nr. 9 vom 5. März 1982 berichteten wir über die Arbeitsverpflichtung von Asylbewerbern in Westberlin zum Granulatfegen. Im März sorgte dies für Aufsehen, leider wurde auch in der KVZ berichtet, dies ginge auf das Konto des 2. Haushaltsstrukturgesetzes. Dem ist nicht so, die „Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit" blüht schon jahrelang im Verborgenen – angewandt wird die Arbeitsverpflichtung nach meiner Kenntnis besonders seit 1973.

Im besagten §19 heißt es im Absatz 2: „Wird für den Hilfesuchenden Gelegenheit zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit geschaffen, kann ihm entweder das übliche Arbeitsentgelt oder Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt werden; zusätzlich ist nur die Arbeit, die sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde." Und weiter Absatz 3: „Wird im Falle des Absatzes 2 Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt, so wird kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts und kein Beschäftigungsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung begründet. Die Vorschriften über den Arbeitsschutz finden jedoch Anwendung." In §20 sollen dann „arbeitsentwöhnte Hilfesuchende an Arbeit" gewöhnt werden, wobei neben der Hilfe zum Lebensunterhalt noch eine angemessene Entschädigung gewährt werden soll.

Vorwiegend in den großen Städten wird diese Arbeitsverpflichtung in nicht unerheblichem Maßstab angewandt. Von der Stadt Köln ist bekannt, daß arbeitslose Lehrer, die Sozialhilfe beziehen mußten, zum Fegen auf dem Friedhof eingesetzt wurden, in Karlsruhe wurden arbeitslose Lehrer in Jugendhäusern für Nachhilfe eingesetzt. Ein großer Teil der übrigen arbeitsverpflichteten Sozialhilfeempfänger arbeiteten in Karlsruhe bei:

- Friedhofs- und Bestattungsamt
- Tiefbauamt
- Städtischen Krankenanstalten.

Die Stadtverwaltung konnte die Aussage, daß somit ständig 100 Sozialhilfeempfänger beschäftigt werden, nie dementieren. Für einen Antrag der Arbeitsgemeinschaft Obdachlosenhilfe von 1977 an den Sozial- und Jugendwohlfahrtsausschuß mit der Forderung nach Übernahme aller nach dem Bundessozialhilfegesetz Beschäftigten in ein ordentliches Arbeitsverhältnis benötigte die Stadtverwaltung genau 11 Monate zur Beantwortung

Wohl nicht nur in Karlsruhe wird die gesetzliche Bestimmung der „zusätzlichen Arbeit" umgangen. Unter zusätzlicher Arbeit verstehen Gottschick/Giese in ihrem Kommentar zum Bundessozialhilfegesetz (7. Auflage, 1981): „Beispiele für §19 Abs. 2 sind ... Errichtung von Spielplätzen, Sport- und Grünanlagen, Kultivierung von Ödland ...", also zusätzlich zu laufend anfallenden Arbeiten. Von „zusätzlich" ist in Karlsruhe nichts bekannt, wohl aber, daß beim Marktamt ausschließlich Sozialhilfeempfänger die Aufräumarbeiten verrichten, im Krankenhaus Sozialhilfeempfänger in der Wäscherei voll, also 8 Stunden, neben anderen Beschäftigten eingesetzt sind. Bezahlt wird neben der Sozialhilfe eine Prämie von 1,25 DM/Std.



5 Kinder schlafen in einem Raum mit 2 Betten. Eine (mögliche) Definition für extreme Armut: Ein Raum kommt auf 2 und mehr Personen.

„Wenn auch bei Alleinstehenden die Leistungen der Sozialhilfe die Stundenlohnsätze tarifvertraglich vereinbarter Vergütungen nicht erreichen, so kann dennoch festgestellt werden, daß bei Hilfeempfängern z.B. mit einem 4-Personen-Haushalt öffentliche Sozialhilfeleistungen erbracht werden, welche die Durchschnittseinkommen von in regelrechten Arbeitsverhältnissen stehenden Personen erreichen und teilweise auch überschreiten. Eine vierköpfige Familie erhält bei einer angenommenen Miete von 250 DM mtl. sowie bei Berücksichtigung eines Pauschalbetrages für Hausrat- und Bekleidungsbeihilfen sowie der o.g. Arbeitsprämie einschließlich Fahrgeld und Arbeitsmittel, Krankenhilfeleistungen usw. öffentliche Hilfe in Höhe von mtl. rund 1600 DM abzüglich Kindergeld und Wohngeld. Dieser Betrag entspricht bei 170 Arbeitsstunden pro Monat einem Bruttostundenlohn von 9,40 DM. Der Vorwurf, der Staat würde auf diese Weise seine hilfebedürftigen Bürger ‚ausbeuten', ist daher in keiner Weise gerechtfertigt." So versucht sich die Stadt Karlsruhe im Januar 1978 zu rechtfertigen – geändert hat sich in der Praxis nichts. Nur hat die Stadt, damals wie heute, keinerlei Stellung genommen, daß im §19 Abs. 2 ausdrücklich auch davon ausgegangen wird, daß das übliche Entgelt bezahlt werden kann! In den Sozialhilferichtlinien von Baden-Württemberg wird davon ausgegangen, daß bei einem Arbeitseinsatz von über 100 Stunden im Monat der Tariflohn gewährt werden soll und somit ein „echtes Arbeitsverhältnis mit eingeschränkter Versicherungspflicht in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung" entsteht. Im Einzelfall sollte diese Bezahlung gefordert werden, selbst wenn Widerspruch oder Klage dazu notwendig werden!

Um der Tarifvergütung zu entkommen, retten sich die Sozialbürokraten mit dem §20, in dem grundsätzlich das Sozialamt in Karlsruhe von „Arbeitsentwöhnung ... bei Personen" ausgeht, wenn

a) kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe besteht bzw. in den letzten drei Jahren keine 26 Wochen versicherungspflichtig gearbeitet haben ... oder im letzten Jahr keine 10 Wochen in entlohnter Beschäftigung gestanden haben.

b) Ansprüche auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe wegen Versäumnis der Meldepflicht verwirkt haben,

c) keine Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz wegen unbegründeter Einschränkung des Leistungsvermögens erhalten.

So werden beim städtischen Übernachtungsheim in Karlsruhe 40 Arbeitsplätze unterhalten. 20 Plätze sind mindestens auf längere Dauer von Wohnheimbewohnern belegt, sie arbeiten 37½ Stunden pro Woche entsprechend dem obigen Satz. Im Auftrag der Stadt werden Tubenverschlüsse für Fa. Kutterer sowie Elektrokabel für Desco montiert. Die Arbeiter verlangen von der Stadt Tariflohn, was bislang vom Sozialdezernenten abgelehnt wird.

Zersplitterte Kämpfe auf diesem Gebiet finden tagtäglich statt. Doch die ÖTV und die Personalvertretungen sind noch zuwenig in den Kampf gegen diesen Arbeitsdienst einbezogen. Eine Hemmschwelle bietet dafür der Bundesangestelltentarifvertrag (§3 Abs. 1 Buchst. c), in dem die derart Arbeitsverpflichteten aus dem Tarif ausgeklammert sind, was nicht immer so bleiben muß.

Aufgabe bleibt es auch, auf die unzähligen Verstöße, wie die oben geschilderte 100-Stunden-Regelung hinzuweisen, um den Personlräten wie dem Arbeitsverpflichteten aus der Misere des Lohndrückers herauszuhelfen, wenngleich hierzu insgesamt Änderungen des Bundessozialhilfegesetzes notwendig sind.

Einen erneuten Schritt hierzu hat man in Karlsruhe unternommen, indem in einer Anfrage eines Stadtrates der Grünen Liste für Umweltschutz und Demokratie die Stadtverwaltung Auskunft geben soll, in welchen Bereichen wieviel Beschäftigte zu wieviel Stunden eingesetzt werden, und welche Vergütung dafür bezahlt wird, bzw. wieviele Planstellen durch Umwandlung zusätzlich geschaffen werden können. Einige Personalräte und ÖTV-Funktionäre interessieren sich bereits für diese Anfragen. Ein zunehmend wichtiges Element im Kampf gegen die Arbeitsverpflichtung sowie die alltäglichen Schikanen auf den Sozialämtern werden die Sozialhilfeberatungsstellen und Vereine, die Aufklärung und Rechtshilfe gewähren. Eine sehr interessante Broschüre brachte die Sozialhilfeberatung beim Gesundheitszentrum Berlin heraus, deren weitere Verbreitung unterstützenswert ist.

Sozialhilfe-Broschüre

„Sozialhilfeempfänger werden (immer noch) behandelt wie der letzte Dreck"

4. Auflage, 1981, Sozialhilfeberatung e.V. Berlin
c/o Gesundheitszentrum Gropiusstadt,
Lipschitzallee 20 – 22
1000 Berlin-Neukölln
Preis der Broschüre: 5,-- DM

Armut im Wohlstandsland BRD?

„Dunkelziffer der Armut" mindestens bei 50%

gkr. Offiziell ist die Armut in der BRD fast zu vernachlässigen. 109000 Familien, die „arm" sind, hat die Transferkommission der Bundesregierung 1980 gezählt. Nun ist zugegebenermaßen der Begriff „Armut" schwer zu definieren, da er eben keine absolute Größe ist, sondern sich nur an historisch und durch die Umwelt gebundenen Größen mißt, die, will man sie auf das notwendige Geld für Lebensmittel, Wohnung etc. reduzieren, noch am ehesten durch den Sozialhilfesatz beschrieben werden kann. Immerhin erhebt dieser Sozialhilfesatz ja schließlich den Anspruch, daß er die Minimalbedingungen eines menschenwürdigen Lebens garantiert. Daß diese Minimalbedingungen vom Willen und der Fülle des Geldsäckels der Politiker abhängen, hat die Operation '82 erst wieder deutlich gemacht.

Nach der amtlichen Statistik waren 1979 (neuere Zahlen liegen gegenwärtig noch nicht vor) 723000 Haushalte der BRD auf regelmäßige Sozialhilfezahlungen unterschiedlichen Ausmaßes angewiesen. Es sind dies 2,9% aller Haushalte der BRD. Um aber das wirkliche Ausmaß des Elends in der BRD zu erfassen, muß man zu dieser Zahl von Sozialhilfeempfängern (die ja, per Definition der Armutsgrenze, diese zwar gerade erreichen, aber eben nur aufgrund staatlicher Zuschüsse, die erbettelt werden müssen, die daher vernünftigerweise ebenfalls als „arm" eingestuft werden) noch all diejenigen dazuaddieren, die aus den verschiedensten Gründen keine Sozialhilfe erhalten, aber nur ein Einkommen unterhalb des Sozialhilfesatzes erhalten.

Diese sog. „Dunkelziffer der Armut" wurde in einem Forschungsprojekt des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit untersucht.* Die Ergebnisse sind aufschlußreich. Aus durchschnittlichen Sozialhilfesätzen haben die Autoren der Studie einen „vereinfachten Sozialhilfesatz" errechnet. 3,7% aller Haushalte einer Repräsentativerhebung lagen unter diesem Satz und bezogen keine Sozialhilfe. Da sei anzurechnende Familienhilfe und Vermögen noch nicht berücksichtigt, stellten sie nachträglich fest, und berücksichtigten dies mit 0,9%. So fielen noch zusätzlich 2,8% aller Haushalte, das waren für das Erhebungsjahr 1978 knapp unter 700000 Familien, unter die Armutsgrenze. Insgesamt über 1,4 Mio. Haushalte. Die Verfasser finden zwar noch weitere Gründe, diese Quote (zur Sicherheit) zu senken. Diesen zu folgen, fällt allerdings schwer. Im Gegenteil, man muß eher auf einige Faktoren hinweisen, die das wirkliche Ausmaß um einiges höher sein lassen:

– Da ist zum einen die wirtschaftliche Lage, die sich mittlerweile seit 1978 ja erheblich verschlechtert hat. Waren damals 990000 Arbeitslose im Jahresdurchschnitt registriert, so werden es 1982 mit 1,8 Mio. fast doppelt so viele sein. Kein Zweifel, daß dies Auswirkungen auf die Zahl der tatsächlichen und potentiellen Sozialhilfeempfänger haben muß.

– Es kommen hinzu die Kürzungen und Einschränkungen von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und vor allem von Kindergeld, die ebenfalls erhöhend wirken.

– Und schließlich ist die Grundannahme, daß der Sozialhilfesatz wenigstens die Minimalbedingungen eines menschenwürdigen Lebens garantieren würde, nicht haltbar. Der „Regelsatz", die Grundlage der Berechnungen, wird aufgrund eines einmal festgelegten „Warenkorbes" ermittelt. Dies geschah zuletzt vor 12 Jahren. Er wurde zwar jährlich um die Preissteigerungsrate angepaßt, dies ließ aber eine höhere Preissteigerungsrate gerade für Güter des täglichen Bedarfs sowie Veränderungen des Warenkorbes außer acht. Ein neuberechneter Warenkorb liegt vor, wird aber nicht angewandt. Bei seiner Anwendung, so der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, müßten die Regelsätze um 25% steigen. Die Anwendung eines so erhöhten Regelsatzes würde zu einer „Dunkelziffer" von etwa 6% führen, mehr als doppelt so hoch wie die ursprünglich angegebene. Das resultiert vor allem daraus, daß gerade um die Sozialhilfegrenze ein übergroßer Teil der Haushaltseinkommen liegt. Zusammen mit denen, die schon Sozialhilfe erhalten, wäre man leicht bei einem Anteil von 9% aller Haushalte der BRD, das sind etwa 2,1 Mio., und betroffen wären davon, genauer gesagt sind es ja auch schon, etwa 3,5 Mio. Menschen.

Ist nicht doch einiges Richtige an dem, was schon Marx gesagt hat, daß der Reichtum auf der einen Seite die Armut auf seinem Gegenpol erzeugt, den Apologeten des Kapitals zum Trotz?

Bleibt zu fragen, warum ein so großer Teil, d.h. mehr als die Hälfte der Menschen, die Sozialhilfe erhalten könnten, offensichtlich auf deren Inanspruchnahme verzichten?

– Es ist zum einen eine mangelnde Kenntnis über den Umfang der Sozialhilfe sowie die Befürchtung, man müsse später zurückzahlen.

– Es ist zum zweiten die Angst, von der Umwelt schief angesehen zu werden, als „arbeitsscheu", „Schwindler" oder was auch sonst, was als Klischeebild durch die Propaganda ja auch kräftig gefördert wird. Hier gehört mit hinzu die Belastung innerhalb der Familie, wenn die Einkommensverhältnisse naher Verwandter durchschnüffelt werden, ob nicht bei ihnen noch etwas zu holen sei u.ä.

– Nicht gefragt hat die Studie nach den Schikanen, denen sich jeder Sozialhilfeempfänger schon bei der Antragsstellung aussetzt, bis hin zum nebenstehend beschriebenen Arbeitsdienst. Auch das wird ein wichtiger Faktor sein.

*Sozialhilfebedürftigkeit und „Dunkelziffer der Armut", Schriftenreihe des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit, Band 98. Hierzu auch: Jürgen Roth: „Es ist halt so ..." (Reportagen aus dem alltäglichen Elend, Reinbek bei Hamburg 1982 (rororo Sachbuch 7401), und: Jürgen Roth: Armut in der Bundesrepublik. Untersuchungen und Reportagen zur Krise des Sozialstaates, Reinbek 1979 (rororo Sachbuch 7259).

zialamt kann die Sozialhilfe um 30% auf das sogenannte „lebensnotwendige Maß" kürzen. Druckmittel also in Hülle und Fülle.

Doch auch Arbeitslose, die Anspruch auf Arbeitslosengeld weit über dem Regelsatz der Sozialhilfe haben, kommen immer mehr in die Mühlen der Sozialämter. Antragsbearbeitung und Auszahlung dauern augenblicklich beim Arbeitsamt gut 6 Wochen, mit einem sogenannten „Laufzettel" des Arbeitsamtes zahlt das Sozialamt Vorschüsse auf das Arbeitslosengeld aus, die bei Bewilligung des Arbeitslosengeldes sofort wieder an das Sozialamt abgetreten werden. Mancher will diesen Schiebeverkehr zwischen den Äm-

ten Problematik der Teilzeitarbeit, diese Mütter erhalten wohl kaum vom Arbeitsamt eine entsprechende Tätigkeit. Folge ist eine permanente Vorsprache beim Arbeitsamt, Stempel abholen, dem Sozialamt vorlegen, um die Sozialhilfe weiterhin ausbezahlt zu bekommen. Und dieser Personenkreis ist bei den Sozialhilfeempfängern nicht gering.

Seine Krone findet das ganze Instrumentarium an Schikanen im §19 des Bundessozialhilfegetzes „für Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sollen nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden". In der KVZ Nr. 9 vom 5. März 1982 berichteten wir über die Arbeitsverpflich-

gungsverhältnis im Sinne der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung begründet. Die Vorschriften über den Arbeitsschutz finden jedoch Anwendung." In §20 sollen dann „arbeitsentwöhnte Hilfesuchende an Arbeit" gewöhnt werden, wobei neben der Hilfe zum Lebensunterhalt noch eine angemessene Entschädigung gewährt werden soll.

Vorwiegend in den großen Städten wird diese Arbeitsverpflichtung in nicht unerheblichem Maßstab angewandt. Von der Stadt Köln ist bekannt, daß arbeitslose Lehrer, die Sozialhilfe beziehen mußten, zum Fegen auf dem Friedhof eingesetzt wurden, in Karlsruhe wurden arbeitslose Lehrer in

5 Kinder schlafen in einem Raum mit 2 Betten. Eine (mögliche) Definition für extreme Armut: Ein Raum kommt auf 2 und mehr Personen.

Letten beantragen Austritt aus UdSSR

kvz. Die „Tageszeitung“ vom 10.5. berichtet, daß in den baltischen Republiken eine Friedensbewegung im Entstehen sei. Diese drücke sich in einer wachsenden Zahl von Wehrdienstverweigerungen aus, wofür der Krieg in Afghanistan den Anstoß gibt. Dann werden in Riga und anderen Städten Unterschriften unter einen Antrag des Bürgerrechtlers Maigonis Ravinš gesammelt, datiert vom 8. März 1982, den dieser an den Obersten Sowjet gerichtet hat. Es heißt darin: „Hiermit beantrage ich auf Grund des Artikels 72 der Verfassung (der § gibt jeder Republik das Recht, aus der Union auszutreten, d. Red.) die Legalisierung der lettischen nationalen Bewegung, damit sie den Austritt Lettlands aus der UdSSR vorbereiten kann. Dieser Schritt wird die Interessen der nationalen Sicherheit des lettischen Volkes garantieren. Lettland kann nicht Mitglied der UdSSR bleiben, weil die Sowjetunion durch ihre Beteiligung an der Wettrüstung der Großmächte nicht in der Lage ist, die nationalen Interessen Lettlands zu garantieren. Der Austritt Lettlands aus der UdSSR wird die Bildung eines cordon sanitaire an der Ostsee ermöglichen und die Entspannung in Europa begünstigen. Das Schicksal Lettlands darf nicht in die Abhängigkeit des Rüstungswahnsinns der Großmächte geraten. Der Kampf für die Unabhängigkeit Lettlands ist Kampf für den Frieden. Die öffentliche Meinung der Ostseeländer muß die Verwirklichung der Rechte des lettischen Volkes unterstützen und die nationalen Interessen auf die Dauer garantieren.“

US-Stützpunkt in Kolumbien?

kvz. Die USA verhandeln mit der kolumbianischen Regierung über die Benutzung der kolumbianischen Luftwaffenstützpunkte auf der Insel St. André. Die Insel ist strategisch wichtig für die USA, weil sie nur 200 km von der nicaraguanischen Küste entfernt ist. El Salvador liegt nur 700 km entfernt. Die kolumbianische Regierung hat diese Nachricht, die vom Pentagon stammt, dementiert. Dagegen hat der Botschafter Kolumbiens in Washington bestätigt, daß solche Verhandlungen laufen. Kolumbien gehört zu den Staaten Lateinamerikas, die die Aufstellung einer interamerikanischen Truppe befürworten, die z.B. für eine Intervention in El Salvador eingesetzt werden könnte.

Nord- und Südjemen: Schießen und verhandeln

chm. In den Bergen des Nordjemen liefern sich Regierungstruppen und bewaffnete Guerillaeinheiten der Nationaldemokratischen Front (NDF) schwere Gefechte, während die beiden Staatschefs Nord- und Südjemens „Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Jemens“ führen. Die nordjemenitische Regierung ist der Auffassung, daß die NDF vom Südjemen aus-

seeländer muß die Verwirklichung der Rechte des lettischen Volkes unterstützen und die nationalen Interessen auf die Dauer garantieren.“

US-Stützpunkt in Kolumbien?

kvz. Die USA verhandeln mit der kolumbianischen Regierung über die Benutzung der kolumbianischen Luftwaffenstützpunkte auf der Insel St. André. Die Insel ist strategisch wichtig für die USA, weil sie nur 200 km von der nicaraguanischen Küste entfernt ist. El Salvador liegt nur 700 km entfernt. Die kolumbianische Regierung hat diese Nachricht, die vom Pentagon stammt, dementiert. Dagegen hat der Botschafter Kolumbiens in Washington bestätigt, daß solche Verhandlungen laufen. Kolumbien gehört zu den Staaten Lateinamerikas, die die Aufstellung einer interamerikanischen Truppe befürworten, die z.B. für eine Intervention in El Salvador eingesetzt werden könnte.

Nord- und Südjemen: Schießen und verhandeln

chm. In den Bergen des Nordjemen liefern sich Regierungstruppen und bewaffnete Guerillaeinheiten der Nationaldemokratischen Front (NDF) schwere Gefechte, während die beiden Staatschefs Nord- und Südjemens „Verhandlungen über eine Wiedervereinigung Jemens“ führen. Die nordjemenitische Regierung ist der Auffassung, daß die NDF vom Südjemen aus-

gerüstet und in Marsch gesetzt worden ist, was der Südjemen bestreitet. In einem Gespräch mit dem Korrespondenten der französischen Zeitung Le Monde, Eric Rouleau, erklärte der nordjemenitische Präsident al Iriani, daß sein Land nur den Weg der Verhandlungen beschreiten werde, um die Aktivitäten der NDF zu stoppen. Wenn eine Vereinbarung auf friedlichem Wege zwischen den beiden Jemen zustandekäme, würde der Südjemen seine Unterstützung für die Guerillas der NDF einstellen.

UNO-Fahne bald über den Malvinen?

G.K. Während sich der britische Blockadering um die Malvinen (Falkland-Inseln) enger schließt und mit einer systematischen Zermürbungstaktik die argentinischen Truppen in eine unhaltbare Lage gebracht werden sollen, verschlechtert sich die diplomatische Lage Großbritanniens. Von der ursprünglichen Forderung nach (zumindest vorläufiger) Wiederherstellung der britischen Souveränität ist die Regierung Thatcher bereits ab. So oder so wird sie sich bequemen müssen, nach einer Übergangsperiode unter UNO-Fahne die Inseln (eventuell mit Autonomiestatus) an Argentinien abzutreten. UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar hat sich dafür stark gemacht, die Krise binnen einer Woche auf dieser Linie zu lösen. Bei allen größeren Angriffsoperationen seiner Expeditions-Armee wurde Großbritannien in dieser Situation nicht nur von Seiten der Dritten Welt, sondern auch der europäischen Verbündeten unter Druck geraten. Diese haben ihre Sanktionen gegen Argentinien nicht verlängert – und damit zu verstehen gegeben, daß sie einen sich hinziehenden Krieg mißbilligen würden. Argentinien hat, allerdings unter Verlusten, Nachschub auf die Inseln bringen können und bereitet sich vor, neue Schläge gegen die britische Armada zu führen. Die Ausdehnung der Sperrzone durch das britische Operationskommando bis auf 12 km vor die argentinische Küste zeigt nur das Dilemma der Briten: je mehr sie die Szene beherrschen, um so mehr Angriffspunkte bieten sie.

UNO unternimmt erneut Versuch zur Lösung in Afghanistan

kvz. Der Beauftragte des UNO-Generalsekretärs, Cordovez, hat das Einverständnis Afghanistans und Pakistans zu indirekten Verhandlungen erlangt. Die Außenminister beider Länder werden in Genf sich nicht persönlich treffen, aber über den UNO-Beauftragten als Briefträger miteinander reden. Verhandelt werden soll über vier Themenkreise, die die grundsätzlichen Forderungen der UNO-Generalversammlung zu Afghanistan bilden: Abzug aller fremden Trupen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, Garantien für die Nichteinmischung und Rückkehr der Flüchtlinge. Ende des Jahres sollen dann direkte Gespräche aufgenommen werden, zu

der Dritten Welt, sondern auch der europäischen Verbündeten unter Druck geraten. Diese haben ihre Sanktionen gegen Argentinien nicht verlängert – und damit zu verstehen gegeben, daß sie einen sich hinziehenden Krieg mißbilligen würden. Argentinien hat, allerdings unter Verlusten, Nachschub auf die Inseln bringen können und bereitet sich vor, neue Schläge gegen die britische Armada zu führen. Die Ausdehnung der Sperrzone durch das britische Operationskommando bis auf 12 km vor die argentinische Küste zeigt nur das Dilemma der Briten: je mehr sie die Szene beherrschen, um so mehr Angriffspunkte bieten sie.

UNO unternimmt erneut Versuch zur Lösung in Afghanistan

kvz. Der Beauftragte des UNO-Generalsekretärs, Cordovez, hat das Einverständnis Afghanistans und Pakistans zu indirekten Verhandlungen erlangt. Die Außenminister beider Länder werden in Genf sich nicht persönlich treffen, aber über den UNO-Beauftragten als Briefträger miteinander reden. Verhandelt werden soll über vier Themenkreise, die die grundsätzlichen Forderungen der UNO-Generalversammlung zu Afghanistan bilden: Abzug aller fremden Trupen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans, Garantien für die Nichteinmischung und Rückkehr der Flüchtlinge. Ende des Jahres sollen dann direkte Gespräche aufgenommen werden, zu

denen auch Vertreter des Iran zugezogen werden.

Das andere Amerika: Nachrichten aus der Friedensbewegung

Erfolg der Ground-Zero-Woche / Streit um eine Groß-Demonstration im Juni

cof. „Hätten wir eine Demonstration mit 100000 Leuten gehabt, dann hätten am Ende nur sehr wenige von ihnen mehr über den Atomkrieg gewußt als zuvor. Ich möchte, daß die Leute die Gefahren genau kennen, denn dann werden sie betroffen darüber sein, daß sich kaum jemand damit beschäftigt, und sie werden aktiv werden“, erklärte der Sprecher von Ground Zero, Roger Molander, bis vor einem Jahr Experte für die Begrenzung strategischer Waffen beim nationalen Sicherheitsrat der USA. Obwohl Ground Zero keinen bestimmten Abrüstungsvorschlag unterstützt, nutzten die prominenten Nuclear-Freeeze-Initiatoren in Kalifornien die Aktionswoche, um 750000 Unterschriften, mehr als doppelt soviel wie erforderlich, für eine Volksabstimmung im November zu sammeln. Damit soll der Gouverneur verpflichtet werden, den Präsidenten und den Kongreß aufzufordern, der Sowjetunion einen gegenseitigen Stop jeder Entwicklung atomarer Waffen vorzuschlagen. Nach der jüngsten Umfrage würde eine solche Abstimmung in Kalifornien mit 2:1 zugunsten des Rüstungsstops ausgehen.

Die Friedensbewegung in den USA hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, daß es den Präsidenten graust. Sein Herz und seine Sympathien seien ganz auf Seiten der ernsthaft Besorgten, ließ er mitteilen, aber man dürfe sich dennoch nicht zu überstürzten Schritten verleiten lassen, auf die die Russen nur warteten.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Krach, beispielsweise zwischen den rund 90 kirchlichen, gewerkschaftlichen und politischen Gruppen, die seit fast einem Jahr eine Großdemonstration am 12. Juni in New York aus Anlaß der zweiten UN-Sondersitzung über Abrüstungsfragen vorbereiten. Dabei stehen allerdings andere Fragen im Zentrum der Auseinandersetzung, als wir sie gewohnt sind. Nicht um die Einschätzung des Charakters der anderen Supermacht geht es, soweit man sehen kann, sondern, was für Nordamerikaner sicher naheliegender und vielleicht auch für eine gewisse Zeit vorrangig ist, um die Position zum eigenen System.

Unumstritten sind nur die beiden Hauptforderungen: sofortiger Stopp der Atomrüstung und Verminderung aller Nuklearwaffen sowie Verwendung der für militärische Zwecke vorgesehenen Gelder zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Im Streit über weitergehende Fragen, etwa über die Beziehung zwischen der Forderung nach Abrüstung und dem Kampf gegen US-Interventionen in der dritten

Die Friedensbewegung in den USA hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, daß es den Präsidenten graust. Sein Herz und seine Sympathien seien ganz auf Seiten der ernsthaft Besorgten, ließ er mitteilen, aber man dürfe sich dennoch nicht zu überstürzten Schritten verleiten lassen, auf die die Russen nur warteten.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch Krach, beispielsweise zwischen den rund 90 kirchlichen, gewerkschaftlichen und politischen Gruppen, die seit fast einem Jahr eine Großdemonstration am 12. Juni in New York aus Anlaß der zweiten UN-Sondersitzung über Abrüstungsfragen vorbereiten. Dabei stehen allerdings andere Fragen im Zentrum der Auseinandersetzung, als wir sie gewohnt sind. Nicht um die Einschätzung des Charakters der anderen Supermacht geht es, soweit man sehen kann, sondern, was für Nordamerikaner sicher naheliegender und vielleicht auch für eine gewisse Zeit vorrangig ist, um die Position zum eigenen System.

Unumstritten sind nur die beiden Hauptforderungen: sofortiger Stopp der Atomrüstung und Verminderung aller Nuklearwaffen sowie Verwendung der für militärische Zwecke vorgesehenen Gelder zur Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse. Im Streit über weitergehende Fragen, etwa über die Beziehung zwischen der Forderung nach Abrüstung und dem Kampf gegen US-Interventionen in der dritten

Welt wie gegen Rassismus im In- und Ausland oder über die Frage nach Zielgruppen und Bündnispartnern spiegeln sich politische und auch soziale Differenzen wider zwischen „gemäßigten“ Gruppen wie Greenpeace, den Ärzten für soziale Verantwortung und der Freeze-Kampagne, dazu Christen verschiedener Richtungen, aber auch regionalen Gewerkschaftsverbänden der Automobilarbeiter und der Beschäftigten im Gesundheitswesen auf der einen Seite und den eher traditionellen Friedensgruppen wie der Liga der Kriegsgegner und Dritte-Welt-Gruppen und linken Organisationen andererseits.

Die Verbindung des Wunschs nach Abrüstung mit Angriffen auf die Politik des US-Imperialismus würde viele Amerikaner abschrecken, sagen die einen; allein gegen den Atomkrieg zu sein, ist zu wenig und ein zu enger Bezugspunkt für die Sammlung einer wirkungsvollen und einflußreichen Bewegung; es bestehe die Gefahr, vor lauter hastiger Bemühungen um die Unterstützung breiter Massen die politischen Ziele so runterzuschrauben, daß die Bewegung bedeutungslos wird, meinen die anderen. Ein republikanischer Sympathisant stellte fest: „Das ist wie Mutterliebe und Apfelkuchen. Wer möchte schon gerne einen Atomkrieg?“

Nach einigem Hin und Her, Briefen, Meetings, Ausschlüssen fast aller linken, Dritte-Welt- und Frauengruppen ist man aber, nachdem sich etwa 30 Organisationen im März zu einer „Koalition Dritte Welt und Menschen für den Fortschritt“ zusammengeschlossen und gegen ihren Rauswurf aus dem losen breiteren Bündnis protestiert haben, zu einem Kompromiß gekommen. Letztere sollen nun ⅓ der Organisatoren und Redner am 12. Juni stellen, und in der Propaganda-Literatur, mit der zur Demonstration mobilisiert wird, dürfen die umstrittenen Themen behandelt werden, nur eben nicht als Forderungen der Aktionseinheit.

Starke Sprüche hört man derweil von Gewerkschaftern, z.B. von Cesar Chavez, dem Präsidenten der Landarbeitergewerkschaft: „Wir können dasselbe tun wie gegen den Vietnamkrieg. Die Leute kommen raus, und das wird eine Änderung der Regierungspolitik erzwingen“, und auf die Maschinisten könne man sich am 12. auch verlassen, versichert ein Vertreter der Gewerkschaft der Maschinenarbeiter. Trotz der drohenden Spaltung haben an über 500 Orten im ganzen Land Vorbereitungsveranstaltungen von Komitees und Kultur- und Theatergruppen begonnen, die den ganzen Mai über laufen und mit einer Auftakt-Demonstration am „Friedens-Sonntag“, dem 6. Juni in die folgenden „sieben Tage im Juni“ – als historisches Ereignis – münden sollen.

Als vollen Erfolg beschrieben die Organisatoren die Aufklärungswoche über die Gefahren eines Atomkrieges mit dem Namen „Ground Zero“ Ende April. Über 1 Mio. amerikanischer Bürger aus allen Schichten des Volkes haben sich in über 600 Städten an Aktionen und teach-ins beteiligt oder Film- und Theatervorführungen beigewohnt. „Das waren Veranstaltungen auf der Ebene der Gemeinden, mit denen wir so viele Menschen wie möglich erreichen wollten, um ein Netzwerk von Leuten zu errichten, die sich weiter mit der Kriegsgefahr befassen“, so

möchte schon gerne einen Atomkrieg?“

Nach einigem Hin und Her, Briefen, Meetings, Ausschlüssen fast aller linken, Dritte-Welt- und Frauengruppen

fen und mit einer Auftakt-Demonstration am „Friedens-Sonntag“, dem 6. Juni in die folgenden „sieben Tage im Juni“ – als historisches Ereignis – münden sollen.



Als vollen Erfolg beschrieben die Organisatoren die Aufklärungswoche über die Gefahren eines Atomkrieges mit dem Namen „Ground Zero“ Ende April. Über 1 Mio. amerikanischer Bürger aus allen Schichten des Volkes haben sich in über 600 Städten an Aktionen und teach-ins beteiligt oder Film- und Theatervorführungen beigewohnt. „Das waren Veranstaltungen auf der Ebene der Gemeinden, mit denen wir so viele Menschen wie möglich erreichen wollten, um ein Netzwerk von Leuten zu errichten, die sich weiter mit der Kriegsgefahr befassen“, so
ein Koordinator der Studentenaktionen.

Der fünfte Nahostkrieg hat schon längst begonnen

chm. Nun steht es nicht nur im Regierungsprogramm des Likudblocks von Begin, nun ist es auch noch offizieller Beschluß des israelischen Parlaments: die Annexion des besetzten Westufers und des Gazastreifens. Und um die Ernsthaftigkeit des Beschlusses zu unterstreichen, sind die Bombenangriffe auf den Libanon verstärkt worden. Dies alles knapp eine Woche nach der Übergabe der restlichen Sinaihalbinsel an Ägypten. Israel will ernten, was es in Camp David gesät hat: die Verlagerung des Gravitationspunktes des Nahostkonfliktes von Süden, der ägyptisch-israelischen Grenze, nach Nordosten: palästinensisch-libanesisch-syrisches Territorium als Schlachtfeld. Mit dieser Verlagerung, anders gesagt, indem Ägypten als stärkster, gefährlichster Gegner Israel ausgeschaltet worden ist, hat eigentlich der 5. iraelisch-arabische Krieg begonnen, also vor vier Jahren, mit Sadats Besuch in Jerusalem. Größere Schlachten sind in diesem Krieg schon geschlagen worden, am ähnlichsten zu der jetzt anlaufenden die Invasion des Südlibanon im März 1978, wo 30000 israelische Soldaten nach achttägigen Gefechten es nicht vermocht haben, den palästinensischen Widerstand zu brechen und sich zurückziehen mußten. Die zwei Wochen lang dauernden Bombardierungen Beiruts im Juli 1981 sind eine weitere größere Schlacht dieses jetzt seit Jahren anhaltenden Krieges gewesen.

„Ein Krieg mit den Arabern ist vorgesehen. Wann? Das kann ich nicht genau sagen“, erklärte kürzlich der israelische Generalstabschef, Raphael Eitan. Ich denke, daß Israel dabei folgende Ziele erreichen will:

1. Die sogenannte „Autonomie“ in den besetzten palästinensischen Gebieten durchzusetzen, nach dem Konzept „Autonomie für die Menschen, aber nicht für den Boden“. Die Palästinenser dürfen also entscheiden, wo die nächste Straßenlaterne installiert wird, aber schon nicht mehr, ob eine neue Straße gebaut werden könnte, da dies Verfügung über ein Stück Boden bedeuten würde;

2. Zerschlagung der palästinensischen Anwesenheit sowohl im Süden des Libanon als auch der politischen Zentrale der PLO in Beirut, zusammen mit den wirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen;

3. Schwächung der syrischen Armee, die ca. 30000 Soldaten im Libanon stationiert hat, um damit dem syrischen Assad-Regime einen entscheidenden Stoß zu versetzen;

4. den Boden bereiten für die „jordanische Option“, d.h. die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung in den annektierten Gebieten über den Jordanfluß nach Ostjordanien, wo sie, wenn sie wollen, einen Staat mit kolonialen Bindungen an Großisrael aufbauen können unter einer Führung von Kollaborateuren.

Das innere Klima, in dem diese Strategie von Vertreibung und Krieg ihre Sumpfblüten treiben kann, ist vorhanden: 60% der israelischen Bevölkerung hat die Annexion der Golanhöhen im Dezember befürwortet, und eine ebenso große Mehrheit findet die Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Aufstand der palästinensischen Bevölkerung in den vergangenen Wochen richtig.

Wichtige ideologische Wegbereiter dieser chauvinistischen Atmosphäre sind vor allem die Rabbiner, und unter ihnen spielen die jetzigen und ehemaligen Kriegsrabbiner eine besondere Rolle. Die Tageszeitung „Haaretz“ veröffentlichte Beispiele dieser Hetze in ihrer Ausgabe vom 4. April 1982. So schrieb der Rabbiner Israel Hess in der Studentenzeitung der Universität Bar Ilan unter der Überschrift „Das Gebot des Völkermordes in der Bibel“: „Während des Krieges ist es eine Pflicht zu töten und sogar die Säuglinge auszumerzen.“ Der Rabbiner Abraham Tsemel, ehemaliger Großrabbiner der militärischen Region Mitte, schreibt, daß es „in der Halacha (dem jüdischen Gesetz) eine Rechtfertigung für die Tötung nichtjüdischer Bürger, einschließlich Frauen und Kinder, im Krieg“ gebe.

Das sind keine vereinzelten Beispiele. Umfragen zeigen, daß gerade unter der Jugend in Israel ein rassistischer und chauvinistischer Geist blüht, der sich z.B. auch in den Verbrechen der Siedler gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten niederschlägt. Rekruten berichten, daß die militärischen Vorgesetzten sich häufig eines faschistischen Vokabulars bedienen, von den Palästinensern als von „lokalen Bazillen, die es zu vernichten gelte“, sprechen.

Die internationale Lage und die Lage in der Nahostregion begünstigen die israelische Kriegsstrategie, sie sind aber nicht ihr Auslöser. Ihr Auslöser ist die zionistische Struktur des Staates, die notwendigerweise zur Vertreibung der einheimischen Bevölkerung führt, da sie keinen Platz in einem reinjüdischen Staat haben kann und zur Schwächung der umliegenden Staaten beiträgt. Sie soll sich mit diesem Fremdkörper in ihrer Mitte abfinden. Ein Hindernis steht bisher dieser Strategie im Wege: der Widerstand der Palästinenser, der in letzter Zeit durch den erbitterten Kampf, den die Druzen auf die Golanhöhen um ihre syrische Identität führen, gestärkt worden ist. Seit sieben Wochen sind ihre Dörfer von israelischen Besatzern belagert, um sie zu zwingen, ihre syrischen Pässe gegen israelische auszutauschen. Ohne Erfolg.

Polen fünf Monate unter Kriegsrecht

Bahnt sich eine Explosion an?

Die Kirche drängt auf eine politische Lösung, im Widerstand wird über die Strategie diskutiert, die Jugend geht auf die Straße

Von Gerd Koenen

Wenn man den Urhebern des Putsches ihre Beteuerung abnimmt, sie hätten um der Rettung der Wirtschaft willen gehandelt, dann kann man nur feststellen, daß die Operation gelungen, aber der Patient tot ist.“ – So beginnt eine Analyse der Situation und ein Vorschlag zur weiteren Strategie des Widerstands, den Jacek Kuron aus seiner Gefängniszelle in Bialoleka herausgeschmuggelt hat und der in Polen lebhaft diskutiert wird.

Sozialer Zündstoff

Im fünften Monat des Kriegsrechts beginnt die Lage unhaltbar zu werden. Kürzere Schlangen vor den Geschäften – aber nur infolge gekürzter Rationen und drastisch gesenkter Kaufkraft. Die Produktion liegt um rd. 15% unter der des Vorjahres. Dazu verschlechtern sich die terms of trade Polens im RGW; die sowjetischen Ölpreise sind um 25% gestiegen, die polnischen Exporte erlösen weniger als noch im letzten Jahr. Für den Export auf die westlichen Märkte bleibt kaum etwas.

Die Beschränkungen, die das Kriegsrecht auferlegt, tragen zur Aufhäufung von sozialem Zündstoff bei. Die für den 2. Mai verfügte Ausgangssperre ist nach den Demonstrationen neu verhängt worden. Und keine Aufhebung des Kriegsrechts ist in Sicht.

Der Militärrat – ratlos

Klar ist inzwischen, daß der Militärstreich gerade von den sog. „Reformern“ betrieben worden ist; ein Direktorium von 3 Zivilisten und 3 Militärs hat die „Operation Kanarienvogel“ geleitet, geführt vom Tandem Jaruzelski-Rakowski. Sie standen unter ultimativem Druck der offenen Parteirechten, die bereits Waffen an ihre Vertrauensleute ausgegeben hatten und zu

> Voller Text der Stellungnahmen von Kuron, Bujak, Kowalewski u.a. im neuen Informationsbulletin „Solidarität mit Solidarność“ Nr. 3
> Erscheint am 20. Mai!
> *Bestellungen an:*
> *„Solidarität mit Solidarność“*
> *Postfach 11 20 51, 6000 Frankfurt 1*
> oder an Buchvertrieb Hager

Provokationen entschlossen waren, die zum offenen Kampf und zum Eingreifen der Sowjetunion hätten führen müssen. Die Alternative dazu war der Militärcoup. Er entsprach auch den Interessen der Sowjetunion. Die einzige intakte, nicht-belastete Institution des Regimes, mit einem großen Reservoir karrierehungriger jüngerer und älterer Offiziere, wurde vorgeschickt. Unter dem Szepter des Militärrats werden auch die widerstreitenden Fraktionen der Partei zusammengehalten.

Tatsächlich ist die Linie, auf der Jaruzelski-Rakowski agieren, vollständig illusorisch. Das Vorbild ist erklärtermaßen der „ungarische Weg“ einer

streich gerade von den sog. „Reformern“ betrieben worden ist; ein Direktorium von 3 Zivilisten und 3 Militärs hat die „Operation Kanarienvogel“ geleitet, geführt vom Tandem Jaruzelski-Rakowski. Sie standen unter ultimativem Druck der offenen Parteirechten, die bereits Waffen an ihre Vertrauensleute ausgegeben hatten und zu

Voller Text der Stellungnahmen von Kuron, Bujak, Kowalewski u.a. im neuen Informationsbulletin „Solidarität mit Solidarność“ Nr. 3 Erscheint am 20. Mai! Bestellungen an: „Solidarität mit Solidarność“ Postfach 11 20 51, 6000 Frankfurt 1 oder an Buchvertrieb Hager

Provokationen entschlossen waren, die zum offenen Kampf und zum Eingreifen der Sowjetunion hätten führen müssen. Die Alternative dazu war der Militärcoup. Er entsprach auch den Interessen der Sowjetunion. Die einzige intakte, nicht-belastete Institution des Regimes, mit einem großen Reservoir karrierehungriger jüngerer und älterer Offiziere, wurde vorgeschickt. Unter dem Szepter des Militärrats werden auch die widerstreitenden Fraktionen der Partei zusammengehalten.

Tatsächlich ist die Linie, auf der Jaruzelski-Rakowski agieren, vollständig illusorisch. Das Vorbild ist erklärtermaßen der „ungarische Weg“ einer

nationalen Aussöhnung, deren Bedingungen von oben diktiert werden. Er ist in Polen im Jahr 1981 ungangbar. Tatsächlich hat die Junta so gut wie keine Gewerkschafter der „Solidarität“, parteilose Wissenschaftler, Journalisten, Künstler etc. zu sich herüberziehen können, im Gegenteil, sie wird gemieden als der Okkupant im eigenen Land. Auch die Wirtschaftsreformen sind unter den Bedingungen der militarisierten Wirtschaft undurchführbar. Die Junta kann kaum noch sehr lange so weitermachen.

Der Widerstand – vielfältig

Das, was „der Widerstand“ genannt wird, stellt sich in der Realität als äußerst vielgestaltig heraus. Die „Solidarität“ existiert nicht als *eine* Organisation im Untergrund fort – das immerhin hat der Militärstreich erreichen können –, sondern sie wird von verschiedenen Kräften und in unterschiedlichen Formen selbständig wiederaufgebaut. Sie ist zugleich die allgemeine Fahne für jede Opposition, vor allem auch unter den Schülern und Studenten.

Ein am 13. Januar in Danzig gegründeter „Nationaler Widerstandsrat“, der sich zur Gesamtleitung proklamierte und alle aufforderte, sich seinem Befehl zu unterstellen, hat sich offenbar nicht durchgesetzt. Soweit übergreifende Organisationszusammenhänge bestehen, dann in den alten Regionalverbänden, geleitet von den in den Untergrund gegangenen Führern der „Solidarität“. Aber auch die haben durchaus keine effektive Kontrolle über alle Aktivitäten. Und darin liegt auch praktisch eine der Stärken des Widerstands. Allerdings sind die Mitglieder aufgefordert, ihre Beiträge weiterzuzahlen, und es werden wieder örtliche Gewerkschaftskassen geführt.

Die Kirche – Kollaborateurin oder Verbündete?

Die Kirche spielt sowohl in den Plänen des Militärrats wie für die „Solidarität“ eine Schlüsselrolle. Die Linie, auf der sie jetzt operiert, ist erst nach heftigen inneren Konflikten und unter direkter Einschaltung des polnischen Papstes ausgearbeitet worden. Sie liegt nun als ein schriftlicher Vorschlag zur politischen Lösung der Krise auf dem Tisch, ausgearbeitet von einem „Sozialrat“ beim Primas, in dem frühere Parlametarier der katholischen „Znak“-Gruppe im Parlament und ehemalige Berater der „Solidarität“ zusammengefaßt sind. Das Ziel des Vorschlags ist nicht mehr nur eine „gesellschaftliche Verständigung“ (porozumenie), sondern eine „Übereinkunft“ (ugoda), also ein neuer Gesellschaftsvertrag. Die Basis dafür soll das Danziger Abkommen darstellen, das Gültigkeit behalten soll, also die volle Wiederherstellung und Zulassung der „Solidarität“. Vorbedingung für Verhandlungen soll die Freilassung der Internierten und Verhafteten und Amnestierung der Verurteilten sein.

Die „Solidarität“ soll nach diesem Vorschlag darauf verzichten, politische Aktionen durchzuführen. Eine „Stärkung der Strukturen des Staates und des Systems“ soll von ihr ausdrücklich als Ziel anerkannt werden, ebenso wie Anerkennung der militärischen Allianz und geopolitischen Lage Polens verlangt wird. Allerdings sollen bei den schon längst überfälligen Kommunalwahlen unabhängige Kandidaten aufgestellt werden können – eine der politischen Hauptforderungen von „Solidarność“ vor dem Putsch.

Das Vorgehen der Kirche folgt diffizilen Erwägungen, in die alte, aus Erfahrung gewonnene Grundsätze mit eingehen. So bestimmt die Kirche ihre eigene Rolle ausschließlich als Vermitt-

politischen Lösung der Krise auf dem Tisch, ausgearbeitet von einem „Sozialrat“ beim Primas, in dem frühere Parlametarier der katholischen „Znak“-Gruppe im Parlament und ehemalige Berater der „Solidarität“ zusammengefaßt sind. Das Ziel des Vorschlags ist nicht mehr nur eine „gesellschaftliche Verständigung“ (porozumenie), sondern eine „Übereinkunft“ (ugoda), also ein neuer Gesellschaftsvertrag. Die Basis dafür soll das Danziger Abkommen darstellen, das Gültigkeit behalten soll, also die volle Wiederherstellung und Zulassung der „Solidarität“. Vorbedingung für Verhandlungen soll die Freilassung der Internierten und Verhafteten und Amnestierung der Verurteilten sein.

Die „Solidarität“ soll nach diesem Vorschlag darauf verzichten, politische Aktionen durchzuführen. Eine „Stärkung der Strukturen des Staates und des Systems“ soll von ihr ausdrücklich als Ziel anerkannt werden, ebenso wie Anerkennung der militärischen Allianz und geopolitischen Lage Polens verlangt wird. Allerdings sollen bei den schon längst überfälligen Kommunalwahlen unabhängige Kandidaten aufgestellt werden können – eine der politischen Hauptforderungen von „Solidarność“ vor dem Putsch.

Das Vorgehen der Kirche folgt diffizilen Erwägungen, in die alte, aus Erfahrung gewonnene Grundsätze mit eingehen. So bestimmt die Kirche ihre eigene Rolle ausschließlich als Vermitt-

ler, d.h. sie will ausdrücklich nicht selbst Vertragspartei sein und politisch wirken. In dieser Hinsicht verweigert sie sich sowohl Forderungen des Regimes, das faktisch vorhatte, die Kirche selbst in ihre „Front der nationalen Verständigung“ einzubeziehen und sie als soziales Druckventil zu benutzen; andererseits aber auch Forderungen der Aktiven im Widerstand, die Kirche müsse selbst zum Teil der Widerstandsfront werden. (Was nicht ausschließt, daß zahlreiche einfache Priester hier kräftig mitmischen.)

Solcher Kritik sieht sich die Kirchenführung auch jetzt wohl ausgesetzt. Und Glemp hat die unpopuläre Aufgabe übernommen, nach den Demonstrationen am 1. und 3. Mai die Jugendlichen ausdrücklich aufzurufen, keine gewaltsamen Zusammenstöße mit den Staatsorganen einzugehen.

Offen kritisiert wurde die Kirche freilich auch vom Innenminister; die Kirchen seien allenthalben der Ausgangs- und Rückzugspunkt der Demonstranten gewesen. Schärfer, und mit Sicherheit dem entsprechend, was die Parteirechte in Polen selbst denkt, wurde Glemp persönlich im Zentralorgan der tschechoslowakischen KP, „Rude Pravo“ angegriffen: „Ohne Rücksicht auf die Gefahr, die der öffentlichen Ordnung und dem Sozialismus droht, verlangt der polnische Erzbischof die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die Freilassung der Internierten ... Er verlangt die Erneuerung der Tätigkeit der Solidarität, ohne mit einem Wort die destruktive, antisozialistische Tätigkeit der Führer der Solidarität zu erwähnen.“

Unfreiwillig deutlich wird darin, wie sehr die Versöhnungstaktik der Kirche einen Druck auf das Regime ausübt, das selbst keinen Ausweg anzubieten hat. Und wenig verhüllt resultiert daraus die Forderung an den polnischen Militärrat, endlich auch gegen die Kirche vorzugehen. Es drückt die ganz richtige Erkenntnis aus, daß eine vollständige Vernichtung der gesellschaftlichen Bewegung und ihrer Organe in Polen nur denkbar ist, wenn auch die Kirche aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet wird. Das wäre statt dem „ungarischen“ der „tschechoslowakische Weg“. Er wäre allerdings nur gangbar mit der direkten Intervention der Bruderländer. Und dazu ist die sowjetische Führung weit weniger geneigt als ihre Vasallen in Prag und Ost-Berlin, deren Horizont enger und deren Nervenkostüm dünner ist.

Die Führer der „Solidarität“ und die jüngsten Demonstrationen

Die bekanntesten Führer der „Solidarność“ im Untergrund, Zbigniew Bujak aus Warschau, Bogdan Lis aus Danzig, M. Frasyniuk aus Wroclaw (Breslau) und M. Hardek aus Krakau haben sich auf einem Treffen am 21. April zu einer „Provisorischen Koordinierungskommission“ zusammengeschlossen



gangbar mit der direkten Intervention der Bruderländer. Und dazu ist die sowjetische Führung weit weniger geneigt als ihre Vasallen in Prag und Ost-Berlin, deren Horizont enger und deren Nervenkostüm dünner ist.

Die Führer der „Solidarität“ und die jüngsten Demonstrationen

Die bekanntesten Führer der „Solidarność“ im Untergrund, Zbigniew Bujak aus Warschau, Bogdan Lis aus Danzig, M. Frasyniuk aus Wroclaw (Breslau) und M. Hardek aus Krakau haben sich auf einem Treffen am 21. April zu einer „Provisorischen Koordinierungskommission“ zusammengeschlossen

quidierung der Macht der Okkupanten durch eine organisierte, geschlossene Demonstration. Ich denke, eine solche Manifestation kann die Form einer gleichzeitigen Offensive gegen alle Zentren der Macht und der Information im ganzen Land annehmen. Es ist notwendig, daß die Machthaber wissen, daß sie nur noch über eine äußerst begrenzte Spanne Zeit verfügen, um die Initiative zu einem Kompromiß zu ergreifen. – In der Erwartung des Schlimmsten, müssen wir ab heute alles tun, um der sowjetischen Führung klar zu machen, daß bei einem Minimum an gutem Willen von ihrer Seite eine nationale Verständigung der Po-

gramms zur Wiederherstellung der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Erziehung und der Unabhängigkeit.“

Mit Sicherheit wird Kurons Vorschlag auch von der anderen Seite her Kritiker finden. Unter denen, die im Ausland für die „Solidarität“ arbeiten, hat Zbigniew Kowalewski (Paris) eine radikale Gegenposition bezogen gegen alle Vorschläge einer weiteren „Selbstbeschränkung“ der polnischen Revolution. „Ich bin mit Kuron in einem einzigen Punkt einverstanden ...: nur durch eine revolutionäre Aktion der Massen kann die Militärdiktatur beendet werden ... Jede Revolution



Barrikadenbau am 3. Mai in Warschau – Polizeisperren umgedreht

und die Vorschläge des „Sozialrats“ der Kirche als Verhandlungsgrundlage akzeptiert, vorausgesetzt daß die Verhafteten und Internierten vorher frei seien und Lech Walesa die Verhandlungen führe (vgl. KVZ 18/82). Sie riefen zu einem allgemeinen Kurzstreik am Mittag des 13. Mai auf – nicht aber offenbar zu den Demonstrationen am 1. und 3. Mai. Es scheint, daß diese Demonstrationen selbständig von vielen Kräften, die am selben Strang gezogen haben, organisiert worden sind. Auch die Verbreitung der Aufrufe im ganzen Land scheint über alle möglichen Kanäle gelaufen zu sein, und zwar wirkungsvoll – es kam in nahezu allen größeren Städten zu Aktionen und Zusammenstößen.

Der Aufruf von Jacek Kuroń

Die Demonstrationen schienen in vieler Hinsicht der Voraussage zu entsprechen, die Jacek Kuron im März in seinem Aufruf aus Bialoleka gemacht hat: „In zehn Wochen vielleicht – ein bißchen früher oder ein bißchen später – wird irgendein lokaler Konflikt zu Straßenunruhen führen, die sich aufs ganze Land ausdehnen. Vielleicht wird die Macht der Okkupanten gestürzt, aber mit dem höchsten Risiko, dem einer sowjetischen Intervention.“

Kuron geht in seiner Analyse davon aus, daß eine soziale Explosion unvermeidbar sei – *wenn nicht* vorher noch ein neuer gesellschaftlicher Kompromiß gefunden werde. Er ist nach wie vor, wie während der ganzen Zeit der legalen Existenz der Solidarität und schon vorher, ein Verfechter dieses Kompromisses mit der Staatsmacht – in allererster Linie, um dem Zusammenstoß mit der Sowjetunion aus dem Wege gehen zu können. Muß dieser Kompromiß weitreichende gesellschaftliche und wirtschaftliche Reformen mitumfassen, da anders kein Ausweg aus der Krise möglich ist, so soll er auch weitreichende Zugeständnisse der Gewerkschaft enthalten. Und die Zeit drängt.

An diesem Punkt nun geht Kuron von seiner früheren Taktik ab und macht einen äußerst umstrittenen Vorschlag. „Anders als in der Zeit vor dem August 1980 müssen wir uns ... um einen zentralen Kern konzentrieren und ihm gegenüber absolute Disziplin an den Tag legen. (...) Wenn die Parteigänger eines Kompromisses im Lager der Staatsmacht nicht hervortreten, werden wir die Katastrophe nicht vermeiden können. (...) Die Leitung des Widerstands muß die Gesellschaft gleichzeitig auf größere Konzessionen im Blick auf einen Kompromiß mit der Staatsmacht vorbereiten wie auf die Liquidierung der Macht der Okkupanten durch eine organisierte, geschlossene Demonstration. Ich denke, eine solche Manifestation kann die Form einer gleichzeitigen Offensive gegen alle Zentren der Macht und der Information im ganzen Land annehmen. Es ist notwendig, daß die Machthaber wissen, daß sie nur noch über eine äußerst begrenzte Spanne Zeit verfügen, um die Initiative zu einem Kompromiß zu ergreifen. – In der Erwartung des Schlimmsten, müssen wir ab heute alles tun, um der sowjetischen Führung klar zu machen, daß bei einem Minimum an gutem Willen von ihrer Seite eine nationale Verständigung der Polen – und sei es ohne die gegenwärtigen Führer dieses Landes – die militärischen Interessen der UdSSR nicht bedroht und hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Interessen nur heilsam sein könnte.“

Bujaks Gegenposition

Diesem Aufruf von Kuron ist die Führung von „Solidarność“ im Untergrund – soweit wir die Verhältnisse übersehen – nicht gefolgt. Zbigniew Bujak ist der Exponent der Gegenposition. Er hat in der illegalen Zeitung des Regionalverbandes Masowsze (Tygodnik Masowsze) am 31. März Kuron geantwortet und seine eigene Position dargelegt:

„Kurons Argumentation beruht auf dem Prinzip, daß eine soziale Explosion unvermeidlich sei ... Meines Erachtens ist die Bevölkerung weithin davon überzeugt, daß die ‚Explosion‘ nicht nur keines der gestellten Probleme lösen wird, sondern im Gegenteil zu einer brutalen Intervention im Innern und von außen führen wird ... Die Bevölkerung antwortet auf den Terrror der Behörden mit gewaltlosen Formen des Widerstandes. Und gerade in diese Richtung muß die Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes gehen. – Ebenso will ich in Frage stellen, daß nur ein zentralisierter Widerstand in der Lage wäre, die Welle des Terrorismus aufzuhalten. Ich befürchte das entgegengesetzte Resultat ... Mit einer solchen (zentralisierten) Struktur könnte sich gerade die Spirale des Terrors rasch entwickeln. Ich bin für eine stark dezentralisierte Bewegung, die die verschiedensten Aktionsformen anwendet. Nur eine solche nicht definierte, vielgestaltige Bewegung wird nicht zu fassen und schwierig zu schlagen sein. Ihre Einheit wird durch die folgenden gemeinsamen Ziele definiert: Aufhebung des Kriegszustandes, Befreiung der Internierten und Verhafteten und Wiederherstellung des Gewerkschafts- und Koalitionsrechts. (...) – Ich bin also Verfechter eines ‚Positionskrieges‘ (wenn ihr erlaubt, daß ich militärische Ausdrücke verwende), der meiner Ansicht nach Wirksamkeit mit Sicherheit verbindet. Das ist der Typ von Widerstand, den ich vorschlage: Gruppen, gesellschaftliche Zusammenschlüsse müssen ein System der Résistance aufbauen, das in der Lage ist, sich dem Monopol der Macht in vielen Sektoren des öffentlichen Lebens entgegenzustellen ... und neue, unabhängige gesellschaftliche Strukturen zu schaffen. (...) Was den Aufstand angeht, wenn er denn notwendig werden sollte, so wäre er die Endphase eines Kampfes zur Realisierung des nationalen Programms zur Wiederherstellung der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Erziehung und der Unabhängigkeit.“

Mit Sicherheit wird Kurons Vorschlag auch von der anderen Seite her Kritiker finden. Unter denen, die im Ausland für die „Solidarität“ arbeiten, hat Zbigniew Kowalewski (Paris) eine radikale Gegenposition bezogen gegen alle Vorschläge einer weiteren „Selbstbeschränkung“ der polnischen Revolution. „Ich bin mit Kuron in einem einzigen Punkt einverstanden ...: nur durch eine revolutionäre Aktion der Massen kann die Militärdiktatur beendet werden ... Jede Revolution wirft unweigerlich die Frage der Macht auf und versucht sie zu lösen. Es ist unmöglich zu siegen, wenn diese Frage nicht gelöst wird.“

Diese Kritik von links dürfte in Polen auch ihr Pendant bei den radikalen Nationalisten in der Bewegung haben. Insofern stimmt es nicht ganz, wenn ich in KVZ 16/82 geschrieben habe: „Keine der bisher veröffentlichten strategischen Überlegungen nach dem Putsch kommt ... zu der Schlußfolgerung, man hätte energischer ‚die Machtfrage stellen‘ müssen.“ Einige tun es. Sie bestimmen bisher nicht den Kurs der Bewegung. Auch Jacek Kuron hat seine alten Vorstellungen nicht aufgegeben; aber er fürchtet, daß die „Katastrophe“, wie er eine offene Machtauseinandersetzung mit allen Konsequenzen bezeichnet, unvermeidlich wird und ihr bestenfalls gesteuert werden könne. „Während vieler Jahre war ich ein Befürworter der Enthaltung von jeder Gewaltanwendung. Ich sehe mich daher verpflichtet, hier das Wort zu ergreifen um zu sagen, daß es gegenwärtig für uns das kleinere Übel bedeutet, wenn wir uns vorbereiten, der Okkupation durch eine kollektive Aktion zu begegnen.“

Wer führt Lateinamerika aus der Entwicklungskrise?

Spätestens seit der Falkland-Krise sind die lateinamerikanischen Gesellschaften erneut ins öffentliche Bewußtsein gerückt. Wir gehen der Frage nach, welche Entwicklungsbedingungen sich für Lateinamerika stellen und wie sich der Einfluß der beiden Supermächte in der letzten Zeit gestaltet hat.

Von Theo Mehlen

Obwohl die meisten lateinamerikanischen Länder durch Siedler kolonisiert wurden wie der nordamerikanische Kontinent, fand hier dennoch keine industrielle Entwicklung entsprechend den USA statt. (Der Begriff Lateinamerika wird hier im weitesten Sinn für die gesamte Region Südamerika, Mittelamerika und Karibik benutzt.) Dies liegt daran, daß sich letztlich die landbesitzende Oligarchie durchsetzte, die die Ökonomie vollständig auf die Produktion und den Export von mineralischen Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten ausrichtete. So wurde Lateinamerika, trotz teilweise relativ früher nationaler Unabhängigkeit in eine abhängige Position gegenüber den europäischen später auch nordamerikanischen Industrieländern gebracht.

Aus dieser Arbeitsteilung versuchten mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 einige Staaten mit der Strategie der Importsubstitution auszusteigen. Das hieß Produktion der vorher importierten Güter durch eine eigene Industrie. Diese Strategie bringt bis zu Beginn der 60er Jahre einige Erfolge, obwohl sich an der Abhängigkeit nicht viel ändert, weil nun die entsprechenden Produktionsmittel importiert werden müssen. Im allgemeinen Aufschwung dieser Wirtschaften nach dem II. Weltkrieg wird Raum geschaffen für demokratische Prozesse und werden die Militärregierungen z.T. zurückgedrängt. Zu Beginn der 60er Jahre wird aber die allgemeine Krise dieses Entwicklungsmodells immer deutlicher. Die Reaktion wird verschärft, um diese explosiven Gesellschaften im Zaum zu halten und anstehenden ausländischen Investitionen die gebührende Sicherheit zu bieten.

Die Bemühungen um

schaftlichen Produkten ausrichtete. So wurde Lateinamerika, trotz teilweise relativ früher nationaler Unabhängigkeit in eine abhängige Position gegenüber den europäischen später auch nordamerikanischen Industrieländern gebracht.

Aus dieser Arbeitsteilung versuchten mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 einige Staaten mit der Strategie der Importsubstitution auszusteigen. Das hieß Produktion der vorher importierten Güter durch eine eigene Industrie. Diese Strategie bringt bis zu Beginn der 60er Jahre einige Erfolge, obwohl sich an der Abhängigkeit nicht viel ändert, weil nun die entsprechenden Produktionsmittel importiert werden müssen. Im allgemeinen Aufschwung dieser Wirtschaften nach dem II. Weltkrieg wird Raum geschaffen für demokratische Prozesse und werden die Militärregierungen z.T. zurückgedrängt. Zu Beginn der 60er Jahre wird aber die allgemeine Krise dieses Entwicklungsmodells immer deutlicher. Die Reaktion wird verschärft, um diese explosiven Gesellschaften im Zaum zu halten und anstehenden ausländischen Investitionen die gebührende Sicherheit zu bieten.

Die Bemühungen um eine industrielle Entwicklung endeten bisher immer nur in neuen Abhängigkeiten. Das brasilianische Entwicklungsmodell löste nur zeitweise die Probleme.

Insgesamt konnte das Modell der Importsubstitution noch nicht einmal eine ausgewogene Entwicklung im Zeichen des Kapitalismus bringen, weil die Entwicklung eines eigenen inneren Marktes praktisch ausgeschlossen blieb. Grundlage für die Entwicklung eines inneren Marktes in einer kapitalistischen Ökonomie ist der Umsatz von Maschinerie, Rohstoffen usw. zwischen den Einzelkapitalen selber. Im Anwachsen dieses Umsatzes saugt die kapitalistische Produktion Arbeitskräfte auf, entleert im Aufschwung den Arbeitsmarkt. Dies führt zu einer Stärkung der Arbeiter, die sich Schritt für Schritt höhere Löhne erkämpfen können, womit wiederum der Massenkonsum steigt und damit auch die Produktion von Produktions- und Konsumtionsmitteln. Die Strategie der Importsubstitution brachte diesen Umsatz zwischen den Einzelkapitalen nicht zustande, weil keine eigene Produktionsmittelindustrie existierte. Statt oben beschriebenem Prozeß wurde der Umsatz mit den Produktionsmittel liefernden Industrieländern gefördert. Somit konnte weder ein innerer Markt zwischen den einheimischen Kapitalisten noch der Markt für Massenkonsumgüter entwickelt werden. Da neue Technologie zur Steigerung der Profitrate nur aus dem Ausland zu haben war, stieß diese Produktion schnell an ihre Grenzen. Denn der Rohstoff- und Nahrungsmittelexport zur Finanzierung dieser Importe war nicht beliebig zu steigern. Zudem bieb der Absatz auf dem eigenen Markt begrenzt, während auf dem Weltmarkt die Konkurrenz übermächtig war.

Mitte der 60er Jahre begannen dann einige südamerikanische Länder, vor allem Brasilien, Argentinien und Mexiko mit einer neuen Entwicklungsstrategie. Diese neue Strategie bestand darin, die Importsubstitution auf eine neue Stufe zu heben, d.h. jetzt auch die langlebigen Konsumgüter wie Autos, Elektrowaren usw. im eigenen Land zu produzieren, dadurch eine parallele Zulieferindustrie zu fördern, neue Arbeitsplätze zu schaffen und dabei selber zu einer Fertigwarenproduktion zu kommen, die konkurrenzfähig in den Export gehen konnte. Da Brasilien dabei die größten Fortschritte gemacht hat, soll dieses Land als Beispiel dienen.

Die nationale Ökonomie wurde für ausländisches Kapital geöffnet, weil die eigenen Mittel für eine solche Industrie fehlten. Heute beherrscht in Brasilien das ausländische Kapital die wesentlichen Zweige der langlebigen Konsumgüterproduktion wie auch einen Teil des Produktionsmittelsektors. Z.B. stellt VW mit 20000 Beschäftigten den größten Industriebetrieb. Angelehnt an diese multinationalen Konzerne konnte das brasilianische Kapital seine Profitproduktion ausdehnen. Gleichzeitig werden der brasilianischen Nation aber fast unerschwingliche Infrastrukturmaßnahmen aufgebürdet. So vor allem in der Energieproduktion, wo allein das im Bau befindliche größte Wasserkraftwerk Itaipu 3 Mrd $ verschlingen wird. Da alles dies nicht mit eigenen Kräften, sondern nur durch Kapitalimporte und Kredite finanziert werden kann, ist Brasilien heute das am stärksten verschuldete Entwicklungsland. Aufgrund des beständigen Zwangs zu Produktionsmittelimporten hat es dauernde Handelsbilanzdefizite, zusammen seit 1976 über 16 Mrd. $. Allein 1981 mußte Brasilien einen Schuldendienst von 16 Mrd. $ aufbringen.

Die florierende Ökonomie nimmt immer mehr die Form von „Enklaven der Modernität" inmitten einer verelendeten Nation an. Im Industriedreieck der Städte Sao Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte wohnen auf 1,45% des Territoriums 20% aller Brasilianer, worunter sich 80% der am besten oder besser verdienenden Schichten und Klassen befinden. Dort konzentrieren sich 65% der Industrieproduktion, 62% der zugelassenen Kraftfahrzeuge (von 8,5 Millionen 1978).

chen Zweige der langlebigen Konsumgüterproduktion wie auch einen Teil des Produktionsmittelsektors. Z.B. stellt VW mit 20000 Beschäftigten den größten Industriebetrieb. Angelehnt an diese multinationalen Konzerne konnte das brasilianische Kapital seine Profitproduktion ausdehnen. Gleichzeitig werden der brasilianischen Nation aber fast unerschwingliche Infrastrukturmaßnahmen aufgebürdet. So vor allem in der Energieproduktion, wo allein das im Bau befindliche größte Wasserkraftwerk Itaipu 3 Mrd $ verschlingen wird. Da alles dies nicht mit eigenen Kräften, sondern nur durch Kapitalimporte und Kredite finanziert werden kann, ist Brasilien heute das am stärksten verschuldete Entwicklungsland. Aufgrund des beständigen Zwangs zu Produktionsmittelimporten hat es dauernde Handelsbilanzdefizite, zusammen seit 1976 über 16 Mrd. $. Allein 1981 mußte Brasilien einen Schuldendienst von 16 Mrd. $ aufbringen.

Die florierende Ökonomie nimmt immer mehr die Form von „Enklaven der Modernität" inmitten einer verelendeten Nation an. Im Industriedreieck der Städte Sao Paulo, Rio de Janeiro und Belo Horizonte wohnen auf 1,45% des Territoriums 20% aller Brasilianer, worunter sich 80% der am besten oder besser verdienenden Schichten und Klassen befinden. Dort konzentrieren sich 65% der Industrieproduktion, 62% der zugelassenen Kraftfahrzeuge (von 8,5 Millionen 1978).
Die Einwohnerzahl von Sao Paulo versechsfachte sich seit 1950. Der ganze Konsumgütersektor wie der gesamte Produktionsmittelbereich ist ausgerichtet auf den Konsum von höchstens 10% der 120-Mio.-Bevölkerung und auf eine Fertigwarenproduktion in arbeitsintensiven Bereichen wie Textil- oder Schuhproduktion. Dazu kommt eine bescheidene Produktionsmittelindustrie. Der Rest der Bevölkerung lebt in absoluter Armut. Die Arbeitslosigkeit wird erst gar nicht richtig registriert. Dennoch wird eine Dauerarbeitslosigkeit von 7–9% angegeben. 64% der gesamten Bevölkerung lebt in den Städten, davon ein immer größerer Teil in den Elendsquartieren, den Favelas. In Sao Paulo leben 12 Mio. Menschen, davon 4 Mio. in den Favelas. Der Anteil ist von 1970 27% auf heute 32,5% angestiegen. In Rio de Janeiro ist der Anteil der Bewohner der Elendsquartiere von 40 auf 43% angestiegen.

Die Fähigkeit zum Export von Fertigwaren ist gegenüber den südostasiatischen Schwellenländern bescheiden geblieben, wobei berücksichtigt werden muß, daß sowieso der größere Teil dieser Exporte von den multinationalen Konzernen selber getätigt werden. Allenfalls 15% der Exporte fallen auf Fertigwaren, der Rest geht vor allem auf Kaffee und mineralische Rohstoffe.

Nach einem relativ großen Höhenflug seit 1964 ist Brasilien inzwischen mit einem Rückgang des Wachstums um 3% (1980 noch +8%) auf dem Bauch gelandet. Massenentlassungen wie bei Daimler-Benz von 3500 sind


Den Supermächten geht es nur um Einfluß

keine Seltenheit. Weiteres Wachstum wäre nur durch weitere Importe, Kredite und zusätzliche Kapitalexporte durch die Industrieländer zu erreichen. Aber das Leistungsbilanzdefizit Brasiliens beträgt inzwischen 27,4 Mrd. $, das 7fache von 1973. Die Auslandsverschuldung beträgt 64 Mrd. $, das Doppelte aller Warenexporte dieses Jahres.

Obwohl die lateinamerikanischen Nationen als einheitlicher Block gegen die Industrieländer auftreten, scheiterten ihre eigenen Intergrationsbemühungen.

keine Seltenheit. Weiteres Wachstum wäre nur durch weitere Importe, Kredite und zusätzliche Kapitalexporte durch die Industrieländer zu erreichen. Aber das Leistungsbilanzdefizit Brasiliens beträgt inzwischen 27,4 Mrd. $, das 7fache von 1973. Die Auslandsverschuldung beträgt 64 Mrd. $, das Doppelte aller Warenexporte dieses Jahres.

Obwohl die lateinamerikanischen Nationen als einheitlicher Block gegen die Industrieländer auftreten, scheiterten ihre eigenen Intergrationsbemühungen.

Vor allem seit Mitte der 60er Jahre versuchen die lateinamerikanischen Länder verstärkt, eine Lösung ihrer Krise der Abhängigkeit durch eine Förderung der wirtschaftlichen Integration nach dem Beispiel der EG. Die Integrationsbemühungen für gesamt Lateinamerika können als gescheitert angesehen werden. Wirklich wirksam, wenn davon die Rede sein kann, sind allenfalls bestimmte regionale Zusammenschlüsse, so der Andenpakt, der Zentralamerikanische Gemeinsame Markt (MCCA) und die Karibische Gemeinschaft (CARICOM). Im wesentlichen haben sich drei Gruppen von Ländern herausgebildet mit unterschiedlichen Interessen, wobei eine gesamtlateinamerikanische Organisation (bis 1980 die lateinamerikanische Freihandelsvereinigung ALALC) zu sehr zur Ausnutzung durch die größeren Länder führte. 1. Die Länder mit der größten Industrialisierung gemäß dem „brasilianischen Entwicklungsmodell", also Mexiko, Brasilien und, immer mehr in Rückstand geratend, Argentinien. 2. Dann weiter die Länder, die mit der Strategie der Importsubstitution relativ weit gekommen sind, denen aber der brasilianische Entwicklungsweg im wesentlichen verwehrt ist, weil ihr innerer Markt zu klein und sie daher auch nicht das Interesse der internationalen Konzerne finden (dies sind u.a. Venezuela, Chile, Kolumbien, Peru). Sodann 3. Die Länder, die weitgehend an Rohstoff- und landwirtschaftlichen Exporten hängenbleiben und kaum zu einer umfänglicheren Industrialisierung gefunden haben.

Durch die Uneinheitlichkeit der lateinamerikanischen Region mußten die Integrationsbemühungen scheitern. Dies spricht nicht gegen eine gemeinsame Blockbildung gegenüber den Industrieländern. Aber aus ihrem Interessenkonflikt mußte die Freihandelsvereinigung ALALC 1980 aufgelöst und durch die neue Lateinamerikanische Integrationsvereinigung ALADI ersetzt werden, die z.B. keinen bindenden Verpflichtungskatalog mehr hat.

Aufgrund dieser Entwicklungstendenzen ist die Stellung Lateinamerikas im internationalen Konzert vorgezeichnet. Es spielt eine große Rolle im Rahmen der Initiativen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Dabei werden vor allem drei Forderungen erhoben. Zum einen der integrierte Rohstoffonds, der vor allem für die westlichen südamerikanischen Länder mit einem großen Anteil mineralischer Rohstoffe sowie für Mexiko und Venezuela mit einem hohen Anteil Erdöl

einer umfänglicheren Industrialisierung gefunden haben.

Durch die Uneinheitlichkeit der lateinamerikanischen Region mußten die Integrationsbemühungen scheitern. Dies spricht nicht gegen eine gemeinsame Blockbildung gegenüber den Industrieländern. Aber aus ihrem Interessenkonflikt mußte die Freihandelsvereinigung ALALC 1980 aufgelöst und durch die neue Lateinamerikanische Integrationsvereinigung ALADI ersetzt werden, die z.B. keinen bindenden Verpflichtungskatalog mehr hat.

Aufgrund dieser Entwicklungstendenzen ist die Stellung Lateinamerikas im internationalen Konzert vorgezeichnet. Es spielt eine große Rolle im Rahmen der Initiativen der Dritten Welt für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Dabei werden vor allem drei Forderungen erhoben. Zum einen der integrierte Rohstoffonds, der vor allem für die westlichen südamerikanischen Länder mit einem großen Anteil mineralischer Rohstoffe sowie für Mexiko und Venezuela mit einem hohen Anteil Erdöl
von Interesse ist. Dieser Rohstoffonds, der schon beschlossen war, kann inzwischen als gescheitert angesehen werden, weil die Industrieländer ihn boykottieren werden. Zum zweiten die Forderung nach Öffnung der Märkte für landwirtschaftliche Produkte, eine Forderung vor allem gegenüber der EG mit ihren Importschranken. Die EG-Politik zeigte sich am krassesten 1974 beim vollständigen Importstop für Rindfleisch, der vor allem Argentinien und Uruguay traf. Zum dritten die Forderung nach Öffnung der Märkte der Industrieländer für Fertigwaren, vor allem natürlich vertreten von Brasilien, Argentinien und Mexiko.

Die Sowjetunion kann die kapitalistischen Länder nicht ersetzen. Sie muß weiterhin auf nationale Bewegungen hoffen, die den sowjetischen Imperialismus nicht durchschauen.

Alle diese Forderungen blieben bisher unerfüllt, was die Krise in Lateinamerika verschärfen muß. Kein Wunder, daß diese Staaten Ausschau nach anderen Abnehmern halten. Sie finden sie z.T. in der Sowjetunion, die sich vor allem für den Import von Nahrungsmitteln aber auch Rohstoffen interessiert. Von 1970 bis 1980 nahm der Import der SU aus Argentinien von 28 Mio. Rubel auf 1,16 Mrd. Rubel zu. Der Export betrug 1980 aber nur 30 Mio. Rubel. Der Import aus Bolivien versechsfachte sich, aus Brasilien stieg er um das zwölffache, wobei der Export der SU jeweils nur 1/4 bis 1/10 der Importmenge betrug. Die Möglichkeiten der SU, hierüber größeren Einfluß zu gewinnen, sind zwiespältig. Einmal sind diese Länder mehr denn je auf den Export angewiesen. Andererseits aber ebenso auf den Import modernster Technologie und auf Investitionen internationaler Konzerne. Auf diesen Gebieten hat die SU nichts zu bieten. Allenfalls erhält sie Bedeutung durch Rüstungsexporte und Rohstoffe, vor allem Uran. Auf lange Sicht kann die SU hier daher auf ökonomischem Weg keinen Durchbruch im Einfluß erwarten. Das sieht noch einmal anders aus in Mittelamerika und im karibischen Raum. Nach Kuba scheint sich hier Nicaragua in engere Tuchfühlung mit der SU zu begeben. Seit 1979 hat die DDR 100 Mio. $ an Nicaragua transferiert. Der sowjetische Entwicklungsweg wird diese Länder aber auch nicht aus ihrer Krise befreien, sondern wird bestrebt sein, monokulturelle Ökonomien zu fördern, wie das Beispiel Kuba zeigt.

Die USA konzentrieren sich auf ihren unmittelbaren „Vorhof". Sie setzen hauptsächlich auf die Reaktion.

Der Einfluß der USA in Lateinamerika hat in den letzten zehn Jahren erheblich abgenommen. Dies wurde u.a. 1979 deutlich, als es den USA nicht gelang, in der OAS einen ihr genehmen Beschluß zu Nicaragua durchzusetzen. Im jetzigen Falkland-Konflikt wurde die OAS auch mehr zu einer Tribüne für Lateinamerika als zum Instrument der USA. Der Einflußverlust wurde noch durch die Politik Carters beschleunigt, der mit seiner Menschenrechts-Diplomatie, der Zurückhaltung bei den Rüstungsexporten und der Verweigerungspolitik bei der Nukleartechnologie für Unruhe unter den Militärregimes sorgte. Bei den Rüstungsexporten stehen inzwischen Israel und Westeuropa an erster Stelle. In der Nukleartechnologie ist ebenfalls Westeuropa führend. All das will Reagan reaktivieren.

Die USA konzentrieren sich auf ihren unmittelbaren „Vorhof". Sie setzen hauptsächlich auf die Reaktion.

Der Einfluß der USA in Lateinamerika hat in den letzten zehn Jahren erheblich abgenommen. Dies wurde u.a. 1979 deutlich, als es den USA nicht gelang, in der OAS einen ihr genehmen Beschluß zu Nicaragua durchzusetzen. Im jetzigen Falkland-Konflikt wurde die OAS auch mehr zu einer Tribüne für Lateinamerika als zum Instrument der USA. Der Einflußverlust wurde noch durch die Politik Carters beschleunigt, der mit seiner Menschenrechts-Diplomatie, der Zurückhaltung bei den Rüstungsexporten und der Verweigerungspolitik bei der Nukleartechnologie für Unruhe unter den Militärregimes sorgte. Bei den Rüstungsexporten stehen inzwischen Israel und Westeuropa an erster Stelle. In der Nukleartechnologie ist ebenfalls Westeuropa führend. All das will Reagan reaktivieren.

Eine regelrechte Lateinamerikapolitik der USA gibt es nicht mehr. Sie konzentriert sich nun auf Mittelamerika und die Karibik. Hier wollen die USA keinen weiteren Einflußgewinn des sowjetischen Imperialismus hinnehmen. Über 50% der US-Importe gehen durch den Panama-Kanal oder durch den Golf von Mexiko. Von hier aus könnten die USA mit taktischen Atomwaffen eingedeckt werden. Da der US-Imperialismus diesen Ländern ökonomisch kaum etwas zu bieten hat, setzt Reagan verstärkt auf militärische Befriedung der Widersprüche. Zusätzlich soll der Karibik-Plan der Region den Markt der USA für gewisse Fertigwaren öffnen und den amerikanischen Kapitalexport in diese Länder fördern. Das mag zu kleinen Entwicklungsschüben führen, kann aber die Probleme dort nicht lösen.

Mit der kapitalistischen Krise entwickelt sich in Lateinamerika eine große strukturelle Krise, bei der überhaupt nicht ersichtlich ist, wie die dortigen Regierungen und Juntas damit fertig werden wollen. In Mittelamerika schwelt diese Krise schon seit einiger Zeit und führte zu einem neuen Aufschwung der Guerilla-Bewegungen. Absehbar werden in der nächsten Zeit die Versuche zunehmen, diese Widersprüche durch Verschärfung der Reaktion am Ausbruch zu hindern. Vor allem in Südamerika hat sich als revolutionäre Kraft eine größere Arbeiterklasse herausgebildet, die aber durch eine große dauerhafte Arbeitslosigkeit in ihrer Entwicklung behindert wird. eine Revolution muß Konzepte für die Lösung dieser Strukturkrise haben.

Reagans Haushalt gescheitert

thm. Bei den Beratungen über den Haushalt 1983 mußte Reagan eine Niederlage hinnehmen. Reagans Wahlversprechen war gewesen, bis 1984 das Haushaltsdefizit auszugleichen. Mit dem Budget-Plan des Weißen Hauses für 1983 wurde jetzt aber schon ein Defizit von 182 Mrd. Dollar in Kauf genommen. Diese horrende Summe wollten selbst Reagans republikanische Parteikollegen nicht mehr hinnehmen. Sie lehnten zusammen mit den Demokraten im Haushaltsausschuß des Senats diesen Budget-Plan einstimmig ab. Somit war Reagan zu einem Kompromiß gezwungen, der haarscharf an einem endgültigen Eingeständnis des Scheiterns der „Reagonomics" vorbeigeht.

– Die erheblichen Steigerungen des Rüstungshaushaltes sollen nun in den nächsten drei Jahren um 22 Mrd. Dollar geringer ausfallen.
– In drei Jahren sollen 95 Mrd. Dollar durch zusätzliche Steuern aufgebracht werden.
– Ebenfalls in drei Jahren sollen 40 Mrd. Dollar aus „Reformen" der Sozialversicherungen gezogen werden.
– Weitere Streichungen sollen vorgenommen werden bei der staatlichen Krankenversicherung, der öffentlichen Fürsorge und bei den billigen Krediten für Studenten.

Damit wird deutlich, daß für die Armen in den USA nichts Gutes aus der Haushaltskrise herauskommen wird.

Mit den Kürzungen im Militärhaushalt, die das Reagansche Konzept des starken Amerika in Schwierigkeiten bringt, mit dem Angriff auf die Sozial*versicherung*, die Reagan bisher aussparen wollte und vor allem mit den zusätzlichen Steuern ist das Regierungsprogramm in Frage gestellt. Das Herzstück der „Reagonomics", die Senkung der Einkommenssteuer, ist das einzige, was Reagan von seiner Haushaltspolitik geblieben ist.

In den Wahlen für das Repräsentantenhaus, wo die Demokraten die Mehrheit haben und Reagan praktisch mit der Unterstützung von 40 rechten Demokraten lebt, könnte bei einem eindeutigen Wahlsieg der Demokraten die Umsetzung des Reaganschen Regierungsprogramms endgültig scheitern.

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in den Ländern

3,6% Schleswig-Holstein
9,2% Hamburg
7,3% Bremen
4,1% Niedersachsen
11,9% Westberlin
8,4% Nordrhein-Westfalen
9,2% Hessen
4,6% Rheinland-Pfalz
4,3% Saarland
10,1% Baden-Württemberg
6,5% Bayern

Anteil der Ausländer an der Bevölkerung in Städten

23% Frankfurt
21% Offenbach
18% Stuttgart
15% Köln, Düsseldorf
4% Oldenburg, Regensburg, Würzburg

Von 100 Ausländern waren Jugoslawen im Jahr 1981

27% Stuttgart
25% Ulm
24% München
21% Karlsruhe
21% Regensburg

Von 100 Ausländern waren Türken im Jahr 1981

73% Salzgitter
65% Gelsenkirchen
64% Hamm
63% Herne
62% Duisburg

Von 100 Ausländern waren Italiener im Jahr 1981

73% Wolfsburg
35% Saarbrücken
35% Solingen
27% Ludwigshafen
26% Pforzheim

Ende September 1981 lebten in der BRD 4,63 Mio. Ausländer (7,5%). Darunter waren 1,5 Mio. Türken, 637000 Jugoslawen, 624000 Italiener, 299000 Griechen und 177000 Spanier. 2,3 Mio. oder 50% der Ausländer leben in Städten über 100000 Einwohner. Überdurchschnittlich viele Türken arbeiten im Bergbau, Schiffbau und in der Eisen- und Stahlerzeugung. Weil die VW-Werke hauptsächlich Italiener einstellen, ist ihr Anteil in Wolfsburg überproportional.

Die Woche im Rückblick

Nach Rumänien (1973) ist Ungarn seit vergangener Woche der 2. Ostblock-Staat im Internationalen Währungsfond (IWF). Der Antrag Polens liegt weiterhin auf Eis aufgrund des Widerstands der USA, die sich auch nicht an den Umschuldungsverhandlungen der polnischen Westkredite beteiligen will. Die Schulden Ungarns im Westen belaufen sich auf 7,8 Mrd. Dollar, Polen hat 22,4 Mrd. Dollar und Rumänien 9,6 Mrd. Aufgrund der besseren Ausrichtung der ungarischen Wirtschaft auf den kapitalistischen Weltmarkt wird Ungarn als sehr kreditwürdig betrachtet. Es kann jetzt auf IWF-Mittel zur Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zurückgreifen.

Die Arbeitslosigkeit in den USA stieg auf 10,3 Millionen. Dies ist der höchste Stand seit 1941. Seit Juli 1981 verloren 2,8 Millionen ihren Arbeitsplatz.

Der Zentralbankrat der Bundesbank hob den Sonderlombardkredit auf. Ab 7. Mai ist der Lombardkredit wieder für 9% statt 9,5% zu haben. Angesichts der wieder ausgeglichenen Leistungsbilanz sei dieser Schritt vertretbar und ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu niedrigeren Zinsen.

Nicaragua und die Sowjetunion haben ein Wirtschaftsprotokoll unterzeichnet, in dem die SU die Abnahme von Waren und Lieferung von Maschinen zusagt. Das Abkommen soll für die Bereiche Wasserkraft, Nachrichtentechnik, Landwirtschaft, Rohstoffsuche und Bergbau gelten. Breschnew soll eine Einladung nach Nicaragua angenommen haben.

Die Kaffee-Ernte Brasiliens, des größten Produzenten der Welt, wird nur 50% des Vorjahres betragen, nämlich statt 33,7 nur 17,6 Millionen Sack. Kaffee wird also teurer.

Die Sowjetunion baut in Kuba ein Kernkraftwerk von 800 Megawatt Leistung im Rahmen des bilateralen Wirtschafts- und Wissenschaftsabkommens vom April 1981. Dies wird die Abhängigkeit Kubas vertiefen.

Die Leistungsbilanz der BRD weist wieder einen Überschuß auf. Nämlich 2 Mrd. DM nach Defiziten in den vergangenen Monaten. Das ist vor allem auf die Steigerung des Exports um 24% gegenüber dem Vorjahresmonat zurückzuführen. Die Handelsbilanz hat einen Überschuß von 6,4 Mrd. DM gegenüber einem Defizit im März 1981 von 200 Mio. DM. Weiterhin floriert der Kapitalexport. Für 800 Mio. DM wurden Direktinvestitionen im Ausland getätigt.

Importquoten bei Zucker hat Reagan für die USA veranlaßt. Damit sollen die Zuckerpreise der inländischen Produzenten gestützt werden. Damit brüskiert er aber auch die karibischen Staaten, denen er über seinen groß propagierten Karibik-Plan verbesserten Marktzugang für ihre Waren in die USA versprach.

Zimbabwe und die DDR richten jetzt eine gemeinsame Flugverbindung ein. Bisher war Zimbabwe mit Europa nur über Frankfurt, London und Athen verbunden. Weiterhin wurde eine enge Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur vereinbart.

Wie weit bringt es der Kapitalismus in der Landwirtschaft?
Beispiel USA: Wachsende Konzentrationsbewegung, aber nicht unbedingt Ausdehnung der Lohnarbeit
heh. 1935 gab es 7 Mio. Farmen in den USA. 1978 waren es noch 2,5 Mio. Davon wird vermutlich bis zum Jahr 2000
Markt erscheinenden Landwirtschaftsproduktion von den großen Farmen (über 100000 $) kommen.
Rindfleisches, 130000 Betriebe mit durchschnittlich 90 Stück Vieh die anderen 50%.
Futtermais verbunden. Neue Technologien haben diese Verbindung unnötig gemacht. Die Schweine werden jetzt in großen, sehr kapitalintensiven Betrieben gezüchtet. Es gibt z.Zt. 15 – 20 Betriebe, die 50 – 20000 Tiere pro Jahr vermarkten und deren Erfahrung wird die Konzentration der Betriebe beschleunigen (1950 = 2 Mio. und 1974 = 0,5 Mio.)
Noch heute ist die Mehrheit der amerikanischen Farmen Familienbetrieb. In der Tendenz findet der Prozeß der Zentralisation in allen landwirt-
1. Im Vergleich zur Industrie überwiegt in der Landwirtschaft unvergleichlich stärker die Handarbeit gegenüber der Anwendung von Maschinen. Aber die Maschine schreitet unaufhaltsam vorwärts, hebt die Technik der Wirtschaft, macht den Betrieb größer und kapitalistischer.
2. Hauptmerkmal und der Maßstab des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist die Lohnarbeit. Ausbreitung der Lohnarbeit und zunehmende Anwendung von Maschinen sehen wir in allen Gebieten des Landes, in allen Zweigen der Landwirtschaft.
Damit wird deutlich, daß für die Armen in den USA nichts Gutes aus der Haushaltskrise herauskommen wird.
Mit den Kürzungen im Militärhaushalt, die das Reagansche Konzept des starken Amerika in Schwierigkeiten bringt, mit dem Angriff auf die Sozialversicherung, die Reagan bisher aussparen wollte und vor allem mit den zusätzlichen Steuern ist das Regierungsprogramm in Frage gestellt. Das Herzstück der „Reagonomics", die Senkung der Einkommenssteuer, ist das einzige, was Reagan von seiner Haushaltspolitik geblieben ist.
In den Wahlen für das Repräsentantenhaus, wo die Demokraten die Mehrheit haben und Reagan praktisch mit der Unterstützung von 40 rechten Demokraten lebt, könnte bei einem eindeutigen Wahlsieg der Demokraten die Umsetzung des Reaganschen Regierungsprogramms endgültig scheitern.
Nach Rumänien (1973) ist Ungarn seit vergangener Woche der 2. Ostblock-Staat im Internationalen Währungsfond (IWF). Der Antrag Polens liegt weiterhin auf Eis aufgrund des Widerstands der USA, die sich auch nicht an den Umschuldungsverhandlungen der polnischen Westkredite beteiligen will. Die Schulden Ungarns im Westen belaufen sich auf 7,8 Mrd. Dollar, Polen hat 22,4 Mrd. Dollar und Rumänien 9,6 Mrd. Aufgrund der besseren Ausrichtung der ungarischen Wirtschaft auf den kapitalistischen Weltmarkt wird Ungarn als sehr kreditwürdig betrachtet. Es kann jetzt auf IWF-Mittel zur Überwindung von Zahlungsbilanzschwierigkeiten zurückgreifen.
Die Arbeitslosigkeit in den USA stieg auf 10,3 Millionen. Dies ist der höchste Stand seit 1941. Seit Juli 1981 verloren 2,8 Millionen ihren Arbeitsplatz.
Der Zentralbankrat der Bundesbank hob den Sonderlombardkredit auf. Ab 7. Mai ist der Lombardkredit wieder für 9% statt 9,5% zu haben. Angesichts der wieder ausgeglichenen Leistungsbilanz sei dieser Schritt vertret-
Die Woche im Rückblick
bar und ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu niedrigeren Zinsen.
Nicaragua und die Sowjetunion haben ein Wirtschaftsprotokoll unterzeichnet, in dem die SU die Abnahme von Waren und Lieferung von Maschinen zusagt. Das Abkommen soll für die Bereiche Wasserkraft, Nachrichtentechnik, Landwirtschaft, Rohstoffsuche und Bergbau gelten. Breschnew soll eine Einladung nach Nicaragua angenommen haben.
Die Kaffee-Ernte Brasiliens, des größten Produzenten der Welt, wird nur 50% des Vorjahres betragen, nämlich statt 33,7 nur 17,6 Millionen Sack. Kaffee wird also teurer.
Die Sowjetunion baut in Kuba ein Kernkraftwerk von 800 Megawatt Leistung im Rahmen des bilateralen Wirtschafts- und Wissenschaftsabkommens vom April 1981. Dies wird die Abhängigkeit Kubas vertiefen.
Die Leistungsbilanz der BRD weist wieder einen Überschuß auf. Nämlich 2 Mrd. DM nach Defiziten in den vergangenen Monaten. Das ist vor allem auf die Steigerung des Exports um 24% gegenüber dem Vorjahresmonat zurückzuführen. Die Handelsbilanz hat einen Überschuß von 6,4 Mrd. DM gegenüber einem Defizit im März 1981 von 200 Mio. DM. Weiterhin floriert der Kapitalexport. Für 800 Mio. DM wurden Direktinvestitionen im Ausland getätigt.
Importquoten bei Zucker hat Reagan für die USA veranlaßt. Damit sollen die Zuckerpreise der inländischen Produzenten gestützt werden. Damit brüskiert er aber auch die karibischen Staaten, denen er über seinen groß propagierten Karibik-Plan verbesserten Marktzugang für ihre Waren in die USA versprach.
Zimbabwe und die DDR richten jetzt eine gemeinsame Flugverbindung ein. Bisher war Zimbabwe mit Europa nur über Frankfurt, London und Athen verbunden. Weiterhin wurde eine enge Zusammenarbeit in Wissenschaft und Kultur vereinbart.

Wie weit bringt es der Kapitalismus in der Landwirtschaft?

Beispiel USA: Wachsende Konzentrationsbewegung, aber nicht unbedingt Ausdehnung der Lohnarbeit

heh. 1935 gab es 7 Mio. Farmen in den USA. 1978 waren es noch 2,5 Mio. Davon wird vermutlich bis zum Jahr 2000 jeder dritte amerikanische Farmer aufgegeben haben. Dramatischer noch wird die Umschichtung zwischen den verschiedenen Größenklassen der Farmen sein.

Der Anteil der kleinen Farmen (mit einem jährlichen Bruttoprodukt unter 20000 $) wird von 2/3 auf 1/2 sinken. Etwa die Hälfte aller mittleren Farmen (mit einem Bruttojahresprodukt von 20000 bis 99000 $) wird verschwinden, und der Anteil der mittleren Farmen von 30% auf 20% sinken. Dagegen wird es viermal so viele Großfarmen mit einem Produkt von 100000 $ oder mehr geben und ihr Anteil wird von 1/10 auf 1/3 aller Farmen steigen.

Während die kleinen Farmen oft als Nebenerwerb betrieben werden, verschließt sich diese Möglichkeit für die mittleren Farmen, wo der Arbeitsanfall für Nebenerwerb zu groß ist, der Ertrag zum Lebensunterhalt aber zu klein wird, und der Farmer nicht dazu in der Lage ist, das Kapital für eine Vergrößerung seines Betriebes aufzubringen.

Heute erzeugen das eine Prozent der größten Farmen 25% des gesamten Farmproduktes und 50% der Farmen produzieren weniger als ein Prozent des (offiziell vermarkteten) Landwirtschaftsproduktes der USA. Die Möglichkeit für die kleinen Farmer, ihr Produkt auf normalem Wege, d.h. an die den Handel beherrschenden Konzerne, zu verkaufen, verschlechtert sich rapide, und in 20 Jahren werden praktisch 100% der auf dem offiziellen Markt erscheinenden Landwirtschaftsproduktion von den großen Farmen (über 100000 $) kommen.

Die Landwirtschaftspolitik der amerikanischen Regierung (Steuerpolitik, Agrarpreispolitik und Kreditvergabe) begünstigt die Konzentration von Land und Kapital in immer weniger Händen. Während sich heute der Wert des gesamten im Farmsektor angelegten Kapitals (einschließlich des für den Erwerb des Bodens vorgeschossenen Kapitals) etwa gleich zwischen den drei Größenklassen aufteilt, werden sich in 20 Jahren voraussichtlich 2/3 davon bei den Großfarmen konzentrieren. Heute bedarf es etwa 1 Mio. $, um eine Großfarm zu gründen, in 20 Jahren etwa das Doppelte.

Zusätzlich gefördert wird die Konzentration durch das Eindringen von Kapital aus anderen Sektoren in die Landwirtschaft auf der Suche nach profitabler Anlage. Immer öfter fallen die Person des Eigentümers der Farm und des Pächters, der die Farm bewirtschaftet, auseinander.

Die Konzentrationsbewegung variiert entsprechend den örtlichen Bedingungen, wie Bodenqualität, Klima, Vermarktungsmöglichkeiten, Arbeitsmarkt, Gesetzgebung der verschiedenen Bundesstaaten usw. Interessanter aber ist der Vergleich der Konzentrationsbewegung in den verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft. Hier zeigt sich, daß die Kapitalkonzentration am raschesten dort fortschreitet, wo der Einsatz moderner Technologie nicht an die Ausdehnung der Anbauflächen gebunden ist.

Rindermast: 422 Betriebe mit über 30000 Tieren produzieren 50% allen Rindfleisches, 130000 Betriebe mit durchschnittlich 90 Stück Vieh die anderen 50%.

Milchproduktion: Hatte einst jede Farm ihre eigenen Milchkühe, so ist die Milchproduktion heute eine Sache von Spezialbetrieben geworden. Mit neuen Technologien ist der notwendige Arbeitsaufwand nur 1/5 von dem von 1960. In Kalifornien, Arizona und Florida sind einige Betriebe mit 10000 Kühen entstanden, aber insgesamt geht der Konzentrationsprozeß langsamer voran als beispielsweise bei der Rindermast.

Hühner- und Eierproduktion: Dieser Zweig ist besonders eng mit den großen Futterkonzernen und Handelsgesellschaften verbunden, die oft die Betriebe selbst besitzen. 1974 konzentrierten 5000 Farmen 70% der Eierproduktion und gut 16000 Farmen 90% der Brathähnchenproduktion, von denen jede mehr als 60000 Hähnchen pro Jahr verkaufte.

Schweinezucht: Ursprünglich war die Schweinezucht mit dem Anbau des Futtermais verbunden. Neue Technologien haben diese Verbindung unnötig gemacht. Die Schweine werden jetzt in großen, sehr kapitalintensiven Betrieben gezüchtet. Es gibt z.Zt. 15 – 20 Betriebe, die 50 – 20000 Tiere pro Jahr vermarkten und deren Erfahrung wird die Konzentration der Betriebe beschleunigen (1950 = 2 Mio. und 1974 = 0,5 Mio.)

Noch heute ist die Mehrheit der amerikanischen Farmen Familienbetrieb. In der Tendenz findet der Prozeß der Zentralisation in allen landwirtschaftlichen Zweigen statt, und die Beispiele zeigen, wie die Grundrente die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft hemmt. In Sektoren, wo die industrielle Produktion mit der Ausweitung der Anbaufläche verbunden ist, wird sowohl das Kapital, das für den Ankauf von Land aufgewandt werden muß, als auch das Monopol der Grundeigentümer, d.h. das nur beschränkt verfügbare Land, zum Hemmschuh.

US-Investition

Wir suchen für Kauf einer Farm im Süden der USA noch 2 Partner. Top-Verwaltung durch US-Farmgesellschaft geregelt. Investition mindestens $ 250 000,–. Zinsgünstige Hypothek 9¾% vorhanden. Einzigartiges Objekt mit seit Jahren hohen Erträgen.

Interessenten schreiben unter **B B 719537** an die Frankfurter Allgemeine, Postfach 2901, 6000 Ffm. 1.

Lenin über die amerikanische Landwirtschaft

1915 schrieb Lenin seine Arbeit „Neue Daten über die Entwicklungsgesetze des Kapitalismus in der Landwirtschaft", und er begann sie mit einer Untersuchung über „Kapitalismus und Landwirtschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika".

Im wesentlichen sind es vier Schlußfolgerungen, zu denen Lenin kam:

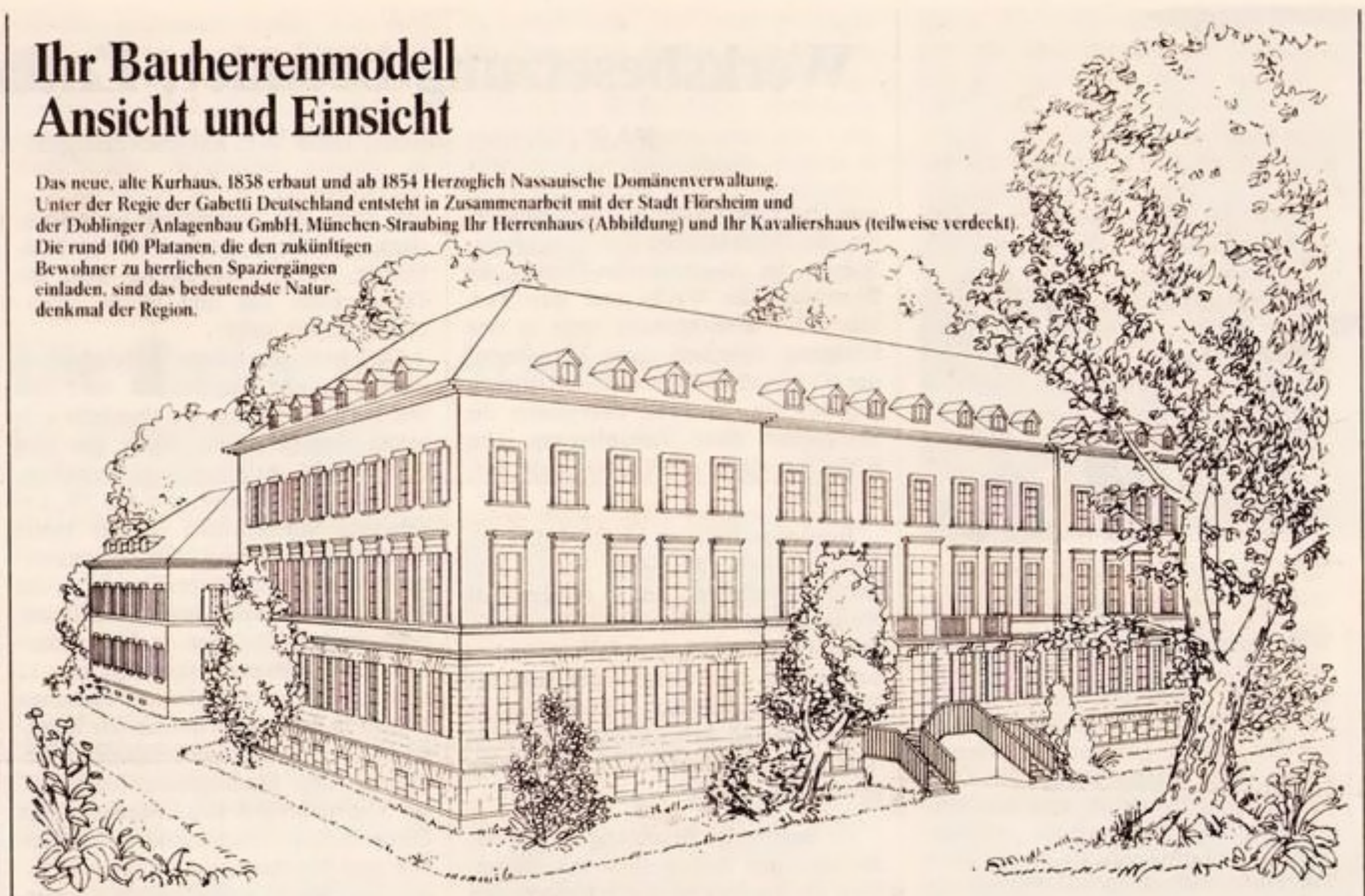
1. Im Vergleich zur Industrie überwiegt in der Landwirtschaft unvergleichlich stärker die Handarbeit gegenüber der Anwendung von Maschinen. Aber die Maschine schreitet unaufhaltsam vorwärts, hebt die Technik der Wirtschaft, macht den Betrieb größer und kapitalistischer.
2. Hauptmerkmal und der Maßstab des Kapitalismus in der Landwirtschaft ist die Lohnarbeit. Ausbreitung der Lohnarbeit und zunehmende Anwendung von Maschinen sehen wir in allen Gebieten des Landes, in allen Zweigen der Landwirtschaft.
3. Die Verdrängung des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes durch den Großbetrieb schreitet voran.
4. Der Kapitalismus wächst nicht nur in der Weise, daß er die Entwicklung der an Bodenflächen großen Wirtschaften in den extensiven Gebieten beschleunigt, sondern auch dadurch, daß er in den intensiven Gebieten Betriebe hervorbringt, die auf kleineren Grundstücken einen größeren Produktionsumfang haben und ausgeprägt kapitalistischen Charakter tragen.

Der politische Zweck von Lenins Arbeit lag in dem Nachweis, daß sich das Kapital alle Produktionsweisen, die es in der Landwirtschaft vorfindet, unterwirft und nach und nach die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln bewirkt. D.h., daß sich auch in der Landwirtschaft des zaristischen Rußland der Kapitalismus entwickelte. Die Mehrheit der Bevölkerung des russischen Reiches lebte auf dem Lande, es gab starke politische Strömungen, die die Zurückgebliebenheit der Zustände idealisierten, daraus politische Perspektiven zu finden glaubten und die Entwicklung des Kapitalismus in der Landwirtschaft bestritten.

In einem Punkte hat Lenin die Besonderheit der Landwirtschaft sicher unterschätzt, wo er mit der Ausbreitung der Maschinerie auch die Ausdehnung der Lohnarbeit erwartete. Eher scheinen sich heute zwei Klassen zu entwickeln, Grundeigentümer und Pächter, wie Marx sie unter anderen historischen Bedingungen in England untersuchte.

gaw. Auch *Capital*, das „deutsche Wirtschaftsmagazin“, geht mit der Zeit. In seinem letzten Sonderheft „Ihr Haus 82“ bietet es seinen gutbetuchten Lesern die Möglichkeit, die langfristigen Renditeaussichten eines Immobilienangebots im Bauherren-Modell für ganze 40 DM Teilnahmegebühr vom Computer berechnen zu lassen. Seit der Gesetzgeber die Möglichkeit der Steuerersparnis durch Beteiligung an windigen Abschreibungsgesellschaften eingeschränkt hat, ist das Bauherren-Finanzierungsmodell zu einem wahren Renner für „risikofreudige“ Anleger geworden. Die großklotzigen Anzeigen von Bauunternehmen und Kapitalanlagefirmen im Immobilienteil der Tageszeitungen legen darüber Zeugnis ab.

Andererseits werden aber bereits ca. 70% der großstädtischen, freifinanzierten Wohnungen im Bauherren-Modell errichtet. In der an Studentenbuden armen Universitätsstadt Mainz ist aufgrund der leeren öffentlichen Kassen ein 348-Zimmer-Studenten-Wohnheim mit noch tragbaren Mietpreisen nur im Bauherren-Modell zu erstellen. Ein Finanzierungs- und Steuermodell, so scheint es, zum Nutzen der Anleger wie der wohnungssuchenden Mieter.



Wenn die Steuerlast drückt, winkt das Bauherren-Modell

Die Errichtung von zu vermietenden „Eigentumswohnungen im Bauherren-Modell“ wird seit geraumer Zeit von Baufirmen, Steuerberatern und Spitzenverdienern gleichermaßen als profitable Kapitalanlage gepriesen. Mit dem Bauherren-Modell wurde ein Finanzierungsmodell im (Miet-)Wohnungsbau entwickelt, das durch erhebliche Steuerersparnis für Hochverdiener alle anderen Steuervorteile am Bau in den Schatten stellt und den Anlegern einen wahren Geldregen bescheren kann – zu Lasten des Steueraufkommens und letztendlich der Mieter.

Das Einkommenssteuerrecht macht's möglich

Das Bauherren-Modell erklärt sich vor dem Hintergrund, daß nach dem Einkommenssteuerrecht Verluste aus der Einkunftsart Vermietung und Verpachtung mit den positiven Einnahmen aus einer gewerblichen, freiberuflichen oder auch abhängigen Tätigkeit verrechnet werden können und so das zu versteuernde Einkommen drücken. Der wirtschaftliche Effekt ergibt sich insbesondere aus dem progressiven Anstieg der Einkommenssteuerbelastung. Einkommensmindernde Verluste haben regressive Wirkung auf die Einkommenssteuer, so daß mit steigender Progression die durch Verluste frei werdenden Mittel überproportional steigen. Der Spitzenverdiener mit einem Steuersatz von 40–56% wird dadurch in die Lage versetzt, das für den Bau erforderliche Eigenkapital – ca. 20–25% der Gesamtkosten – ganz aus ersparter Steuer zu finanzieren.

Während die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre Vetter, Loderer und Pfeiffer zur Erlangung dieser steuerlichen Wohltat sich als „Bauherren“ im Berliner Sozialwohnungsbau engagierten, ist einem gewöhnlichen bundesdeutschen Hochverdiener mit einem Jahreseinkommen von 350000 DM und einem Steuersatz von 56% der Ort der Anlage gleich. Er ist nur daran interessiert, sich am Bau einer Mietwohnung als „Bauherr“ zu beteiligen.

Das Vertragsmodell

Um alle dem Bauherren zur Seite stehenden Steuervorteile einzustreichen, ist ein kompliziertes Vertragsbündel notwendig, das den Anleger zum Bauherrn der Immobilie im steuerlichen Sinne werden läßt, ihm aber zugleich, ähnlich einem Käufer, die für einen Bauherren üblichen Scherereien erspart.

Unser „Bauherr“ schließt sich hierzu einer BGB-Gesellschaft, der sogenannten Bauherrengemeinschaft, an, die von dem Anbieter (Initiator) des Bauherren-Modells, einer Baufirma, organisiert wird. Jedes Mitglied der Bauherrengemeinschaft erteilt einem Treuhänder, einer von dem Anbieter vorgeschobenen Person, eine notarische Generalvollmacht. Diese Generalvollmacht ermächtigt den Treuhänder im Namen des „Bauherrn“ von einem Dritten (oder dem Anbieter) ein Grundstück zu erwerben und mit dem Anbieter einen Baubetreuungsvertrag abzuschließen, der diesen verpflichtet, auf dem erworbenen Grundstück für den „Bauherrn“ das Bauvorhaben zu realisieren. Der Treuhänder schließt darüberhinaus mit diversen Dienstleistungsunternehmen (Finanz-, Wohnungsmakler) weitere werbungskostenträchtige Verträge.

Um die Werbungskosten geht es

Dieses Vertragsgestrüpp, so kompliziert und unübersichtlich es auch für den „Bauherrn“ sein mag, beschert ihm vor allem Baunebenkosten in Form von Treuhand-, Baubetreuungs- und Vermittlungsgebühren, die er größtenteils als *Werbungskosten* verbuchen und von seinen übrigen Einnahmen absetzen kann. Und dies ist das Kernstück des Bauherren-Modells. Es basiert auf der systematischen Aufspaltung der beim Bau anfallenden Gesamtkosten in nicht abzugsfähige *Anschaffungskosten* (für das Grundstück), in gem. §7 Abs. 5 Einkommenssteuergesetz (EStG) abzugsfähige *Herstellungskosten* (= Absetzung für Abnutzung, AfA) und den sofort abschreibbaren *Werbungskosten*.

Die künstliche Aufblähung der Werbungskosten ist das gemeinsame Anliegen des „Bauherren“, des Anbieters und der Dienstleistungsunternehmen. Der Anbieter streicht einen höheren Gewinn ein, der „Bauherr“ profitiert durch eine sofort merkliche Steuerersparnis. Ihre Ausdehnung versucht die Finanzverwaltung durch Stuererlasse (sog. Bauherren-Erlasse) entgegenzutreten, indem sie an die Geltendmachung der Gebühren verschärfte Nachweiskriterien anlegt. Doch auch nach dem letzten Bauherren-Erlaß vom August 1981 macht der „Bauherr“ noch einen guten Schnitt.

Denn neben den genannten Gebühren erkennt das Finanzamt noch immer die Kosten an, die bei der Auszahlung des Kredits zur Finanzierung des Bauvorhabens entstehen. Diese Kosten bestehen in einem Auszahlungsverlust (Damnum oder Disagio) auf den nominalen Kreditbetrag von bis zu 10%. Gewährt die Bank also einen Kredit von beispielsweise 285000 DM, werden dem „Bauherren“ effektiv nur 256800 DM ausgezahlt. Der Aufwand wächst, doch die Steuerersparnis auch.

(Vgl. Rechenbeispiel 1 und 2)

Der Vorsteuer-Trick

Doch auch so teuer muß es für den Anleger nicht werden. Unser Steuerrecht hält nämlich für den „Bauherrn“-Vermieter noch ein Bonbon bereit, das für's erste die Kasse einmal klingeln läßt: die Vorsteuer-Option.

Der aus einer Wohnung erzielte Mietertrag wird normalerweise nicht mit der Mehrwertsteuer belegt. Das Umsatzsteuergesetz aber bietet dem Vermieter die Option (Wahlmöglichkeit), die Miete zur Mehrwertsteuer zu erklären. Davon macht der Bauherr Gebrauch. Er hat dann zwar auf seinen Mietzins Mehrwertsteuer abzuführen, kann allerdings seinerseits wie jeder Unternehmer die ihm von anderen Unternehmern in Rechnung gestellte Mehrwertsteuer (Vorsteuer) vom Finanzamt anfordern. Und die ist für ihn interessant, weil die Bau- und Baunebenkosten mit Mehrwertsteuer belastet sind. Seine Baukosten ermäßigen sich so um ca. 10% (da noch nicht auf jede Leistung der volle Steuersatz von 13% erhoben wird).

Weil das Umsatzsteuergesetz den Mietumsatz „für ein Unternehmen“ erfordert, muß der Bauherr einen gewerblichen Zwischenvermieter einschalten, der ihm die Vermietung durch eine 5jährige (gebührenpflichtige) Mietgarantie versüßt. Einziger Nachteil für den „Bauherren“: die Vermietung muß über einen Zeitraum von 10 Jahren erfolgen; verkauft der Bauherr zuvor, hat er die ausgezahlte Vorsteuer anteilig zurückzuentrichten.

Für unseren „Bauherrn“ bedeutet dies, daß er die Vorsteuer auf 293000 DM (Bau-, Herstellungs- und Werbungskosten), somit also ca. 30000 DM sofort, d.h. im Jahr des „Kapitaleinsatzes“, ausgezahlt erhält.

Seine Belastung von 22000 DM entpuppt sich damit als ein Gewinn von ca. 8000 DM für's erste.

Es muß unseren „Bauherrn“ daher schmerzen, daß ihm die Mehrwertsteuer-Option nur noch bis Ende 1984 zugestanden wird. Mehr als 500 Millionen Steuermehreinnahmen pro Jahr hat sich Fiskus für dann errechnet.

Angesichts dieser Vorteile fällt kaum noch ins Gewicht, daß der Gesetzgeber dem „Bauherrn“ es schließlich auch noch erspart hat, auf die Anschaffungskosten des Grundstücks Grunderwerbssteuer zu zahlen. Denn davon ist er befreit, wenn er das Grundstück, wie es regelmäßig geschieht, zum Bau steuerbegünstigten Wohnraums erwirbt.

Der Steuervorteil wirkt fort

Der Bauherr hat jetzt nur noch das Interesse, seine Wohnung zu einem seine Fremdkapitalkosten annähernd dekkenden Mietzins zu vermieten. An einem Mietertrag ist ihm nicht so sehr gelegen; angesichts der künstlich aufgeführten Gesamtkosten ist dies auch nicht realisierbar.
(Vgl. Rechenbeispiel 3)

Unser „Bauherr“ erhält also nicht nur einen Zuschuß für den Einsatz seines Kapitals, auch die Vermietung erbringt ihm einen kleinen Happen, ohne daß er auch nur einmal die Hand hierfür gerührt hat.

Beim Verkauf klingelt die Kasse ein zweites Mal

Seinen eigentlichen Gewinn macht der „Bauherr“ aber erst dann, wenn er die Wohnung nach 4, 5, 6 oder aber auch 7 und mehr Jahren veräußert. Erzielt er dann auch nur einen den ursprünglichen Gesamtkosten nahekommenden Verkaufspreis, kann er seine gesamten, zuvor ersparten Steuern und die erbrachte Tilgung einstreichen – und zwar steuerfrei. Dann klingelt die Kasse ein zweites Mal, diesmal kräftig.

Und damit es sich richtig lohnt, beteiligt sich der vom Fiskus gebeutelte Spitzenverdiener nicht nur an einem, sondern an mehreren Bauvorhaben. Fast überflüssig zu sagen, daß es ihm unbenommen bleibt, sich jedes Jahr auf ein neues als „Bauherr“ zu engagieren.

Auch wenn den Anleger ein geringerer als der angenommene Steuersatz von 56% drückt – auch bei einem Steuersatz von 40% kann das Bauherren-Modell noch interessant sein.

Die Zeche zahlt der kleine Mann

Ganz ohne Risiko geht es für „Bauherren“ nicht. Wo fette Beute winkt, sind die Hyänen zahlreich. Versickern die vom Treuhänder verwalteten „Bauherren“gelder oder geht das Betreuungsunternehmen in Konkurs, können sich die am Bau beteiligten Handwerker mit ihren unbezahlten Rechnungen beim Anleger schadlos halten. Allzuoft stehen auch die künstlich aufgeblähten Kosten in keinem Verhältnis zum Wert der erworbenen Bausubstanz. Pfusch am Bau ist daher eher die Regel als die Ausnahme und der „Bauherr“ läuft Gefahr, seine Wohnung nur zu einem reduzierten Preis abstoßen zu können.

Die Zeche aber zahlen die Mieter. Mit dem Bauherren-Modell werden weder gute noch günstige Wohnung erstellt. Auch wenn der „Bauherr“ an einer hohen Miete wenig interessiert ist, die hohen Bau-Neben- und Fremdfinanzierungskosten erzwingen einen die Kostenmiete im sozialen Wohungsbau erheblich übersteigenden Mietzins. Dagegen werden riesige öffentliche, von den Massen erpreßte Gelder denen in den Arsch geblasen, die sich um ihre Mieten nicht zu kümmern haben.

Wie Hohn muß es daher klingen, wenn jetzt der Sozialmieter die leeren öffentlichen Kassen im Wohnungsbau wieder füllen soll. Neue Wege im Wohnungsbau gehen, heißt für's erste einmal das „Bauherren-Modell“ zu beseitigen.

1. Gesamtkosten der Wohneinheit

Anschaffungskosten des Grundstückteils	30000,00 DM
Herstellungskosten der Wohneinheit	250000,00 DM
Werbungskosten (Treuhand, Baubetreuung, sonstige Gebühren)	43000,00 DM
Finanzierungskosten	32000,00 DM
(Damnum von 8% bei einem Kredit von nominal 284000 DM; zzgl. Zinsen während der Bauzeit)	
Gesamtaufwand	355000,00 DM

Neben diesen Werbungskosten kann der Bauherr auch die *Abschreibungen* in Höhe von 5% auf die Herstellungskosten für die Dauer von 8 Jahren (danach 2% im Jahr) als Werbungskosten geltend machen.

2. Einkommenssteuerersparnis

AfA gem. §7 Abs. 5 EStG = 5% aus 250000 DM	12500,00 DM
sonstige Werbungskosten	75000,00 DM
(sog. Verlustzuweisung)	87500,00 DM
Einkommenssteuerersparnis bei 56% Progression (56% v.H. von 87500 DM) =	49000,00 DM

Wenn er nun zur Finanzierung des Projekts zu dem Kredit von 284000,00 DM (= 80% der Gesamtkosten) 71000,00 DM (= 20%) an Eigenkapital zuschießen muß, reduziert sich seine effektive Belastung durch die Steuerersparnis (71000,00 ./. 49000,00 DM) auf 22000,00 DM.

3. Wirtschaftlichkeit der Anlage

Angenommene Mieteinnahmen (kalt, ohne MwSt)		
100 m² × 10 DM/m² × 12 Monate		12000,00 DM
./. Fremdkapitalkosten (Zinsen) 6% aus 285000 DM =	17100,00 DM	
./. nicht umlagefähige Bewirtschaftungskosten (8% aus 12000,00 DM)	960,00 DM	
./. AfA, 5% aus 250000,00 DM =	12500,00 DM	
	30560,00 DM	
Steuerlicher Verlust aus Vermietung		18560,00 DM

4. Für die effektive finanzielle Belastung des „Bauherrn“ im 1. Mietjahr bedeutet dies:

Mieteinnahmen		12000,00 DM
Fremdkapitalkosten	./. 17100,00 DM	
Bewirtschaftungskosten	./. 960,00 DM	
Tilgung 1% aus 285000,00	./. 2850,00 DM	
		./. 8910,00 DM
Steuerersparnis für Anleger		
56% auf steuerlichen Verlust von 18560,00 DM		10390,00 DM
Überschuß (nach Tilgung)		1480,00 DM

1. Gesamtkosten der Wohneinheit
Anschaffungskosten des Grundstückteils 30000,00 DM
3. Wirtschaftlichkeit der Anlage
Angenommene Mieteinnahmen (kalt, ohne MwSt)
winkt das Bauherren-Modell

Die Errichtung von zu vermietenden „Eigentumswohnungen im Bauherren-Modell“ wird seit geraumer Zeit von Baufirmen, Steuerberatern und Spitzenverdienern gleichermaßen als profitable Kapitalanlage gepriesen. Mit dem Bauherren-Modell wurde ein Finanzierungsmodell im (Miet-)Wohnungsbau entwickelt, das durch erhebliche Steuerersparnis für Hochverdiener alle anderen Steuervorteile am Bau in den Schatten stellt und den Anlegern einen wahren Geldregen bescheren kann – zu Lasten des Steueraufkommens und letztendlich der Mieter.

Einkunftsart Vermietung und Verpachtung mit den positiven Einnahmen aus einer gewerblichen, freiberuflichen oder auch abhängigen Tätigkeit verrechnet werden können und so das zu versteuernde Einkommen drücken. Der wirtschaftliche Effekt ergibt sich insbesondere aus dem progressiven Anstieg der Einkommenssteuerbelastung. Einkommensmindernde Verluste haben regressive Wirkung auf die Einkommenssteuer, so daß mit steigender Progression die durch Verluste frei werdenden Mittel überproportional steigen. Der Spitzenverdiener mit einem Steuersatz von 40–56% wird dadurch in die Lage versetzt, daß für den Bau erforderliche Eigenkapital – ca. 20–25% der Gesamtkosten – ganz aus ersparter Steuer zu finanzieren.

Während die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre Vetter, Loderer und Pfeiffer zur Erlangung dieser steuerlichen Wohltat sich als „Bauherren“ im Berliner Sozialwohnungsbau engagierten, ist einem gewöhnlichen bundesdeutschen Hochverdiener mit einem Jahreseinkommen von 350000 DM und einem Steuersatz von 56% der Ort der Anlage gleich. Er ist nur daran interessiert, sich am Bau einer Mietwohnung als „Bauherr“ zu beteiligen.

Bauherren-Modells, einer Baufirma, organisiert wird. Jedes Mitglied der Bauherrengemeinschaft erteilt einem Treuhänder, einer von dem Anbieter vorgeschobenen Person, eine notarische Generalvollmacht. Diese Generalvollmacht ermächtigt den Treuhänder im Namen des „Bauherrn“ von einem Dritten (oder dem Anbieter) ein Grundstück zu erwerben und mit dem Anbieter einen Baubetreuungsvertrag abzuschließen, der diesen verpflichtet, auf dem erworbenen Grundstück für den „Bauherrn“ das Bauvorhaben zu realisieren. Der Treuhänder schließt darüberhinaus mit diversen Dienstleistungsunternehmen (Finanz-, Wohnungsmakler) weitere werbungskostenträchtige Verträge.

stück), in gem. §7 Abs. 5 Einkommenssteuergesetz (EStG) abzugsfähige *Herstellungskosten* (= Absetzung für Abnutzung, AfA) und den sofort abschreibbaren *Werbungskosten*.

Die künstliche Aufblähung der Werbungskosten ist das gemeinsame Anliegen des „Bauherren“, des Anbieters und der Dienstleistungsunternehmen. Der Anbieter streicht einen höheren Gewinn ein, der „Bauherr“ profitiert durch eine sofort merkliche Steuerersparnis. Ihre Ausdehnung versucht die Finanzverwaltung durch Stuererlasse (sog. Bauherren-Erlasse) entgegenzutreten, indem sie an die Geltendmachung der Gebühren verschärfte Nachweiskriterien anlegt. Doch auch nach dem letzten Bauherren-Erlaß vom Au-

(Vgl. Rechenbeispiel 1 und 2)

Der Vorsteuer-Trick

Doch auch so teuer muß es für den Anleger nicht werden. Unser Steuerrecht hält nämlich für den „Bauherrn“-Vermieter noch ein Bonbon bereit, das für's erste die Kasse einmal klingeln läßt: die Vorsteuer-Option.

Der aus einer Wohnung erzielte Mietertrag wird normalerweise nicht mit der Mehrwertsteuer belegt. Das Umsatzsteuergesetz aber bietet dem Vermieter die Option (Wahlmöglichkeit), die Miete zur Mehrwertsteuer zu erklären. Davon macht der Bauherr Gebrauch. Er hat dann zwar auf seinen Mietzins Mehrwertsteuer abzuführen,

Fremdkapitalkosten annähernd dekkenden Mietzins zu vermieten. An einem Mietertrag ist ihm nicht so sehr gelegen; angesichts der künstlich aufgeführten Gesamtkosten ist dies auch nicht realisierbar.
(Vgl. Rechenbeispiel 3)

Unser „Bauherr“ erhält also nicht nur einen Zuschuß für den Einsatz seines Kapitals, auch die Vermietung erbringt ihm einen kleinen Happen, ohne daß er auch nur einmal die Hand hierfür gerührt hat.

Beim Verkauf klingelt die Kasse ein zweites Mal

Seinen eigentlichen Gewinn macht der „Bauherr“ aber erst dann, wenn er die Wohnung nach 4, 5, 6 oder aber auch 7 und mehr Jahren veräußert. Erzielt er dann auch nur einen den ursprünglichen Gesamtkosten nahekommenden Verkaufspreis, kann er seine gesamten, zuvor ersparten Steuern und die erbrachte Tilgung einstreichen – und zwar steuerfrei. Dann klingelt die Kasse ein zweites Mal, diesmal kräftig.

Und damit es sich richtig lohnt, beteiligt sich der vom Fiskus gebeutelte Spitzenverdiener nicht nur an einem, sondern an mehreren Bauvorhaben. Fast überflüssig zu sagen, daß es ihm unbenommen bleibt, sich jedes Jahr auf ein neues als „Bauherr“ zu engagieren.

Auch wenn den Anleger ein geringerer als der angenommene Steuersatz



Das besetzte Demag-Tor in Frankfurt.

Streik im VW-Werk in Südafrika

kvz. Ende April waren bereits über 4500 Afrikaner in den Streik getreten, hauptsächlich in der Metallindustrie. Anfang Mai waren dann schon mehr als ein Dutzend Fabriken gezwungen zu schließen, über 9000 Arbeiter waren im Streik. Davon am 5. Mai allein 5600 bei den VW-Werken in Port Elizabeth. Die Arbeiter in der Metallindustrie fordern sofortige Lohnerhöhungen und die größte schwarze Industriearbeitergewerkschaft lehnt es ab, an Verhandlungen mit dem Kapitalistenverband teilzunehmen, sie besteht auf dem Abschluß von Kollektivverträgen auf der Ebene der jeweiligen Fabriken.

IG Metall soll Plakat-Betriebsräte wieder aufnehmen

kvz. Sieben IG Metall-Mitglieder waren 1972 aus der IG Metall ausgeschlossen worden, nachdem sie auf einer eigenen Liste (Plakat-Liste) bei Daimler-Benz für den Betriebsrat kandidiert hatten und auch gewählt worden waren. Nachdem die IG Metall auch nach jahrelangen Anstrengungen nicht bereit war, die Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen, 1000 Metaller hatten sich mit ihrer Unterschrift für die Wiederaufnahme ausgesprochen, klagten die Ausgeschlossenen gegen die IG Metall. Sie brachten vor, daß der Ausschluß gegen das „Individualrecht auf Koalitionsbildung“ und das „Verfassungsgebot auf Herstellung demokratischer Binnenstrukturen“ verstoße. Dagegen hatte die IG Metall vorgetragen, daß sie nicht wiederaufgenommen werden brauchten, da sie nicht dem Aufnahmezwang eines Monopolverbands unterliege und darauf hingewiesen, die Ausgeschlossenen könnten sich ja in den christlichen Gewerkschaften organisieren (!). Dies mochte selbst das Landgericht Frankfurt ihnen nicht zumuten und verurteilte die IG Metall zur Wiederaufnahme. Die hat aber sogleich Berufung eingelegt, so daß das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

144 werden aus 1600 ausgesiebt

Wahlausschusses wurden kurz darauf entlassen. Eine neue Regelung wurde eingeführt: sämtliche Fahrer sollten nur noch auf Abruf Arbeit erhalten, um der Willkür Tür und Tor offen zu halten. Mit Unterstüzung der ÖTV kämpfen die Fahrer um eine Anerkennung als Teilzeitbeschäftigte, wohingegen das Unternehmen sie nur als Aushilfskräfte betrachten will. Formal entscheidend ist auch die Behinderung der ordnungsgemäßen Durchführung der Wahl von Seiten der Geschäftsleitung, die dem Wahlvorstand die Wählerlisten verweigern wollte. Der Wahlvorstand war gezwungen, die Wählerlisten gerichtlich einzuklagen, da alle anderen Bemühungen scheiterten. Das Arbeitsgericht hat für die Taxifahrer entschieden und hat zum anderen auch die ausgesprochenen Kündigungen für ungültig erklärt. Der Wahl steht derzeit nichts im Wege, doch will das Taxiunternehmen nochmal die Wahl überprüfen, da nach ihrem Verständnis „Aushilfsfahrer“ keine Betriebsräte sein können.

Lohnungleichheit als „Arbeitsmarktzulage“ rechtmäßig?

kvz. Am 12.5. wird vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel ein weiteres wichtiges Urteil in Sachen Lohngleichheit von Frauen und Männern gesprochen. Es geht darum, ob für die gleiche Arbeit für Männer mit dem Argument, ohne diese Mehrzahlung wäre auf dem Arbeitsmarkt kein Mann für die Nachtschichtarbeit zu bekommen, mehr gezahlt werden darf. Mit der Begründung hatten die Schickedanz-Kapitalisten (Quelle) 4% mehr, abgesehen von den Nachtschichtzulagen, für die gleiche Arbeit, als „Arbeitsmarktzulage“ gezahlt. Das Landesarbeitsgericht Hamm hat diese Praxis gerechtfertigt. Stattdessen wurden Überlegungen angestellt, das Nachtarbeitsverbot für Frauen müsse aufgelockert werden und somit der Grund für die ungleiche Behandlung beseitigt werden. Dann hätten wohl alle den niedrigen Lohn bekommen. Dagegen haben 52 Frauen von Schickedanz die Klage bis zum BAG erhoben.

Werksbesetzung beendet, Entlassungen folgen

FAZ fürchtet schon, daß Werksbesetzungen zur Regel werden

geh.Frankfurt. Nach 11 Tagen beendeten die Beschäftigten des Frankfurter Werks der Mannesmann-Demag die Besetzung des Werks und ihre Torblockade. Sonntagnacht hatte es eine Einigung zwischen dem Betriebsrat, der IG Metall und der Geschäftsleitung gegeben. In der Früh akzeptierte die Belegschaft diese Vereinbarung. Um 8.30 Uhr wurde die Torblockade aufgehoben.

Begonnen hatte es am 28.4. Die Belegschaft hatte das Werk besetzt und die Tore verkettet, um so die geplante Verlagerung des Bereichs „Druckluft-technik“ nach Simmern (Hunsrück) zu verhindern. Mit dieser Verlegung der Kompressorfertigung sollten hier in Frankfurt 143 Arbeitsplätze wegfallen – in Simmern aber nur 26 neue Stellen geschaffen werden.

Zu Beginn der Besetzung versuchten die leitenden Angestellten mit Rangeleien die Sperren zu durchdringen. Als dies nicht gelang, schnitten sie eigenhändig Löcher in die Zäune und gelangten so ins Werk. Die Werksleitung ließ einen Text verlesen, mit dem die Streikenden aufgefordert wurden, wieder an die Arbeitsplätze zurückzukehren. Als dies nichts fruchtete, legte sie nach: 16 Beschäftigten wurde die fristlose Kündigung ausgesprochen. Dem hat dann der Betriebsrat widersprochen, so daß die erstmal nicht rechtskräftig wurde. Inzwischen ging die Torblockade Tag und Nacht, werk- und sonntags weiter.

Die jetzt getroffene Vereinbarung sieht folgende Regelungen vor: Die Stahlkesselfertigung, die ebenfalls aufgelöst werden sollte, bleibt mit den dortigen 16 Arbeitsplätzen erhalten. Für rund 30 Arbeiter, die das 59. Lebensjahr überschritten haben, bietet Mannesmann-Demag „Auflösungsverträge“ an. Der frühere Eintritt in die Rente soll von den Kapitalisten finanziert werden. Von den so freiwerdenden Arbeitsplätzen sollen aber nur 12 besetzt werden mit Arbeitern zwischen 55 und 58 Jahren: Es werden der Belegschaft 36 Arbeitsplätze bei anderen Betrieben des Mannesmann-Konzerns, bei Hartmann&Braun, Mannesmann Fördertechnik, Mannesmann Anlagenbau und Mannesmann Offenbach angeboten. Macht zusammen 28 Arbeitsplätze, die erhalten werden sollen, von denen aber in den nächsten Jahren wohl 12 wieder wegfallen. Die IG Metall spricht davon, daß ⅔ der ursprünglich bedrohten Arbeitsplätze erhalten würden. Der Geschäftsführer der Mannesmann-Demag-Niederlassung in Frankfurt, Heymann erklärte dagegen sogar, daß „der geplante Abbau von 143 Arbeitsplätzen mit Ausnahme eines Teilbereichs, in dem 16 Mitarbeiter beschäftigt sind, kurzfristig durchgeführt wird“.

Tatsächlich wird der größte Bereich, der Druckluft-Bereich mit dem Kompressorenbau, wie geplant nach Simmern verlegt. Zwar werden keine Abmahnungen erfolgen und auch die fristlosen Kündigungen werden zurückgezogen, jedoch soll die Streikzeit nicht wie bei den jüngsten erfolgreichen Aktionen bei Rockwell-Golde bezahlt werden. „Keine ungesunden Zugeständnisse“ machen, nennt der Geschäftsführer dies nach Art des Hauses Mannesmann. Wie zum Hohn stellt Mannesmann-Demag allen einen 2000-DM-Kredit in Aussicht, der aber mit dem Urlaubsgeld, spätestens mit dem 13. Monatslohn, zurückgezahlt sein muß.

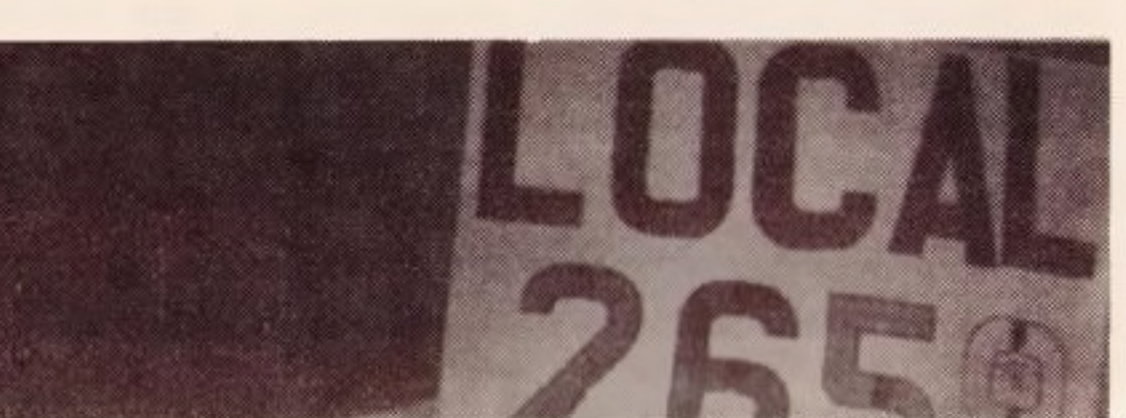
„Werden wir uns in Frankfurt an Werksbesetzungen gewöhnen müssen?“, beklagt die FAZ die Aktionen der Arbeiter. Nach den Werksbesetzungen bei VDM und Rockwell-Golde und den Aktionen bei Adler ist dies der eigentliche Fortschritt bei diesen Aktionen, daran ändert auch nichts, daß in einzelnen Aktionen wie hier das Ziel Erhaltung der Arbeitsplätze nicht erreicht wird. Es zeigt jedem einzelnen, daß ein übergreifendes Konzept her muß.

Das Lob der IGM ist vielleicht etwas dick aufgetragen

Zu den Tarifabschlüssen in der amerikanischen Automobilindustrie

mam. Nachdem sich die westdeutsche Presse schon gar nicht mehr einkriegen konnte über die Lohnkürzungen, die gegen die amerikanischen Automobilarbeiter durchgesetzt wurden, sah sich Mitte April auch die IGM-Pressestelle gezwungen, dazu Stellung zu nehmen. (Handelsblatt, 14.4.82) Wir berichteten in KVZ 10, 12 und 15 darüber, daß die amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft UAW in den größten

daß es ein toller Erfolg sei, wenn, wie bei Chrysler, Gewerkschafer in das Führungsgremium einziehen können, weil „für viele Amerikaner Mitbestimmung so ungefähr der Anfang des Kommunismus ist“. Man kann aber auch sich und anderen Sand in die Augen streuen. Wie die IGM-Pressestelle selber schreibt, sind die USA „ein Land, in dem das Netz der sozialen Sicherheit relativ schwach entwickelt



ger Betriebszugehörigkeit gekündigt werden, zwischen 50 und 75% ihres früheren Einkommens bis zum 62. Lebensjahr erhalten. Wer bezahlt die, wenn die Firma pleite macht und womit soll der private Versicherungsanteil bezahlt werden, um auf eine vernünftige Rente zu kommen, wenn die Löhne gerade gekürzt wurden? Die IGM tut sich wirklich nichts gutes, wenn sie die Tarifabschlüsse in der amerikanischen Automobilindustrie begrüßt und meint, damit „hätte wahrscheinlich manchen deutschen Unternehmer der Schlag getroffen“.

Bei General Motors wurde kurz nach dem Abschluß – dort hatten nur noch 52% der Beschäftigten dafür gestimmt – bekannt, daß die Kapitalisten mit ihrem führenden Management ein Abkommen getroffen hatten, mit dem ihnen auch in schlechten Zeiten ein fetter Bonus gesichert wurde. Das

nach: 16 Beschäftigten wurde die fristlose Kündigung ausgesprochen. Dem

sung in Frankfurt, Heymann erklärte dagegen sogar, daß „der geplante Ab-

wird. Es zeigt jedem einzelnen, daß ein übergreifendes Konzept her muß.

IG Metall soll Plakat-Betriebsräte wieder aufnehmen

kvz. Sieben IG Metall-Mitglieder waren 1972 aus der IG Metall ausgeschlossen worden, nachdem sie auf einer eigenen Liste (Plakat-Liste) bei Daimler-Benz für den Betriebsrat kandidiert hatten und auch gewählt worden waren. Nachdem die IG Metall auch nach jahrelangen Anstrengungen nicht bereit war, die Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen, 1000 Metaller hatten sich mit ihrer Unterschrift für die Wiederaufnahme ausgesprochen, klagten die Ausgeschlossenen gegen die IG Metall. Sie brachten vor, daß der Ausschluß gegen das „Individualrecht auf Koalitionsbildung“ und das „Verfassungsgebot auf Herstellung demokratischer Binnenstrukturen“ verstoße. Dagegen hatte die IG Metall vorgetragen, daß sie nicht wiederaufgenommen werden brauchten, da sie nicht dem Aufnahmezwang eines Monopolverbands unterliege und darauf hingewiesen, die Ausgeschlossenen könnten sich ja in den christlichen Gewerkschaften organisieren (!). Dies mochte selbst das Landgericht Frankfurt ihnen nicht zumuten und verurteilte die IG Metall zur Wiederaufnahme. Die hat aber sogleich Berufung eingelegt, so daß das Urteil noch nicht rechtskräftig ist.

144 werden aus 1600 ausgesiebt

kvz. Bei Magirus-Deutz in Mainz ist der Sozialplan im wesentlichen erstellt. Lediglich die Höhe der Abfindungen ist noch nicht festgelegt. Teil der Vereinbarungen ist ein „Ausleseverfahren“. Nach einem Punkteschlüssel werden aus den 1600 Beschäftigten 144 ausgesiebt, die die Ehre haben im Militärservice die Panzer zu warten. Vom Betriebsrat und der Vertrauensleutekörperleitung werden Aktionen der Belegschaft als schädlich für die Verhandlungen gehalten. Das sahen 1000 Beschäftigte anders. Vor einer Woche zogen sie vor das Betriebsratsbüro und zwangen den Betriebsrat zur Offenlegung der Sozialplanverhandlungen.

Göttingen: Taxifahrer wollen Gewerkschaftsrechte

kvz. Die Göttinger Taxifahrer kämpfen um gewerkschaftliche Rechte. Nachdem das größte Göttinger Taxiunternehmen seinen ca. 80 Fahrern zum neuen Jahr eine Kürzung des Lohns um 12,5% präsentiert hatte (Senkung der prozentualen Beteiligung am Umsatz von 40 auf 35%), wurde zunächst eine Unterschriftensammlung gemacht mit dem Ziel einer Betriebsversammlung, für Aufhebung der neuen Regelung. Die Reaktion des Unternehmens waren sieben fristlose Kündigungen, die aber wieder zurückgenommen werden mußten. Hierauf wurde von den Taxifahrern eine Betriebsversammlung einberufen, auf der ein Wahlvorstand für die Wahl eines noch nicht existierenden Betriebsrats ernannt wurde. Acht Mitglieder dieses

beitsgericht hat für die Taxifahrer entschieden und hat zum anderen auch die ausgesprochenen Kündigungen für ungültig erklärt. Der Wahl steht derzeit nichts im Wege, doch will das Taxiunternehmen nochmal die Wahl überprüfen, da nach ihrem Verständnis „Aushilfsfahrer“ keine Betriebsräte sein können.

Lohnungleichheit als „Arbeitsmarktzulage“ rechtmäßig?

kvz. Am 12.5. wird vor dem Bundesarbeitsgericht in Kassel ein weiteres wichtiges Urteil in Sachen Lohngleichheit von Frauen und Männern gesprochen. Es geht darum, ob für die gleiche Arbeit für Männer mit dem Argument, ohne diese Mehrzahlung wäre auf dem Arbeitsmarkt kein Mann für die Nachtschichtarbeit zu bekommen, mehr gezahlt werden darf. Mit der Begründung hatten die Schickedanz-Kapitalisten (Quelle) 4% mehr, abgesehen von den Nachtschichtzulagen, für die gleiche Arbeit, als „Arbeitsmarktzulage“ gezahlt. Das Landesarbeitsgericht Hamm hat diese Praxis gerechtfertigt. Stattdessen wurden Überlegungen angestellt, das Nachtarbeitsverbot für Frauen müsse aufgelockert werden und somit der Grund für die ungleiche Behandlung beseitigt werden. Dann hätten wohl alle den niedrigen Lohn bekommen. Dagegen haben 52 Frauen von Schickedanz die Klage bis zum BAG erhoben.

Tarifkämpfe

Chemie: Die Verhandlungen im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz wurden in der ersten Verhandlungsrunde schon vertagt.

Bergbau: die 143000 Beschäftigten im Ruhrbergbau erhalten vom 1.6. an 4,2% mehr Lohn und Gehalt. Für den Monat Mai werden 75 DM als Pauschale gezahlt. Außerdem wurde die Jahresvergütung von 2570 DM um 244 DM auf 2814 DM erhöht. Der gleiche Abschluß gilt auch für die 23000 Beschäftigten im Saarbergbau.

Stationierungsstreitkräfte: Nach zahlreichen Streikaktionen wurde für die rd. 100000 Zivilbeschäftigten der alliierten Besatzer rückwirkend ab 1.3.82 eine Lohnerhöhung von 4,2% beschlossen.

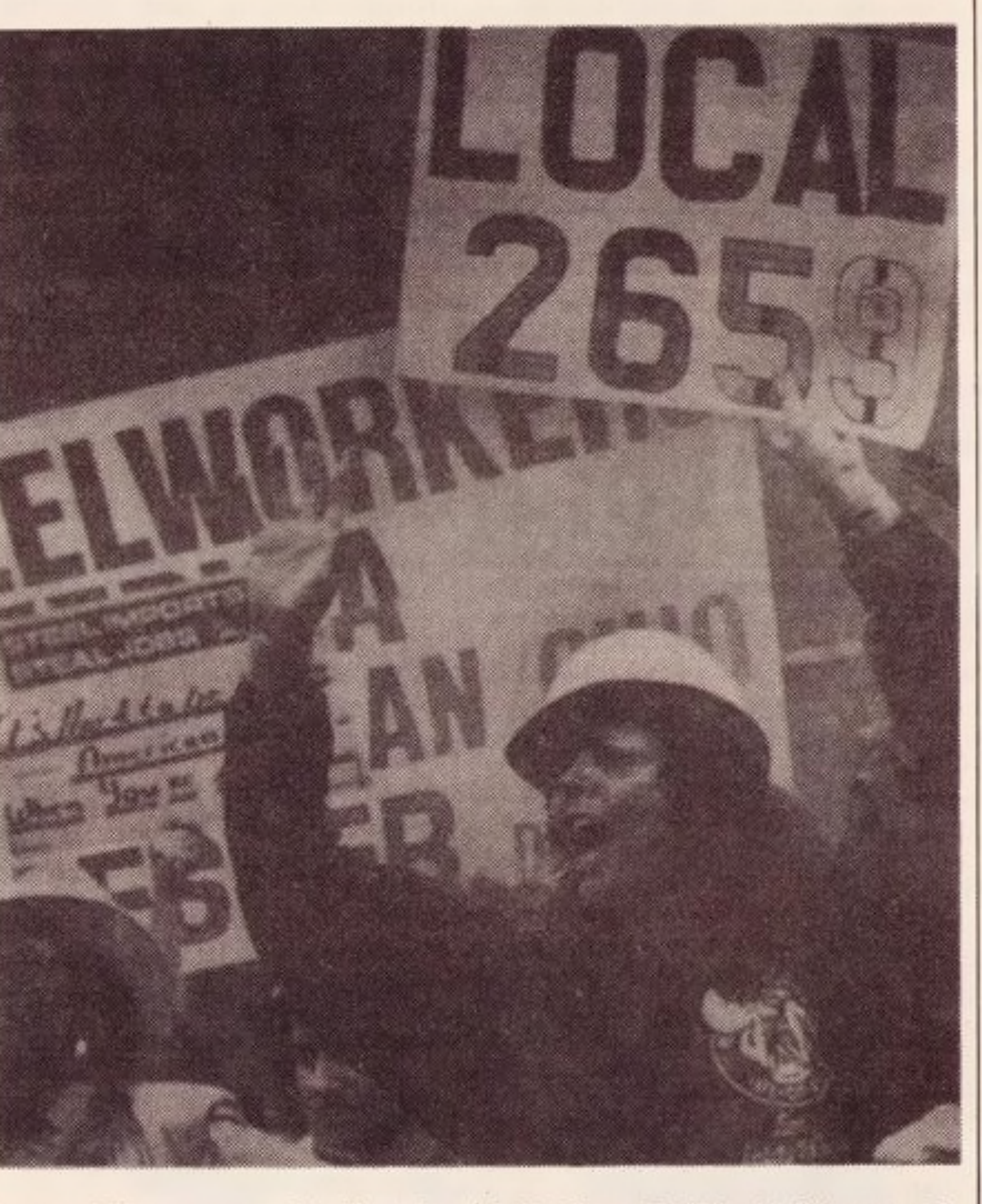
Textil, Nordrhein: Die 40000 Beschäftigten in der Textilindustrie im Tarifgebiet Nordrhein erhalten 3,9% mehr Lohn und Gehalt. Darauf einigten sich die Gewerkschaft Textil und Bekleidung und der entsprechende Kapitalistenverband. In den anderen 8 Tarifbereichen ist noch kein Abschluß zustande gekommen.

Schornsteinfeger: Die Schornsteinfeger in Bremen haben ihren Streik für die Verlängerung des Jahresurlaubs von 23 auf 28 Tage nach 6 Wochen abgebrochen. Danach wurde auch die Aussperrung der Schornsteinfeger im Saarland wieder aufgehoben. Die Verhandlungen um den neuen Manteltarifvertrag gehen weiter. Die Schornsteinfeger, die nicht im DGB organisiert sind, fordern für dieses Jahr bereits eine Verlängerung um 2 Tage.

Das Lob der IGM ist vielleicht etwas dick aufgetragen

Zu den Tarifabschlüssen in der amerikanischen Automobilindustrie

mam. Nachdem sich die westdeutsche Presse schon gar nicht mehr einkriegen konnte über die Lohnkürzungen, die gegen die amerikanischen Automobilarbeiter durchgesetzt wurden, sah sich Mitte April auch die IGM-Pressestelle gezwungen, dazu Stellung zu nehmen. (Handelsblatt, 14.4.82) Wir berichteten in KVZ 10, 12 und 15 darüber, daß die amerikanischen Automobilarbeitergewerkschaft UAW in den größten



Automobilkonzernen Tarifverträge abgeschlossen hat, die z.B. die automatische Anpassung der Tariflöhne an die Inflationsrate vierteljährlich um neun Monate aussetzen, die die automatische jährliche Lohnerhöhung von 3% für Produktivitätssteigerung streichen, und mit denen sie auf neun Urlaubstage verzichten.

Sicherlich kann man, wie die IGM-Pressestelle, der Meinung sein, daß die Ford-Arbeiter mit 14 $ Stundenlohn sowieso gut verdienen würden, und

daß es ein toller Erfolg sei, wenn, wie bei Chrysler, Gewerkschafer in das Führungsgremium einziehen können, weil „für viele Amerikaner Mitbestimmung so ungefähr der Anfang des Kommunismus ist“. Man kann aber auch sich und anderen Sand in die Augen streuen. Wie die IGM-Pressestelle selber schreibt, sind die USA „ein Land, in dem das Netz der sozialen Sicherheit relativ schwach entwickelt

ist“. Dieser Tarifabschluß kostet z.B. allein die Beschäftigten von Chrysler 9000 $ pro Kopf. Die werden fehlen. Und wo das Geld für den Lebensunterhalt draufgeht, wird am ehesten bei den „freiwilligen“ Kranken- und Arbeitslosenversicherungskosten gespart, weil viele hoffen, daß es sie nicht trifft.

Als eine „Tarifrente bis zum 62. Lebensjahr“ bezeichnet die IGM-Pressestelle die Vereinbarung, daß künftig die UAW-Mitglieder bei General Motors, wenn sie nach mindestens 15jähri-

ger Betriebszugehörigkeit gekündigt werden, zwischen 50 und 75% ihres früheren Einkommens bis zum 62. Lebensjahr erhalten. Wer bezahlt die, wenn die Firma pleite macht und womit soll der private Versicherungsanteil bezahlt werden, um auf eine vernünftige Rente zu kommen, wenn die Löhne gerade gekürzt wurden? Die IGM tut sich wirklich nichts gutes, wenn sie die Tarifabschlüsse in der amerikanischen Automobilindustrie begrüßt und meint, damit „hätte wahrscheinlich manchen deutschen Unternehmer der Schlag getroffen“.

Bei General Motors wurde kurz nach dem Abschluß – dort hatten nur noch 52% der Beschäftigten dafür gestimmt – bekannt, daß die Kapitalisten mit ihrem führenden Management ein Abkommen getroffen hatten, mit dem ihnen auch in schlechten Zeiten ein fetter Bonus gesichert wurde. Das
hat Teile der Automobilarbeitergewerkschaft bestärkt, den Kampf gegen Konzessionen an die Kapitalisten weiter zu führen. Schon Anfang Januar, als die Gewerkschaftsführung damit begonnen hatte, mit den Kapitalisten Lohnkürzungsverträge zu vereinbaren, hatten sich auf örtlicher und betrieblicher Ebene Einheiten gegen die Konzessionen (Locals Opposed to Concessions – LOC) gebildet, die es immerhin erreicht haben, daß bis jetzt 30% aller UAW-Mitglieder, das sind 1,2 Millionen, gegen derartige Verträge gestimmt haben. Von dem hohen Ergebnis waren sie selber überrascht. Und sie hoffen, daß sie noch mehr werden, denn die GM-Kapitalisten wollen weitere 3 Mrd. $ sparen. Im Juni beginnen die Verhandlungen über die Arbeitsbestimmungen, die mit den 147 Niederlassungen von GM örtlich vereinbart werden müssen. Abgesehen haben sie es insbesondere auf die Pausenzeiten, die Eingruppierung und die Maschinenbesetzung. Die bezahlte Pausenzeit beträgt jetzt 46 Minuten täglich, dort soll gekürzt werden. Die Eingruppierung oder Klassifizierung verhindert bisher, daß Arbeiter andere Arbeiten machen mußten als die, für die sie eingestellt wurden, und die Maschinenbesetzung hat eine ständige Verschärfung der Arbeitshetze einschränken können. Der Kampf ist also noch nicht zu Ende, und der Gewerkschaft steht sicherlich eine heiße Debatte auf ihrem Gewerkschaftstag im Mai 1983 ins Haus, wenn diese Verträge schon über ein Jahr alt sind.

Die Rechte der Arbeiter in Frankreich

cof. Nachdem wir in der KVZ von vergangener Woche einen Überblick über die drei verschiedenen Formen betrieblicher Interessenvertretung in Frankreich gegeben und einige Überlegungen über das Verhältnis der Richtungsgewerkschaften zur ,,neuen Mehrheit'' angestellt haben, gehen wir hier auf den Plan des Arbeitsministers in seinen Grundzügen ein.

Das Komitee hat das Verdienst zu existieren'' – so umschreibt eine französische Untersuchung die relative Bedeutungslosigkeit der Betriebskomitees 30 Jahre nach ihrer gesetzlichen Verankerung. Daß die Komitees auf so wenige Erfolge blicken können, liegt in erster Linie an ihrer Rechtlosigkeit, daneben aber auch an der Trennung ihrer Aufgaben von denen der Personaldelegierten. Diesen wird, wie auch den Gewerkschaftsdelegierten, das Recht zugestanden, Forderungen, Beschwerden und Ansprüche geltend zu machen, während das Betriebskomitee, jedenfalls nach dem Buchstaben des Gesetzes, ausschließlich ein Organ der Konsultation und der Kooperation sein soll. Deutlich wird das schon darin, daß hier der Arbeitgeber den Vorsitz führt.

Die Reformvorschläge des Arbeitsministers, die dieser Tage in die Beratung gehen, bauen gleichwohl auf den drei unterschiedlichen Vertretungsorganen auf. Bevor wir auf die neuen Rechte eingehen, hier noch einige Punkte, in denen sich die französischen Komitees bislang von deutschen Betriebsräten unterscheiden: In kleinen wie in größeren Betrieben ist das Komitee (mit 11 Mitgliedern ab 10000 Beschäftigten) zahlenmäßig kleiner als der Betreibsrat (3 – 31 Mitglieder). In der BRD werden nur zwei Wahlkollegien gebildet (bzw. nach Abstimmung gemeinsam gewählt), in Frankreich dagegen bis zu vier. Komitees werden nur auf der Ebene von Betrieben und Unternehmen gebildet, nicht aber auf höherer Ebene der Gruppe oder des Konzerns. In Fragen der Betriebsordnung, der Verteilung der Arbeitszeit und der Pausen, der Urlaubspläne, des Vorschlagswesens usw. braucht das Komitee nur gehört zu werden; der Betriebsrat kann mitbestimmen (und notfalls die Einigungsstelle anrufen). Bei personellen Fragen wie Entlohnungsgrundsätzen und -methoden, Festsetzung von Akkord- und Prämiensätzen, Einführung neuer Arbeitsmethoden und Stillegung von Betrieben verfügt das Komitee bestenfalls über ein Informationsrecht, während der Betriebsrat auch hier mitbestimmt. Dennoch findet man in diesem Bereich auch in Frankreich Betriebsvereinbarungen, die innerhalb des Komitees abgeschlossen werden (manchmal versucht die Direktion auf diese Weise, die Gewerkschaften zu umgehen). Lohnstruktur und Lohnsätze sind ansonsten Gegenstand von Verhandlungen mit Personal- und Gewerkschaftsdelegierten.

Zu Einzelentlassungen hat das Ko-



gegen bis zu vier. Komitees werden nur auf der Ebene von Betrieben und Unternehmen gebildet, nicht aber auf höherer Ebene der Gruppe oder des Konzerns. In Fragen der Betriebsordnung, der Verteilung der Arbeitszeit und der Pausen, der Urlaubspläne, des Vorschlagswesens usw. braucht das Komitee nur gehört zu werden; der Betriebsrat kann mitbestimmen (und notfalls die Einigungsstelle anrufen). Bei personellen Fragen wie Entlohnungsgrundsätzen und -methoden, Festsetzung von Akkord- und Prämiensätzen, Einführung neuer Arbeitsmethoden und Stillegung von Betrieben verfügt das Komitee bestenfalls über ein Informationsrecht, während der Betriebsrat auch hier mitbestimmt. Dennoch findet man in diesem Bereich auch in Frankreich Betriebsvereinbarungen, die innerhalb des Komitees abgeschlossen werden (manchmal versucht die Direktion auf diese Weise, die Gewerkschaften zu umgehen). Lohnstruktur und Lohnsätze sind ansonsten Gegenstand von Verhandlungen mit Personal- und Gewerkschaftsdelegierten.

Zu Einzelentlassungen hat das Ko-



Streik bei Citroen-Aulnay. Am 22./23. April legte zum ersten Mal in der Geschichte dieser seit 1974 bestehenden Niederlassung die übergroße Mehrheit der 5500 Beschäftigten (davon 3800 Ausländer) die Arbeit nieder, um gegen das diktatorische Regime der Citroen-Direktion zu protestieren.

mitee gar nichts zu sagen – der Betriebsrat allerdings auch nicht viel. Bei Massenentlassungen muß immerhin der Arbeitsinspekteur die Stellungnahme des Komitees für die Genehmigungsbehörde einholen. Eine Einigungs- oder Schlichtungsinstanz gibt es in Frankreich nicht.

Laut Gesetz muß das Komitee ausführlicher als der Betriebsrat über wirtschaftliche Lage, Geschäftsgang und Gewinne informiert werden – es darf gar Vorschläge für deren Verwendung machen. In der Praxis jedoch scheinen die hiesigen Kapitalisten noch eher ihre Informationspflicht zu erfüllen als französische. Schließlich existiert in rund einem Viertel der gesetzlich verpflichteten Betriebe kein Komitee, obwohl die Schranke mit 50 Beschäftigten höher ist als nach dem Betr.V.G.

Der Arbeitgeber muß zwar die Gewerkschaften auffordern, Kandidaten aufzustellen – ist die Belegschaft aber, wie in kleineren Betrieben oft der Fall, nicht organisiert, entfällt diese Pflicht.

,,Kollektivität der Arbeit''

Grundlage des Berichts des Arbeitsministers, in dem viel von *Wieder*herstellung und Erneuerung die Rede ist, sind zunächst die Erfahrungen mit der mangelhaften Umsetzung und Nutzung bestehender Vorschriften oder Möglichkeiten. Insbesondere die Krise sei immer wieder als Vorwand genommen worden, um die Rechte der Arbeiter einzuschränken. Ein wesentliches Problem, auf das der Bericht sowie die im Januar bereits auf dem Verordnungsweg in Kraft getretenen Regelungen eine Antwort zu finden versuchen, ist die Spaltung der Gesellschaft in jene, die (noch) einen festen Arbeitsplatz haben, und die wachsende Zahl derer, die arbeitslos sind bzw. durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt gezwungen sind, irgendeine Form von Teilzeit- oder befristeter Arbeit anzunehmen. Man schätzt, daß ca. 10% der Erwerbsbevölkerung inzwischen solche Zeitverträge haben.

Diese sollen nun nicht ganz verboten werden, denn die Unternehmen bräuchten eine gewisse Flexibilität in der Arbeitskräftebeschaffung; die Bedingungen werden aber eingegrenzt und Leiharbeit teurer für den Nutznießer: Zeitarbeit darf nur dann angewandt werden, wenn ein Beschäftigter vorübergehend mindestens für 6 Monate ausfällt; eine Sondergenehmigung ist erforderlich, wenn im Jahr zuvor

keiten. Insbesondere die Krise sei immer wieder als Vorwand genommen worden, um die Rechte der Arbeiter einzuschränken. Ein wesentliches Problem, auf das der Bericht sowie die im Januar bereits auf dem Verordnungsweg in Kraft getretenen Regelungen eine Antwort zu finden versuchen, ist die Spaltung der Gesellschaft in jene, die (noch) einen festen Arbeitsplatz haben, und die wachsende Zahl derer, die arbeitslos sind bzw. durch die Situation auf dem Arbeitsmarkt gezwungen sind, irgendeine Form von Teilzeit- oder befristeter Arbeit anzunehmen. Man schätzt, daß ca. 10% der Erwerbsbevölkerung inzwischen solche Zeitverträge haben.

Diese sollen nun nicht ganz verboten werden, denn die Unternehmen bräuchten eine gewisse Flexibilität in der Arbeitskräftebeschaffung; die Bedingungen werden aber eingegrenzt und Leiharbeit teurer für den Nutznießer: Zeitarbeit darf nur dann angewandt werden, wenn ein Beschäftigter vorübergehend mindestens für 6 Monate ausfällt; eine Sondergenehmigung ist erforderlich, wenn im Jahr zuvor

Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen stattgefunden haben; der gleiche Arbeitsplatz darf nicht mehrmals durch eine Zeitarbeitskraft besetzt werden; die Vertragsdauer muß im vorhinein schriftlich festgehalten werden. Die Strafen bei Verstößen werden erhöht. Die Entlohnung darf nicht unter der anderer Arbeiter mit gleicher Qualifikation liegen. Alle Zuschläge, Prämien usw. sind ebenfalls zu zahlen; Leih- oder Zeitarbeiter müssen Zugang zu allen sozialen Einrichtungen haben. Sie haben Anspruch auf Urlaub und die Bezahlung von Feiertagen. Will das Unternehmen den Leiharbeiter länger beschäftigen, muß es einen unbefristeten Vertrag abschließen.

Bei der Berechnung der Zahl der Personaldelegierten und der Betriebskomiteemitglieder werden die durchschnittlich auf Zeit Beschäftigten mitgezählt. Die Gewerkschaften können im Sinne des Leiharbeiter tätig werden, das Betriebskomitee darf sämtliche Verträge einsehen. Bei den Leihfirmen verkürzen sich die Zeiten für Wahlrecht und Wählbarkeit zum Komitee. Der Bericht sieht darüberhinaus bestimmte Regeln für die Vertretung von Montage- und ähnlichen externen Arbeitern am Einsatzort vor, um der Tendenz der Aufsplitterung und Auslagerung bestimmter Produktionsstufen, womit bislang automatisch eine Entrechtung verbunden war, entgegenzuwirken.

Stärkere Nutzung und Erweiterung von Rechten

Der Bericht vermutet die Ursache dafür, daß es vor allem in vielen kleineren Betrieben keine Vertretungsorgane gibt, in den Problemen, die dem Unternehmen einmal durch die Entlastungsstunden, zum anderen durch den besonderen Kündigungsschutz einer ganzen Reihe Beschäftigter entstehen; in einem Betrieb, der zwischen 76 und 100 Leute beschäftigt, kann das z.B. einschließlich der für jeden Vertreter zu wählenden Ersatzleute 21 Arbeiter oder Angestellte betreffen. Der Arbeitsminister schlägt deswegen vor, daß mit Zustimmung der Gewerkschaften die Funktionen der Personaldelegierten und des Komitees in einer einheitlichen Institution zusammengeführt werden können. Folgende Maßnahmen sollen die volle Durchsetzung der Personalvertretungen erleichtern: Der Arbeitgeber muß *jährlich* zur Einreichung von Listen auffordern; die Kandidaten sollen bereits einen Kündi-

automatisch eine Entrechtung verbunden war, entgegenzuwirken.

Stärkere Nutzung und Erweiterung von Rechten

Der Bericht vermutet die Ursache dafür, daß es vor allem in vielen kleineren Betrieben keine Vertretungsorgane gibt, in den Problemen, die dem Unternehmen einmal durch die Entlastungsstunden, zum anderen durch den besonderen Kündigungsschutz einer ganzen Reihe Beschäftigter entstehen; in einem Betrieb, der zwischen 76 und 100 Leute beschäftigt, kann das z.B. einschließlich der für jeden Vertreter zu wählenden Ersatzleute 21 Arbeiter oder Angestellte betreffen. Der Arbeitsminister schlägt deswegen vor, daß mit Zustimmung der Gewerkschaften die Funktionen der Personaldelegierten und des Komitees in einer einheitlichen Institution zusammengeführt werden können. Folgende Maßnahmen sollen die volle Durchsetzung der Personalvertretungen erleichtern: Der Arbeitgeber muß *jährlich* zur Einreichung von Listen auffordern; die Kandidaten sollen bereits einen Kündi-

gungsschutz erhalten; für Kleinstbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten sollen per kollektivem Branchenvertrag neue Formen der Vertretung, möglicherweise durch Zusammenfassung auf lokaler Ebene, vereinbart werden. Mittels Kollektivvertrag können auch in Betrieben mit weniger als 50 Arbeitern Betriebskomitees gebildet werden.

Umgekehrt soll die Anzahl der Delegierten in Großbetrieben erhöht werden, wie auch die Zahl der Freistunden, die Fortbildung im Bereich Wirtschaft und Finanzen sowie die Möglichkeit für Komitee und Delegierte, sich auf Kosten des Betriebs in diesen Angelegenheiten von Experten beraten zu lassen, erweitert werden. Weitere Neuerungen sollen insbesondere den Komitees nicht nur ein Informationsrecht, sondern auch eine Kontrollfunktion sichern: Erstmals sollen auch auf Konzernebene Komitees errichtet werden, in Betrieben mit über 1000 Beschäftigten soll ein höchstens 5köpfiger Wirtschaftsausschuß die Sitzungen vorbereiten. Sämtliche *Entscheidungen* verbleiben ausdrücklich in der Hand der Kapitalisten.

Den Komitees wird bewußt kein wirksames Einspruchs- oder Vetorecht eingeräumt mit der Begründung, man habe einem anderen Prozeß den Vorzug gegeben – gestützt auf die umfassendste und verständliche Information



Die Forderungen der Streikenden: ,,Beginn von Verhandlungen für 400 FF Lohnerhöhung, die Minderung der Taktzeiten, Arbeitsplatzbeschreibungen und gerechte Einstufung, Achtung der Menschenwürde. Wir treten hiermit für freie Wahlen ein.''



Die Forderungen der Streikenden: ,,Beginn von Verhandlungen für 400 FF Lohnerhöhung, die Minderung der Taktzeiten, Arbeitsplatzbeschreibungen und gerechte Einstufung, Achtung der Menschenwürde. Wir treten hiermit für freie Wahlen ein.''

über den Geschäftsgang soll das Komitee einmal Gegenvorschläge erarbeiten können, vor allem aber Alarm schlagen, falls Zahlungsrückstände, Nichtzahlungen der Versicherungen oder Steuern, Verluste usw. Grund zur Besorgnis geben. Äußert sich der Betriebsleiter nicht in befriedigender Weise auf eine so begründete Anfrage, kann sich das Komitee an Aufsichtsrat oder Vorstand wenden, die auf ihrer nächsten Sitzung spätestens in 2 Monaten darüber beraten und Auskunft erteilen müssen. Dreimal im Jahr ist das Komitee über Personalstand und Soziales zu unterrichten. Alle Mitteilungen und Kenntnisse sind allerdings vertraulich zu behandeln.

Gesetzlich geregelt werden sollen

über den Geschäftsgang soll das Komitee einmal Gegenvorschläge erarbeiten können, vor allem aber Alarm schlagen, falls Zahlungsrückstände, Nichtzahlungen der Versicherungen oder Steuern, Verluste usw. Grund zur Besorgnis geben. Äußert sich der Betriebsleiter nicht in befriedigender Weise auf eine so begründete Anfrage, kann sich das Komitee an Aufsichtsrat oder Vorstand wenden, die auf ihrer nächsten Sitzung spätestens in 2 Monaten darüber beraten und Auskunft erteilen müssen. Dreimal im Jahr ist das Komitee über Personalstand und Soziales zu unterrichten. Alle Mitteilungen und Kenntnisse sind allerdings vertraulich zu behandeln.

Gesetzlich geregelt werden sollen

aber nicht nur die Vertretungs-, sondern auch die *individuellen* Rechte der Arbeiter auf Meinungsäußerung und -austausch im Betrieb. Versammlungen auf Abteilungs- oder Gruppenebene sollen durch ein Rahmengesetz garantiert werden, in dem das Recht, während der Arbeitszeit am Arbeitsplatz kollektiv über Inhalt und Bedingungen der Arbeit zu beraten, prinzipiell verankert wird, und wonach in Betrieben mit mehr als 300 Beschäftigten über die konkrete Ausgestaltung dieser Versammlung verhandelt werden muß.

Jährliche Verhandlungen

Obwohl den Franzosen seit 1950 das Recht zusteht, Kollektivverträge abzuschließen, findet man heute mehrere Millionen, deren Lohn- und Arbeitsbedingungen außer durch die gesetzlichen Minimalbedingungen nur durch den einzelnen Arbeitsvertrag, nicht aber per Tarifvertrag definiert sind. Das ist vor allem im Dienstleistungsbereich der Fall. Dieser Zustand, der für die Betroffenen bedeutet, in erheblichem Maß der Willkür der Kapitalisten ausgesetzt zu sein, soll innerhalb der nächsten zwei Jahre behoben werden. Dann soll jeder Arbeitsplatz der abhängig Beschäftigten von einem Kollektivvertrag abgedeckt und auch das Chaos von vielerlei unterschiedlichen Regelungen auf Branchen-, regionaler oder auch nationaler Ebene, die teils, weil von einzelnen Gewerkschaften nicht unterschrieben, nicht mal Anwendung finden, behoben sein.

Die Aufsicht darüber führt die neue ,,Nationale Kommission für Kollektivverhandlungen''. Die Personalvertretungen müssen über alle gültigen Verträge unterrichtet werden; Verstöße sollen strafbar sein. Das Arbeitsministerium wird im Fall der Nichteinigung ,,qualifizierte Vermittler'' benennen. Neu ist weiter die zukünftige Pflicht, daß in allen Betrieben mindestens einmal im Jahr zwischen Direktion und den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften auf der Grundlage der gültigen Kollektivverträge über Löhne und Arbeitszeit verhandelt werden muß.

Ein ,,echter Bruch''?

Der um überschwengliche Formulierungen nicht verlegene Arbeitsminister Auroux geht davon aus, daß durch die hier skizzierten Veränderungen ,,eine tiefgreifende und dauerhafte Wandlung der Beziehungen im Bereich der Arbeit ins Werk gesetzt und ein wirklicher Bruch mit dem derzeit existierenden System erreicht wird''. Nun gut, das wird man sehen. Es hängt, wie auch die CGT kommentiert, vor allem davon ab, ob die Arbeiter in den Betrieben von den neuen Rechten Gebrauch machen – trotz der prekären Beschäftigungslage.

Immerhin zeigt das Beispiel Citroën (Aulnay, nahe Paris), daß allein schon der Wahlsieg der Linken vom letzten Jahr viele Arbeiter bewogen hat, von dem ständischen Arbeiterverein (CSL) zur CGT oder CFDT überzuwechseln und Einfluß auf die betrieblichen Wahlen zu verlangen, die in der Vergangenheit in geradezu diktatorischer Weise von der Firmenleitung kontrolliert wurden. Wer eine der beiden linken Gewerkschaften wählte, sah sich allen möglichen Benachteiligungen

das wird man sehen. Es hängt, wie auch die CGT kommentiert, vor allem davon ab, ob die Arbeiter in den Betrieben von den neuen Rechten Gebrauch machen – trotz der prekären Beschäftigungslage.

Immerhin zeigt das Beispiel Citroën (Aulnay, nahe Paris), daß allein schon der Wahlsieg der Linken vom letzten Jahr viele Arbeiter bewogen hat, von dem ständischen Arbeiterverein (CSL) zur CGT oder CFDT überzuwechseln und Einfluß auf die betrieblichen Wahlen zu verlangen, die in der Vergangenheit in geradezu diktatorischer Weise von der Firmenleitung kontrolliert wurden. Wer eine der beiden linken Gewerkschaften wählte, sah sich allen möglichen Benachteiligungen

ausgesetzt, von der Abmahnung bis zum häufigen Wechsel der Schicht und des Platzes am Band, ja bis hin zu körperlichen Angriffen durch den bewaffneten Werkschutz. Um so bemerkenswerter ist deshalb der von den Facharbeitern seit dem 22. April geführte Streik, der erste bei Citroën seit 1968.

Dieser Kampf läßt, wie auch der volle Erfolg des Streiks bei Renault-Flins, hoffen, daß sich die ,,neue Mehrheit'' bald mehr als bisher auf eine Bewegung stützen kann und von einer solchen abhängiger wird. Auch die jüngsten Stellungnahmen der CGT zu den Projekten aus dem Arbeitsministerium kann man so verstehen. Ein Mitglied des Sekretariats der Gewerkschaft spricht von einem ,,Fortschritt im guten Sinne'', wenngleich das Schwergewicht auf Verhandlungen zu legen nicht ausreiche, die gewerkschaftliche Kraft zu entfalten. Die Gewerkschaften müßten weiter frei in ihren Handlungen bleiben, um das Kräfteverhältnis wirksam zu beeinflussen; ihren erweiterten Rechten in kleineren Betrieben sollten sich entsprechende materielle Vorteile wie Freistunden und Räume hinzugesellen. Die wirtschaftlichen Rechte der Komitees sollten weitergehen, ebenso das Recht zu politischen Stellungnahmen, wobei die Möglichkeit des Komitees, Politiker einzuladen, als Schritt in die richtige Richtung gewertet wird. Als ,,Schule der Demokratie'' seien die gesetzlichen Einrichtungen zu nutzen, wenn es die Gewerkschaften verstünden, sie mit Leben zu füllen und dann zu erweitern.

Die Jugendarbeitslosigkeit schreitet voran. Die Berufsausbildung verschlechtert sich im Zuge dieser Entwicklung immer mehr. Die IG Metall hat jetzt ein Sofortprogramm zur Beseitigung des Ausbildungsplatzmangels vorgelegt. Im Gegensatz zu vielen bisherigen Reden, Resolutionen und Entschließungen enthält es konkrete Vorstellungen für Kampfmöglichkeiten und -formen. Das ist ein Fortschritt. Nur besteht die Gefahr, daß die Perspektiven und Ziele im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine Änderung der Lage im Berufsbildungswesen den ,,Sachzwängen" untergeordnet werden. Dies ist auch in dem So-

Sofortprogramm der IG Metall zur Beseitigung des Ausbildungsstellenmangels

Die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt des Jahres 1982 hat sich dramatisch zugespitzt. Eine wachsende Zahl von Jugendlichen hat kaum die Chance, eine Berufsausbildung zu erhalten. Sozial ohnehin benachteiligte Gruppen von Jugendlichen werden unmittelbar nach Verlassen der Schulen der Erfahrung der Arbeitslosigkeit ausgesetzt.

1981 blieben 225000 Jugendliche ,,unversorgt", d.h. ohne eine volle berufliche Ausbildung. Wenn nichts geschieht, wird diese Zahl nach Berechnungen der IG Metall 1982 auf 332000 ansteigen. Offensichtlich ist, daß diese Jugendlichen das Opfer einer verfehlten Berufsbildungspolitik sind. Offensichtlich ist weiter, daß angesichts dieser Situation eine Politik, die sich auf Appelle an die Unternehmer und ihre Verbände beschränkt, mehr Ausbildungsplätze anzubieten, zum Scheitern verurteilt ist.

Die jetzige Situation ist das Ergebnis einer Politik, die in den vergangenen Jahren – ungeachtet gewerkschaftlicher Forderungen – das Angebots- und Auswahlmonopol der Unternehmer in der betrieblichen Berufsausbildung unabgetastet ließ.

Sie ist auch das Ergebnis des Verzichts staatlicher Institutionen auf eine umfassende Reform der beruflichen Bildung.

Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsförderungsgesetzes hat sich der Staat seiner Verantwortung zur Steuerung und Gestaltung der beruflichen Bildung – insbesondere durch die Neuregelung der Finanzierung – unter Mißachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 1980 entzogen.

Vor diesem Hintergrund wird die Richtigkeit gewerkschaftlicher Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung bestätigt. In dieser Situation ist es notwendiger denn je, die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall zur Reform der beruflichen Bildung zu verwirklichen und

☐ die einzelbetriebliche Finanzierung

zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz ausdrücklich festgestellt:

,,Wenn der Staat in Anerkennung dieser Aufgabenteilung den Arbeitgebern die praxisbezogene Berufsausbildung der Jugendlichen überläßt, so muß er erwarten, daß die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. *Das gilt auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben nicht mehr ausreichen sollte.*"

Der Staat ist damit nicht nur berechtigt, sondern in der jetzigen Situation auch verpflichtet, diesem Recht Geltung zu verschaffen.

Deshalb ist zur Sicherstellung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen die Einführung einer Ausbildungspflicht der Betriebe eine notwendige Mindestvoraussetzung.

Hierfür sind gesetzliche Regelungen erforderlich, die vorsehen, daß Unternehmen grundsätzlich – ggf. nach Branchen und Umsatz unterschieden – eine bestimmte Ausbildungsquote zu erfüllen haben. Soweit sie tatsächlich gehindert oder nicht in der Lage sind, diese Anforderungen an eine qualifizierte Berufsausbildung zu erfüllen, können Dritte gegen Entgelt mit der Erfüllung dieser Verpflichtung

● Gezielte Förderung vernichteter oder von Vernichtung bedrohter Ausbildungskapazitäten

Ein solches gezieltes Sofortprogramm, auf das die jetzt unabgestimmten ziellos und ohne Qualitätsauflagen vergebenen öffentlichen Mittel zu konzentrieren wären, ist mit Blick auf die prognostizierte Entwicklung, die Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach und dem Angebot von Ausbildungsplätzen, zeitlich zu befristen.

1. Ausbildungspflicht der Betriebe

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 10. Dezember 1980

statistischen Grundlagen dringend verbessert werden. Dies ist auch erforderlich, um die Grauzonen zwischen besetzten und tatsächlich vorhandenen Ausbildungsplätzen endlich aufzuhellen. Ein Zugriffsrecht auf das Datenmaterial der Kammern muß sichergestellt werden.

Darüberhinaus ist ein Gesamtüberblick über die betrieblichen Ausbildungskapazitäten, die auch qualitative Gesichtspunkte berücksichtigen, erforderlich.

Zur Zeit fehlt z.B. ein Überblick über die Anzahl betrieblicher Lehrwerkstattplätze. Die Zahl der hauptamtlichen Ausbilder kann nur geschätzt oder hochgerechnet werden. Über die Material- und Sachausstattung gibt es keine Daten.

Die nach dem Berufsbildungförderungsgesetz vorgesehenen statistischen Erhebungen reichen bei weitem nicht aus, um die Ziele der Berufsbildungsplanung, wie sie im §2 Berufsbildungsförderungsgesetz festgelegt sind, auch nur annähernd zu erfüllen.

§2 Berufsbildungsförderungsgesetz schreibt als Ziele der Berufsbildungsplanung vor, daß durch sie

,,Grundlagen für eine *abgestimmte* und den *technischen, wirtschaftlichen* und *gesellschaftlichen* Anforderungen entsprechende Entwicklung der beruflichen Bildung"

zu schaffen sind. Darüberhinaus hat die Berufsbildungplanung aufgrund der Bestimmungen des §2 Berufsbildungsförderungsgesetz

,,insbesondere dazu beizutragen, daß die Ausbildungsstätten nach Art, Zahl, Größe und Standort ein *qualitatives* und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Ausbildungsplatzen gewährleisten und daß sie unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage und des *langfristig* zu erwartenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen möglichst günstig genutzt werden."

Fazit: Um diese Ziele der Berufsbildungsplanung zu verwirklichen, ist es dringend erforderlich, die Meldepflicht nach §9 Arbeitsförderungsgesetz umgehend einzuführen und diese inhaltlich so zu konkretisieren, daß Erhe-

trieblichen Ausbildungsplätzen durch eine solche Maßnahme sichergestellt werden kann.

Dies ist jedoch in einseitig strukturierten und/oder strukturschwachen Gebieten nicht der Fall. Vor allem dort muß das Angebot an betrieblichen Ausbildungsstätten gezielt durch öffentliche Einrichtungen ergänzt werden, d.h. Vollausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten und Berufsschulen.

Daß dies sowohl rechtlich als auch fachlich grundsätzlich möglich ist, wurde sowohl in den ,,Lehreersetzenden Berufsfachschulen" als auch im Berufsamt Berlin (außerbetriebliche Ausbildungsstätte) sowie im Jugendstrafvollzug und in der beruflichen Rehabilitation bewiesen.

Zur Einrichtung außerbetrieblicher Ausbildungsstätten bedarf es in der Regel keiner aufwendigen Neubauten. Es ist vielmehr möglich
– nicht genutzte Kapazitäten der Berufsschulen
– überbetriebliche Ausbildungsstätten und
– nicht genutzte betriebliche Kapazitäten

in die Lage zu versetzen, eine qualifizierte Vollausbildung durchzuführen.

Es gibt kaum einen Ort im Bundesgebiet, in dem es nicht zu Betriebsstillegungen gekommen ist. Hier bleiben vielfach Werkshallen und Maschinen ungenutzt. Sie könnten kurzfristig für außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen in anerkannten Ausbildungsberufen zur Verfügung stehen.

Arbeitslose Facharbeiter könnten sofort zu qualifizierten Ausbildern fortgebildet werden. Arbeitslose Lehrer könnten hier zusätzlichen Unterricht erteilen und vernichtete Arbeitsplätze zu Ausbildungsplätzen umgewandelt werden.

4. Gezielte Förderung vernichteter oder von Vernichtung bedrohter betrieblicher Ausbildungskapazitäten

Statt dessen sollen regional und sektoral durch öffentliche Ausschreibungsverfahren gezielt Ausbildungsplätze durch den Staat ,,angekauft" werden.

Ein solches Verfahren ließe sich ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand und die Schaffung neuer Institutionen dadurch realisieren, daß die Durchführung den örtlich zuständigen Arbeitsämtern, unter Einschaltung ihrer Selbstverwaltungsgremien, übertragen wird.

Voraussetzung für dieses Verfahren ist eine verbesserte Datenbasis und die Einführung der Meldepflicht nach §9 AFG (vgl. Punkt 2). Alle Betriebe müssen verpflichtet werden, ihr Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen für das kommende Jahr bis zum 31.12. des laufenden Jahres dem Arbeitsamt zu melden. Bis zu diesem Zeitpunkt hat das Arbeitsamt bereits einen Überblick über die Bewerber des kommenden Jahres, ihre Berufswünsche und ihren Versorgungsgrad (Bewerber, die bereits eine Einstellungszulage erhalten haben).

Aufgrund des Vergleiches der auf Berufswünschen basierenden regionalen Nachfrage mit dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen, lassen sich Defizite in einzelnen Ausbildungsberufen – auch unter Berücksichtigung der wünschenswerten Nachwuchsquote für einzelne Branchen – relativ exakt bestimmen.

Die so bestimmten Kapazitätsengpässe müßten – verbunden mit Qualitätsauflagen – regional angefordert werden. Unabdingbare Qualitätskriterien für eine solche Anforderung sind:
– pädagogisch und fachlich qualifiziertes Ausbildungspersonal;
– ein pädagogisch begründetes Zahlenverhältnis von Ausbildern zu Auszubildenden;
– Ausbildungspläne, die eine systematische berufliche Ausbildung sichern;
– eine technisch-organisatorische Ausstattung, die eine qualifizierte Ver-



sichtlich ist weiter, daß angesichts dieser Situation eine Politik, die sich auf Appelle an die Unternehmer und ihre Verbände beschränkt, mehr Ausbildungsplätze anzubieten, zum Scheitern verurteilt ist.

Die jetzige Situation ist das Ergebnis einer Politik, die in den vergangenen Jahren – ungeachtet gewerkschaftlicher Forderungen – das Angebots- und Auswahlmonopol der Unternehmer in der betrieblichen Berufsausbildung unabgetastet ließ.

Sie ist auch das Ergebnis des Verzichts staatlicher Institutionen auf eine umfassende Reform der beruflichen Bildung.

Mit der Verabschiedung des Berufsbildungsförderungsgesetzes hat sich der Staat seiner Verantwortung zur Steuerung und Gestaltung der beruflichen Bildung – insbesondere durch die Neuregelung der Finanzierung – unter Mißachtung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Dezember 1980 entzogen.

Vor diesem Hintergrund wird die Richtigkeit gewerkschaftlicher Forderungen zur Reform der beruflichen Bildung bestätigt. In dieser Situation ist es notwendiger denn je, die Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der IG Metall zur Reform der beruflichen Bildung zu verwirklichen und

☐ die einzelbetriebliche Finanzierung
durch einen zentralen Fonds mit Selbstverwaltung abzulösen;

☐ die Mitbestimmung der Gewerkschaften in allen Gremien zur Planung, Inhaltsbestimmung und Durchführung der Berufsbildung gesetzlich festzuschreiben;

☐ den Unternehmerkammern ihre Funktion in der beruflichen Bildung zu entziehen;

☐ die öffentliche Verantwortung für die Berufsbildung sicherzustellen; und

☐ die Berufsbildung an den Interessen abhängig Beschäftigter auszurichten.

Die IG Metall ist nicht bereit, Berufs- und Zukunftschancen einer Generation von Jugendlichen dem taktischen Kalkül der jeweiligen konjunkturellen Entwicklung, regionalen und strukturellen Bedingungen, kurzfristigen unternehmerischen Entscheidungen und taktischen Erwägungen bedrängter Bildungspolitiker unterzuordnen.

Die IG Metall fordet deshalb Bund, Länder und Kommunen auf, zur kurzfristigen Verbesserung der Situation der Schulabgänger vor allem des Jahres 1982, das folgende Sofortprogramm umgehend zu verwirklichen:

● Ausbildungspflicht der Betriebe

● Verbesserung der Datenbasis und Einführung der Meldepflicht für Ausbildungsplätze als Voraussetzung einer qualitativen Berufsbildungsplanung

● Erweiterung der Ausbildungskapazitäten durch Vollausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten und Berufsschulen

zum Ausbildungsplatzförderungsgesetz ausdrücklich festgestellt:

,,Wenn der Staat in Anerkennung dieser Aufgabenteilung den Arbeitgebern die praxisbezogene Berufsausbildung der Jugendlichen überläßt, so muß er erwarten, daß die gesellschaftliche Gruppe der Arbeitgeber diese Aufgabe nach Maßgabe ihrer objektiven Möglichkeiten und damit so erfüllt, daß grundsätzlich alle ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance erhalten, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. *Das gilt auch dann, wenn das freie Spiel der Kräfte zur Erfüllung der übernommenen Aufgaben nicht mehr ausreichen sollte.*"

Der Staat ist damit nicht nur berechtigt, sondern in der jetzigen Situation auch verpflichtet, diesem Recht Geltung zu verschaffen.

Deshalb ist zur Sicherstellung eines ausreichenden und auswahlfähigen Angebots an Ausbildungsplätzen die Einführung einer Ausbildungspflicht der Betriebe eine notwendige Mindestvoraussetzung.

Hierfür sind gesetzliche Regelungen erforderlich, die vorsehen, daß Unternehmen grundsätzlich – ggf. nach Branchen und Umsatz unterschieden – eine bestimmte Ausbildungsquote zu erfüllen haben. Soweit sie tatsächlich gehindert oder nicht in der Lage sind, diese Anforderungen an eine qualifizierte Berufsausbildung zu erfüllen, können Dritte gegen Entgelt mit der Erfüllung dieser Verpflichtung
ganz oder teilweise beauftragt werden (Ausbildungsverbund). Falls dies nicht erfolgt, ist eine Ausgleichsabgabe für nicht besetzte Ausbildungsplätze zu zahlen. Die Mittel aus dieser Ausgleichsabgabe sind zweckgebunden für die Durchführung der Ausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten zu verwenden.

Da das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zur Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz eine solche Ausbildungsabgabe ausdrücklich ,,als mit der Verfassung vereinbar" erklärt hat, muß die Bundesregierung bei der Erfüllung des ihr vom Deutschen Bundestag erteilten Auftrags – bis Sommer 1982 Vorschläge zur dauerhaften Sicherung des Ausbildungsplatzangebots vorzulegen – diese Überlegungen mit einzubeziehen.

2. Verbesserung der Datenbasis und Einführung der Meldepflicht für Ausbildungsplätze als Voraussetzung einer qualitativen Berufsbildungsplanung

Die planlose und auflagenfreie Subventionierung betrieblicher Ausbildungskapazitäten muß gestoppt und die Förderung aus öffentlichen Mitteln gezielt nach regionalen und qualitativen Kriterien geplant werden.

Um zielgerichtete staatliche Eingriffe im Rahmen der Berufsbildungsplanung (§2 Berufsbildungsförderungsgesetz) in das Angebotsmonopol der Unternehmer zu ermöglichen, müssen die

schreibt als Ziele der Berufsbildungsplanung vor, daß durch sie

,,Grundlagen für eine *abgestimmte* und den *technischen, wirtschaftlichen* und *gesellschaftlichen* Anforderungen entsprechende Entwicklung der beruflichen Bildung"

zu schaffen sind. Darüberhinaus hat die Berufsbildungplanung aufgrund der Bestimmungen des §2 Berufsbildungsförderungsgesetz

,,insbesondere dazu beizutragen, daß die Ausbildungsstätten nach Art, Zahl, Größe und Standort ein *qualitatives* und quantitativ ausreichendes Angebot an beruflichen Ausbildungsplatzen gewährleisten und daß sie unter Berücksichtigung der voraussehbaren Nachfrage und des *langfristig* zu erwartenden Bedarfs an Ausbildungsplätzen möglichst günstig genutzt werden."

Fazit: Um diese Ziele der Berufsbildungsplanung zu verwirklichen, ist es dringend erforderlich, die Meldepflicht nach §9 Arbeitsförderungsgesetz umgehend einzuführen und diese inhaltlich so zu konkretisieren, daß Erhe-

und
– nicht genutzte betriebliche Kapazitäten

in die Lage zu versetzen, eine qualifizierte Vollausbildung durchzuführen.

Es gibt kaum einen Ort im Bundesgebiet, in dem es nicht zu Betriebsstillegungen gekommen ist. Hier bleiben vielfach Werkshallen und Maschinen ungenutzt. Sie könnten kurzfristig für außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen in anerkannten Ausbildungsberufen zur Verfügung stehen.

Arbeitslose Facharbeiter könnten sofort zu qualifizierten Ausbildern fortgebildet werden. Arbeitslose Lehrer könnten hier zusätzlichen Unterricht erteilen und vernichtete Arbeitsplätze zu Ausbildungsplätzen umgewandelt werden.

4. Gezielte Förderung vernichteter oder von Vernichtung bedrohter betrieblicher Ausbildungskapazitäten

lage erhalten haben).

Aufgrund des Vergleiches der auf Berufswünschen basierenden regionalen Nachfrage mit dem Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen, lassen sich Defizite in einzelnen Ausbildungsberufen – auch unter Berücksichtigung der wünschenswerten Nachwuchsquote für einzelne Branchen – relativ exakt bestimmen.

Die so bestimmten Kapazitätsengpässe müßten – verbunden mit Qualitätsauflagen – regional angefordert werden. Unabdingbare Qualitätskriterien für eine solche Anforderung sind:
– pädagogisch und fachlich qualifiziertes Ausbildungspersonal;
– ein pädagogisch begründetes Zahlenverhältnis von Ausbildern zu Auszubildenden;
– Ausbildungspläne, die eine systematische berufliche Ausbildung sichern;
– eine technisch-organisatorische Ausstattung, die eine qualifizierte Ver-



Aktion der ,,ALI", Arbeitsloseninitiative, in Frankfurt: Solidaritätskundgebung vor dem DEMAG-Betriebstor

bungen nach qualitativen Kriterien erfolgen (z.B. sind Lehrwerkstätten, hauptamtliche Ausbilder vorhanden, wie ist die maschinelle Ausstattung usw.)

3. Erweiterung von Ausbildungskapazitäten durch Vollausbildung in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten und Berufsschulen

Eine Ausbildungspflicht der Betriebe kann nur dort zur Verbesserung der Ausbildungssituation der Jugendlichen führen, wo Betriebe in ausreichender Zahl vorhanden sind und die Wirtschaftsstruktur so ausgeglichen ist, daß ein auswahlfähiges Angebot an be-

Ergänzend zu der Forderung, eine Ausbildungspflicht der Unternehmer gesetzlich zu verankern, Grundlagen für die Berufsbildungsplanung zu entwickeln und außerbetriebliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen, ist es deshalb erforderlich, Maßnahmen einzuleiten, die die weitere Vernichtung von betrieblichen Ausbildungsplätzen verhindern und bereits ,vernichtete' Ausbildungskapazitäten ihrer ursprünglichen Funktion wieder zuführen. Hierzu bedarf es gezielter finanzieller Hilfen.

Zur Lösung dieses Problems schlägt die IG Metall vor, die bisher übliche Subventionspraxis – bereits begründete zusätzliche Ausbildungsplätze nachträglich zu finanzieren – einzustellen.

mittlung aller Kenntnis- und Fertigkeitsbereiche des Ausbildungsberufes gestatten.

Im Rahmen einer solchen Anforderung können alle Betriebe einer Region – unter Angabe der Kosten und bei Nachweis der Erfüllung der Qualitätskriterien – sich bewerben, ohne zu wissen, ob sie anschließend berücksichtigt werden.

Es sollte der Betrieb berücksichtigt werden, der bei Erfüllung der in der Ausschreibung genannten Qualitätskriterien das kostengünstigste Angebot macht. Der Betrieb ist zu verpflichten, mit dem ihm vom Arbeitsamt zugewiesenen Jugendlichen ein Ausbildungsverhältnis mit allen Rechten und Pflichten zu begründen.

fortprogramm angelegt. Nur durch großen Krach gegen Kapital und Regierung aber was zu machen. Daran muß allerdings auch die Linke mitarbeiten. Und das tut sie bislang in diesen Fragen viel zu wenig. In Sachen Bildungswesen und Berufsausbildung herrscht Abstinenz. Vielleicht läßt sich daran in der Auseinandersetzung mit den IGM-Vorschlägen was ändern.


Stingl bekommt Druck von Arbeitslosen.

Durch Abstriche machen wird man keineswegs mehr politische Durchsetzungskraft bekommen

Die Stärken des Sofortprogramms liegen im Erkennen der richtigen Kampfebenen

Von Michael Ackermann

Die Verharmloser der Jugendarbeitslosigkeit, des Berufsbildungsnotstandes und die Verteidiger des „Dual-Systems" rutschen jetzt auf dem Glatteis – denn die Zahlenbilanzen zeigen nur noch Keller an. Die Zwischenbilanz der Bundesanstalt für Arbeit spricht eindeutige Worte. Mittlerweile stehen 100 Ausbildungsplätzen ca. 190 suchende Jugendliche gegenüber. Bis Ende März wurden 11% weniger Ausbildungsplätze gemeldet, aber die Zahl der Bewerber erhöhte sich gleichzeitig um 14%.

Man kann da noch mehr Zahlen präsentieren, die aber alle nur das Bild abrunden – in diesem Sommer wird sich die Lage katastrophal zuspitzen, nach dem jetzigen Stand wird das Angebot die Nachfrage selbst in Zahlen absolut unterschreiten. Brutal wird sich dies in den Regionen, in den strukturschwachen Gebieten usw. niederschlagen.

Währenddessen laufen die zynischen Geschäfte: „Bild" und „Stern" verhökern Lehrstellen – Maurer, Fleischer, Friseusen, Bäcker usw. werden „händeringend" gesucht. Das Handwerk zieht auf seinem jüngsten Kongreß vom Leder: man werde das Ausbildungsplatzangebot noch erhöhen – vor allem in den genannten Berufen.

Das Sofortprogramm der IG Metall

Das nebenstehend dokumentierte Sofortprogramm, Ende April verabschiedet, war in seinen Ansätzen schon im Januar in Äußerungen von Vorstandsmitglied Preiss sichtbar geworden. Seine Vorschläge hatten wir in der KVZ Nr. 8/82, S. 15, vorgestellt, interpretiert und einige Anmerkungen zur Lage gemacht. Für das folgende muß man das mit berücksichtigen. Jedenfalls soll dieses Sofortprogramm jetzt wohl die Grundlage bilden für Aktionen der IG Metall-Jugend gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die langsam anlaufen. Höchste Zeit wird es ja auch.

In dem Sofortprogramm wird mit dem übergreifenden Verweis auf die Forderungen des DGB den Interessen der Kapitalisten schon weitergehend entgegengetreten, als es „Sofortforde-

dem jetzigen Stand wird das Angebot die Nachfrage selbst in Zahlen absolut unterschreiten. Brutal wird sich dies in den Regionen, in den strukturschwachen Gebieten usw. niederschlagen.

Währenddessen laufen die zynischen Geschäfte: „Bild" und „Stern" verhökern Lehrstellen – Maurer, Fleischer, Friseusen, Bäcker usw. werden „händeringend" gesucht. Das Handwerk zieht auf seinem jüngsten Kongreß vom Leder: man werde das Ausbildungsplatzangebot noch erhöhen – vor allem in den genannten Berufen.

Das Sofortprogramm der IG Metall

Das nebenstehend dokumentierte Sofortprogramm, Ende April verabschiedet, war in seinen Ansätzen schon im Januar in Äußerungen von Vorstandsmitglied Preiss sichtbar geworden. Seine Vorschläge hatten wir in der KVZ Nr. 8/82, S. 15, vorgestellt, interpretiert und einige Anmerkungen zur Lage gemacht. Für das folgende muß man das mit berücksichtigen. Jedenfalls soll dieses Sofortprogramm jetzt wohl die Grundlage bilden für Aktionen der IG Metall-Jugend gegen die Jugendarbeitslosigkeit, die langsam anlaufen. Höchste Zeit wird es ja auch.

In dem Sofortprogramm wird mit dem übergreifenden Verweis auf die Forderungen des DGB den Interessen der Kapitalisten schon weitergehend entgegengetreten, als es „Sofortforde-

rungen" vermuten lassen. Denn diese Forderungen entsprechen einer Durchbrechung des Monopols der Kapitalisten – das sie sowohl als Einzelne wie als Klasse in der Berufsausbildung weitgehend haben.

Wie liegen aber die Probleme in dem Forderungskatalog des Sofortprogramms?

● *Ausbildungspflicht der Betriebe.* – Der Hintergedanke dabei ist wohl der: Ein Überangebot von Lehrstellen liegt praktisch nur im Handwerk vor, das Minderangebot rührt eindeutig her von den großen Kapitalisten, und die sollen nun mit Ausbildungspflicht- und -quote gezwungen werden, mehr auszubilden. Über diesen Weg verspricht man sich somit ein qualifiziertes Angebot von Ausbildungsplätzen – denn die sind ja tatsächlich am ehesten noch in den Großbetrieben zu finden.

Prinzipiell ist die Sache zwar richtig angelegt, genauso aber wie bei der Finanzierungsfrage (Fondsfinanzierung per Umlage) kann die Durchsetzung weitgehend nur politisch erkämpft werden. Zwar gibt es in der Bauindustrie eine tarifvertragliche Regelung, es dürfte aber schwierig sein, Ausbildungspflicht und Quotenregelung für die Kapitalisten per Tarifvertrag schmackhaft zu machen. Sowas gehört für sie nämlich auch zum Tabukatalog. Genauso wie bei der Fondsfinanzierung per Umlage *muß* man hier also auch das *politische Kampffeld* beschreiten. Dem wurde aber bislang von seiten der Gewerkschaften ausgewichen, mit Verweis auf Macht- und Mehrheitsverhältnisse bei Kapital und Regierung. Dieser Forderungsteil kann diesem Problem aber genauso wenig entgehen.

● *Datenbasis und Meldungspflicht.* – Das ganze hat immer einen Hauch von Bürokratie, denn ohne reale Durchsetzung mit Strafregelungen und allem drum und dran hat man natürlich wenig erreicht. Es ist auch zu eng gesehen, wenn man meint, mit diesem Mittel könne man Angebot und Nachfrage bei Ausbildungsplätzen in Regulierung bringen. Erst wenn einem die Durchsetzung der obigen Forderungen gelänge, also in Kombination, wäre man bei dem gewollten Ergebnis. Ohne diesen Zusammenhang hätte man in Richtung *Qualität* der Ausbildung auch noch nichts erreicht.

● *Erweiterung von Ausbildungskapazitäten durch Vollausbildung außerhalb der Betriebe.* – Hier liegt genau der Knack- und Hebelpunkt des Sofortprogramms, denn die Kämpfe können bis auf die Ebene der Kommune hinab ausgetragen werden. Hier läßt sich auch jetzt und schnell um die Quantität und Qualität von Ausbildungsplätzen kämpfen und bekommt der Vorschlag eine gewisse Nähe zu den Forderungen des Beschäftigungsprogramms.

● *Gezielte Förderung von Ausbildungskapazitäten.* – Auch dies der Teil mit den konkreten Kampfmöglichkeiten in den Gemeinden und Städten. Damit liegt auch eine richtige Alternative zu dem Gießkannenprinzip und den „Kopfprämien" für die Kapitalisten vor. Man kann sich konkret schlagen um die Verteilung und die Richtung der Mittel, alles Sachen, die die Kampftätigkeit der Gewerkschaften auf Ortsebene usw. erhöhen können.

Die Frage der politischen Hebel

So wie das Programm vorliegt, ist es ein Zwitter zwischen konkreten Vorschlägen mit Eröffnung von Kampfmöglichkeiten – und dem Schielen auf das politisch „Machbare". Warum?

Fondsfinanzierung oder Ausbildungspflicht und -quote, das ist bei der bisherigen Handhabung solcher Forde-

auch noch nichts erreicht.

● *Erweiterung von Ausbildungskapazitäten durch Vollausbildung außerhalb der Betriebe.* – Hier liegt genau der Knack- und Hebelpunkt des Sofortprogramms, denn die Kämpfe können bis auf die Ebene der Kommune hinab ausgetragen werden. Hier läßt sich auch jetzt und schnell um die Quantität und Qualität von Ausbildungsplätzen kämpfen und bekommt der Vorschlag eine gewisse Nähe zu den Forderungen des Beschäftigungsprogramms.

● *Gezielte Förderung von Ausbildungskapazitäten.* – Auch dies der Teil mit den konkreten Kampfmöglichkeiten in den Gemeinden und Städten. Damit liegt auch eine richtige Alternative zu dem Gießkannenprinzip und den „Kopfprämien" für die Kapitalisten vor. Man kann sich konkret schlagen um die Verteilung und die Richtung der Mittel, alles Sachen, die die Kampftätigkeit der Gewerkschaften auf Ortsebene usw. erhöhen können.

Die Frage der politischen Hebel

So wie das Programm vorliegt, ist es ein Zwitter zwischen konkreten Vorschlägen mit Eröffnung von Kampfmöglichkeiten – und dem Schielen auf das politisch „Machbare". Warum?

Fondsfinanzierung oder Ausbildungspflicht und -quote, das ist bei der bisherigen Handhabung solcher Forde-

rungen durch die Gewerkschaften gleichermaßen „illusorisch", „politisch nicht durchsetzbar". In dem Programm wird aber so getan, als hätte man mit der Ausbildungspflicht und -quote die Sache ein wenig durchsetzbarer gemacht.

Anstatt sich also über die *Mittel* der politischen Durchsetzbarkeit zu verständigen, wird die Sache ein bißchen tiefer gehängt. Das ändert aber gar nichts an der Qualität des Kampfes, die für die Durchsetzung einer solchen Forderung erreicht werden muß. Man kommt dadurch eben *nicht* am schroffen Aufwerfen der Widersprüche gegenüber Kapital *und* Regierung vorbei. Im Gegenteil, dadurch, daß man so tut, als sei man „in Anbetracht der Lage", zum niedriger Hängen bereit, entschärft man die Schlagkraft seiner Forderungen, gibt mehr oder weniger die Trümpfe aus der Hand.

Und die bestehen ja gerade darin, daß man den Charakter der Bildung, der Berufsausbildung und die Unfähigkeit der Kapitalisten, diese zu gewährleisten, in den Vordergrund stellt. Sonst erscheinen Ausbildungspflicht und Quotenregelung nur als bürokratische Instrumente, so wie es jetzt vielfach auch mit den Forderungen des Beschäftigungsprogramms geschieht. Wird es seines positiven, – die kapitalistischen Interessen überschreitenden – Charakters beraubt, wird es den Regierungsinteressen dazu noch geopfert und Wohlverhalten geübt, dann ist der Erfolg von vornherein vergeigt.

So kann das jetzt vorgelegte Sofortprogramm seine Schlagkraft eigentlich nur entwickeln, wenn das ganze mit einer umfassenden Kritik der kapitalistischen Form der Berufsausbildung verbunden wird, wenn geklärt wird, daß es ein absoluter Widersinn ist, wenn Bildung und Berufsausbildung in Abhängigkeit vom Kapital verkommen, wo sie doch die eigentliche Basis für gesellschaften Fortschritt, Produktivkraft und individuellen und kollektiven intellektuellen Reichtum bildet.

Auch der enge Zusammenhang mit einem Beschäftigungsprogramm ist ja kaum zu übersehen. Denn wenn über nützliche Produktion von Werten entschieden werden soll, dann bildet doch die gesellschaftliche Ausbildung der Produzenten allemal die entscheidende Voraussetzung für ein solches Programm. Ein solcher Zusammenhang, ein solches Verknoten eigentlich zusammengehöriger Interessen muß aber offensichtlich in den Gewerkschaften und in der Arbeiterbewegung erst noch entwickelt werden. Das ist auch ein Teil der Überwindung traditioneller sozialdemokratischer Schranken und Bevormundung.

Was tut die Linke?

In den gegenwärtigen Diskussionen programmatischer Richtung oder um linke Wahlbündnisse bilden Bildungswesen und Berufsausbildung kaum ein Moment der Debatte, geschweige denn der Strategiebildung. Höchstenfalls werden zahlenmäßige Bestandsaufnahmen vorgenommen oder Kenntnisnahme und Interpretation der „Jugendunruhen" gewürdigt.

Dabei liegen auf diesem Gebiet wesentliche Momente einer Programmarbeit. Denn auch die spontane Bewegung kann die Probleme ja nicht einfach durch „alternative Ausbildung" und „Ausbildung von unten" (in Abwandlung von „Beschäftigungspolitik von unten") lösen, sondern muß zu Lösungsmodellen und -strategien für den gesamten Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik kommen.

Notwendig wäre also eine Befassung mit diesen Problemen. Auch dazu könnte das Sofortprogramm der IG

Voraussetzung für ein solches Programm. Ein solcher Zusammenhang, ein solches Verknoten eigentlich zusammengehöriger Interessen muß aber offensichtlich in den Gewerkschaften und in der Arbeiterbewegung erst noch entwickelt werden. Das ist auch ein Teil der Überwindung traditioneller sozialdemokratischer Schranken und Bevormundung.

Was tut die Linke?

In den gegenwärtigen Diskussionen programmatischer Richtung oder um linke Wahlbündnisse bilden Bildungswesen und Berufsausbildung kaum ein Moment der Debatte, geschweige denn der Strategiebildung. Höchstenfalls werden zahlenmäßige Bestandsaufnahmen vorgenommen oder Kenntnisnahme und Interpretation der „Jugendunruhen" gewürdigt.

Dabei liegen auf diesem Gebiet wesentliche Momente einer Programmarbeit. Denn auch die spontane Bewegung kann die Probleme ja nicht einfach durch „alternative Ausbildung" und „Ausbildung von unten" (in Abwandlung von „Beschäftigungspolitik von unten") lösen, sondern muß zu Lösungsmodellen und -strategien für den gesamten Bereich der Bildungs- und Ausbildungspolitik kommen.

Notwendig wäre also eine Befassung mit diesen Problemen. Auch dazu könnte das Sofortprogramm der IG

Metall dienen, in der jetzt sich weiter zuspitzenden Lage auf dem Arbeitsmarkt und in der Berufsausbildung. Zwar haben die GRÜNEN Hessen in ihrem Landtagswahlprogramm eine Passage zur Jugendarbeitslosigkeit und beruflichen Bildung, die soweit von dem Sofortprogramm nicht entfernt ist, aber auch hier wird in keiner Weise darüberhinaus Stellung genommen, vor allem was die *Organisierung* des Bildungswesens und der beruflichen Bildung angeht.

In einer solchen strategischen Debatte müßte aber gerade die Frage aufgeworfen und beantwortet werden: Bildet das Monopol der Kapitalisten an beruflicher Ausbildung nicht eine *absolute Schranke* für die Entfaltung der individuellen und gesellschaftlichen Produktivkräfte? Kann die Ausbildung hin auf *den Beruf* überhaupt die Probleme lösen, oder ist nicht auch das selbst eine Schranke zur Entfaltung der Bildungselemente?

Jedenfalls müssen diese Gesichtspunkte auch in den jetzigen Auseinandersetzungen um Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel eine Rolle spielen. Ansonsten dürften die jetzigen Vorschläge der IG Metall und die Kämpfe gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit an den scheinbar unvermeidlichen kapitalistischen „Realitäten" scheitern. Darüber die Unfähigkeit sozialdemokratischer Ideologie oder Führung zu bescheinigen, wäre aber ein bißchen wenig und vor allem gefährlich, was die Folgen dieses Scheiterns angeht.

Arbeitslose Jugendliche in Aktion

Öffentliche Aktionen arbeitsloser Jugendlicher nehmen jetzt immer mehr zu. Vor Wochen noch schien es als wenn die SDAJ in Einzelaktionen eine Organisaionskampagne abziehen könne, mittels Zeltdorf in Bonn usw. Mittlerweile handelt es sich aber um eine breite Bewegung der Gewerkschaftsjugend, insbesondere der IGM- und DGB-Jugendgruppen, in Zusammenarbeit mit arbeitslosen Jugendgruppen und jetzt immer öfter anzutreffenden „Arbeitsloseninitiativen" in denen Gewerkschaftsjugendliche mitarbeiten.

Gemeinsame Aktionen vor großen örtlichen Betrieben, Versammlungen und Kundgebungen in den Innenstädten, sollen den Druck auf die Kapitalisten zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen erhöhen, auf die Lage der Arbeitslosen aufmerksam machen – und auch der Hetzkampagne von wegen „Faulheit" und „arbeitsscheu" entgegentreten. In verschiedenen Städten fanden und finden Hungerstreiks von arbeitslosen Jugendlichen statt, wurden vor allem um den 1. Mai herum die Aktivitäten verstärkt. In Frankfurt führte die ALI ein „Dorf junger Arbeitsloser" durch. Gegen die „Arbeitsplatzvernichter", vor großen Betrieben, wurden fiktive Gerichtsverhandlungen zur Aburteilung angesetzt, wurde die örtliche IHK angeklagt.

allen Arbeitslosen den kostenlosen Eintritt zu allen sportlichen und kulturellen Einrichtungen ermöglicht sowie die freie Fahrt in den öffentlichen Verkehrsmitteln. 1000 Unterschriften wurden gesammelt.

Auf den ganzen Wirbel hin reagierte die IHK mit der Bekanntgabe von 315 freien Ausbildungsplätzen bei 77 Frankfurter Betrieben – doch die ALI ist skeptisch. Wo kommen die Plätze so plötzlich her, sind da nicht Doppelungen mit den gemeldeten beim Arbeitsamt vorhanden. Scheint das ganze nicht eine „Goodwillaktion" der IHK? – Na, jedenfalls kommt durch die Aktion einiges in Bewegung.

Natürlich kommen auch andere in Bewegung. Aktionen bei Stingl wurden polizeilich aufgelöst, Jugendliche „standrechtlich" fotografiert, zu den Akten genommen.

Von diesen vielen örtlichen Aktivitäten wird jetzt auch zu größeren Demonstrationen und Kundgebungen, organisiert durch die DGB-Jugend, übergegangen. So in Hamburg (siehe Plakat unten) und in Oberhausen eine Saalveranstaltung der DGB-Jugend NRWs am Samstag. Offensichtlich will man den Kampf forcieren. Vielleicht entwickelt sich das „Sofortpro-

in Aktion

Öffentliche Aktionen arbeitsloser Jugendlicher nehmen jetzt immer mehr zu. Vor Wochen noch schien es als wenn die SDAJ in Einzelaktionen eine Organisaionskampagne abziehen könne, mittels Zeltdorf in Bonn usw. Mittlerweile handelt es sich aber um eine breite Bewegung der Gewerkschaftsjugend, insbesondere der IGM- und DGB-Jugendgruppen, in Zusammenarbeit mit arbeitslosen Jugendgruppen und jetzt immer öfter anzutreffenden „Arbeitsloseninitiativen" in denen Gewerkschaftsjugendliche mitarbeiten.

Gemeinsame Aktionen vor großen örtlichen Betrieben, Versammlungen und Kundgebungen in den Innenstädten, sollen den Druck auf die Kapitalisten zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen erhöhen, auf die Lage der Arbeitslosen aufmerksam machen – und auch der Hetzkampagne von wegen „Faulheit" und „arbeitsscheu" entgegentreten. In verschiedenen Städten fanden und finden Hungerstreiks von arbeitslosen Jugendlichen statt, wurden vor allem um den 1. Mai herum die Aktivitäten verstärkt. In Frankfurt führte die ALI ein „Dorf junger Arbeitsloser" durch. Gegen die „Arbeitsplatzvernichter", vor großen Betrieben, wurden fiktive Gerichtsverhandlungen zur Aburteilung angesetzt, wurde die örtliche IHK angeklagt.

Gleichzeitig begannen die Jugendlichen mit einer Unterschriftensammlung für einen „Arbeitslosenpaß", der

allen Arbeitslosen den kostenlosen Eintritt zu allen sportlichen und kulturellen Einrichtungen ermöglicht sowie die freie Fahrt in den öffentlichen Verkehrsmitteln. 1000 Unterschriften wurden gesammelt.

Auf den ganzen Wirbel hin reagierte die IHK mit der Bekanntgabe von 315 freien Ausbildungsplätzen bei 77 Frankfurter Betrieben – doch die ALI ist skeptisch. Wo kommen die Plätze so plötzlich her, sind da nicht Doppelungen mit den gemeldeten beim Arbeitsamt vorhanden. Scheint das ganze nicht eine „Goodwillaktion" der IHK? – Na, jedenfalls kommt durch die Aktion einiges in Bewegung.

Natürlich kommen auch andere in Bewegung. Aktionen bei Stingl wurden polizeilich aufgelöst, Jugendliche „standrechtlich" fotografiert, zu den Akten genommen.

Von diesen vielen örtlichen Aktivitäten wird jetzt auch zu größeren Demonstrationen und Kundgebungen, organisiert durch die DGB-Jugend, übergegangen. So in Hamburg (siehe Plakat unten) und in Oberhausen eine Saalveranstaltung der DGB-Jugend NRWs am Samstag. Offensichtlich will man den Kampf forcieren. Vielleicht entwickelt sich das „Sofortpro-

gramm" der IGM ja auch zum Bindeglied innerhalb der Gewerkschaftsjugend. Bei all seinen Mängeln – ein Fortschritt wäre auch das.



Nach den Aktionen der IGM-Jugend zusammen mit arbeitslosen Jugendlichen bei den Firmen HDW, MAN und Blohm & Voss, nach der Demonstration am 1. Mai, mobilisiert der DGB nun gemeinsam mit arbeitslosen Jugendlichen zur nebenstehenden Demonstration.

Bücherhinweise

Neue Taschenbücher im Mai

Ausgewählt von Michael Ackermann und Bernd Wagner



„Ich dachte, es wäre eine Kiste Zigarren – und dabei ist es nur ein Buch.“

Lateinamerika

Emir Rodriguez Monegal (Hrsg.)
Die neue Welt. Chroniken Lateinamerikas von Kolumbus bis zu den Unabhängigkeitskriegen
suhrkamp taschenbuch 811, 13,00 DM, 434 Seiten

Eine Sammlung von Auszügen aus Chroniken, Tagebuchaufzeichnungen, Briefen, Predigten etc. aus der Zeit der Kolonisierung Mittel- und Südamerikas durch die europäischen Kolonialmächte. Die Textsammlung enthält Berichte über die Kultur von eingeborenen Völkern und ihre Zerstörung, die Brutalität der Eroberung, die Vorstellungen der Eroberer und der Eroberten, von Seefahrern und Reisenden wie Kolumbus, A. Vespuci, H. Staden, von Eroberern und Soldaten wie H. Cortés und B.D. des Castillo, von Indios, ihren Nachfahren, Mestizen und von Priestern.

Angel Rama (Hrsg.)
Der lange Kampf Lateinamerikas. Texte und Dokumente von J. Marti bis Salvador Allende
suhrkamp taschenbuch 812, 13,00 DM, 424 Seiten

Die Texte zum Kampf um die Unabhängigkeit Lateinamerikas sind in fünf zeitliche Epochen zusammengefaßt: I. Modernisierung, Internationalismus, Antiimperialismus (1880–1910) mit Texten von J. Marti, M.G. Prada u.a.; II. die mexikanische Revolution (1910): E. Zapata, J. Vasoncelos u.a.; III. die militanten Mittelschichten (1910–1930): J.C. Mariátegui, P.H. Urena, V.R. de la Torre (APRA) u.a.; IV. Krise: Nationalismus, Populismus, Militarismus (1930–1955): A.C. Sandino, J.D. Perón u.a.; V. die aktuelle Debatte: u.a. F. Castro, S. Allende, D. Ribeiro.

José Miguel Oviedo (Hrsg.)
Lateinamerika. Gedichte und Erzählungen 1930–1980
suhrkamp taschenbuch 810, 13,00 DM, 425 Seiten

Die Literatur aus Lateinamerika hat, im Gegensatz zu anderer Literatur aus der Dritten Welt, heute in Europa einen festen Spitzenplatz. Autoren wie P. Neruda, A. Carpentier, J. Cortázar, G.G. Marquez haben innerhalb weniger Jahre die lateinamerikanische Literatur bei uns bekannt gemacht. Das vorliegende Lesebuch vereinigt über 90 verschiedene Schriftsteller Lateinamerikas mit Erzählungen, Auszügen aus größeren Werken und Gedichten aus den Jahren 1930 bis 1980.

Alejo Carpentier
Die verlorenen Spuren
suhrkamp taschenbuch 808

„Die verlorenen Spuren“ ist ein Roman des vor zwei Jahren verstorbenen, bekanntesten cubanischen Autors A.

Texten von J. Marti, M.G. Prada u.a.; II. die mexikanische Revolution (1910): E. Zapata, J. Vasoncelos u.a.; III. die militanten Mittelschichten (1910–1930): J.C. Mariátegui, P.H. Urena, V.R. de la Torre (APRA) u.a.; IV. Krise: Nationalismus, Populismus, Militarismus (1930–1955): A.C. Sandino, J.D. Perón u.a.; V. die aktuelle Debatte: u.a. F. Castro, S. Allende, D. Ribeiro.

José Miguel Oviedo (Hrsg.)
Lateinamerika. Gedichte und Erzählungen 1930–1980
suhrkamp taschenbuch 810, 13,00 DM, 425 Seiten

Die Literatur aus Lateinamerika hat, im Gegensatz zu anderer Literatur aus der Dritten Welt, heute in Europa einen festen Spitzenplatz. Autoren wie P. Neruda, A. Carpentier, J. Cortázar, G.G. Marquez haben innerhalb weniger Jahre die lateinamerikanische Literatur bei uns bekannt gemacht. Das vorliegende Lesebuch vereinigt über 90 verschiedene Schriftsteller Lateinamerikas mit Erzählungen, Auszügen aus größeren Werken und Gedichten aus den Jahren 1930 bis 1980.

Alejo Carpentier
Die verlorenen Spuren
suhrkamp taschenbuch 808

„Die verlorenen Spuren“ ist ein Roman des vor zwei Jahren verstorbenen, bekanntesten cubanischen Autors A.

Carpentier. Ein Tontechniker und ehemaliger Musikwissenschaftler kommt aus einer nordamerikanischen Großstadt während einer Forschungsreise, um alte Musikinstrumente der indianischen Völker zu suchen, in immer entlegenere und kleinere Dörfer im südamerikanischen Urwald. Der Hektik und von ihm auch teilweise erfahrenen Sinnlosigkeit seines bisherigen beruflichen und privaten Lebens steht hier eine Welt mit anderen Werten gegenüber, in der er sich zunehmend heimisch fühlt, die er aber letztendlich nicht zu seiner machen kann.

Vier Gedichtbände

Karl Dedecius (Hrsg.)
Polnische Poesie des 20. Jahrhunderts
Ullstein 20199, 7,80 DM, 236 Seiten

Eine umfangreiche Anthologie polnischer Lyrik, die Gedichte aus der Zeit von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart enthält mit einem ausführlichen Anhang zur Entwicklung der polnischen Lyrik und zu den einzelnen Dichtern.

Bülent Ecevit:
Ich meißelte Licht aus Stein
Ullstein 39045, 6,80 DM, 124 Seiten

Bei uns ist B. Ecevit als ehemaliger türkischer Ministerpräsident, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei und gegenwärtig einer der prominentesten Gefangenen der türkischen Militärjunta bekannt. Bevor er Politiker wurde, war er in er Türkei ein bekannter Lyriker. Gedichte hat er auch weiter während seiner Tätigkeit als politischer Führer geschrieben. Das kleine Bändchen umfaßt 40 Gedichte Ecevits und die beiden Essays „Warum Gedichte“ und „Politik, Lyrik, Mystik“.

ne Welt mit anderen Werten gegenüber, in der er sich zunehmend heimisch fühlt, die er aber letztendlich nicht zu seiner machen kann.

Vier Gedichtbände

Karl Dedecius (Hrsg.)
Polnische Poesie des 20. Jahrhunderts
Ullstein 20199, 7,80 DM, 236 Seiten

Eine umfangreiche Anthologie polnischer Lyrik, die Gedichte aus der Zeit von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart enthält mit einem ausführlichen Anhang zur Entwicklung der polnischen Lyrik und zu den einzelnen Dichtern.

Bülent Ecevit:
Ich meißelte Licht aus Stein
Ullstein 39045, 6,80 DM, 124 Seiten

Bei uns ist B. Ecevit als ehemaliger türkischer Ministerpräsident, Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei und gegenwärtig einer der prominentesten Gefangenen der türkischen Militärjunta bekannt. Bevor er Politiker wurde, war er in er Türkei ein bekannter Lyriker. Gedichte hat er auch weiter während seiner Tätigkeit als politischer Führer geschrieben. Das kleine Bändchen umfaßt 40 Gedichte Ecevits und die beiden Essays „Warum Gedichte“ und „Politik, Lyrik, Mystik“.

Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Das Ziel sieht anders aus
Fischer 5276, 9,80 DM, 190 Seiten

Über hundert Gedichte von 57 Autoren hat dieses Bändchen vereint. Im Vordergrund – die Arbeitswelt, ihre verschiedenartige Widerspiegelung in den Gedichten. Natürlich handelt es sich im wesentlichen um „Alltagslyrik“, keine Kunstwerke im klassischen Sinne. Aber es sind Schlaglichter auf unsere gesellschaftliche Wirklichkeit – mit dem Wunsch nach Veränderung.

Aras Ören
Deutschland, ein türkisches Märchen
Fischer 5130, 6,80 DM, 108 Seiten

Der in Westberlin lebende Türke Aras Ören war einer der ersten Schriftsteller, der versuchte, in Westdeutschland literarisch die Probleme zu artikulieren, vor denen die ausländischen Arbeiter und ihre Angehörigen stehen, die nach Westdeutschland geholt wurden und die man heute abschieben will. „Deutschland, ein türkisches Märchen“ war 1978 bereits als hardcover erschienen.

Frauenbücher

Doris Lessing
Das goldene Notizbuch
Fischer 5241, 5,00 DM, 800 Seiten

In einer einmaligen Jubiläumsausgabe hat der Fischer Taschenbuch Verlag diesen „Klassiker“ der Frauenliteratur und der Frauenbewegung in einer wirklich preiswerten Auflage neu herausgegeben.

Tillie Olsen
Yonnondio

Sinne. Aber es sind Schlaglichter auf unsere gesellschaftliche Wirklichkeit – mit dem Wunsch nach Veränderung.

Aras Ören
Deutschland, ein türkisches Märchen
Fischer 5130, 6,80 DM, 108 Seiten

Der in Westberlin lebende Türke Aras Ören war einer der ersten Schriftsteller, der versuchte, in Westdeutschland literarisch die Probleme zu artikulieren, vor denen die ausländischen Arbeiter und ihre Angehörigen stehen, die nach Westdeutschland geholt wurden und die man heute abschieben will. „Deutschland, ein türkisches Märchen“ war 1978 bereits als hardcover erschienen.

Frauenbücher

Doris Lessing
Das goldene Notizbuch
Fischer 5241, 5,00 DM, 800 Seiten

In einer einmaligen Jubiläumsausgabe hat der Fischer Taschenbuch Verlag diesen „Klassiker“ der Frauenliteratur und der Frauenbewegung in einer wirklich preiswerten Auflage neu herausgegeben.

Tillie Olsen
Yonnondio

Fischer 5243, 8,80 DM, 168 Seiten

Ein amerikanischer Bergmann entflieht während der Depression der dreißiger Jahre mit seiner Familie dem drückenden Elend und lebensgefährlichen Arbeitsbedingungen, um als Pächter einer Farm im Westen seiner Familie ein besseres Leben zu bieten. Hohe Pachtzinsen vereiteln den Versuch – die Familie kehrt zurück in die Slums einer Großstadt, wo der Vater Arbeit in den Schlachthöfen findet. Tillie Olsens in den dreißiger Jahren geschriebener Roman ist nicht nur eine kraftvolle Anklage gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, sondern eine solidarische Parteinahme für die, die mit dem Hunger auch tagtäglich die Folgen materiellen Elends in sich selbst, Verrohung und Abstumpfung, bekämpfen müssen.

Jugend schreibt

Knut Anders
Auf zu neuen Ufern.
Eine Arbeitslosengeschichte
rororo 4960, 5,80 DM, 138 Seiten

Wie der Titel besagt, eine Arbeitslosengeschichte ... Aber eine die Hoffnung und Zuversicht verbreitet, denn der 19jährige Autor gewinnt aus seinen Erlebnissen ein Selbstbewußtsein, einen Willen zur Auflehnung und Umgestaltung. Bewußtseinsprozesse werden in einfacher Sprache vermittelt.

Claudia Bauer
Liebe Eltern 1000 Dank doch eure Welt die macht mich krank
Fischer-Boot 7528, 7,80 DM 174 Seiten

Es ist schon erstaunlich, wie die 16jährige Autorin nicht nur die Probleme und Widersprüche einer Familie aufrollt, wo der Vater alkoholsüchtig ist, sondern in ihrem Roman auch sprachliche Gestaltungskraft und Tiefe entwickelt. Solidarisches Handeln und dessen Entwicklung werden auch in dieser Geschichte plastisch deutlich gemacht.

Film/Filmgeschichte

Fischer Film Almanach 1982
Fischer 3674, 16,80 DM, 400 Seiten

Neben der Übersicht (mit Kommentar) aller in der BRD erst- bzw. uraufgeführten Filme des vergangenen Jahres, ein nützliches Dokument über die Filmförderung, Beiträge zum Stand des kommunalen Kinos und ein umfangreiches Register mit Büchern, Filmschaffenden und Anschriften der Filmverleiher, Kommunalen Kinos und Filminstitute.

Georges Sadoul
Geschichte der Filmkunst
Fischer 3677, 16,80 DM, 484 Seiten

Dieser Klassiker über die Entwicklung des Films, geschrieben von einem französischen Professor für Filmgeschichte, gibt nicht nur einen Überblick über die Filmtechniken, künstlerischen Ausdrucksformen und Moden, sondern er verbindet dies mit den politischen Entwicklungen bis hinein in die fünfziger Jahre.

Weitere Sachbücher

entwickelt. Solidarisches Handeln und dessen Entwicklung werden auch in dieser Geschichte plastisch deutlich gemacht.

Film/Filmgeschichte

Fischer Film Almanach 1982
Fischer 3674, 16,80 DM, 400 Seiten

Neben der Übersicht (mit Kommentar) aller in der BRD erst- bzw. uraufgeführten Filme des vergangenen Jahres, ein nützliches Dokument über die Filmförderung, Beiträge zum Stand des kommunalen Kinos und ein umfangreiches Register mit Büchern, Filmschaffenden und Anschriften der Filmverleiher, Kommunalen Kinos und Filminstitute.

Georges Sadoul
Geschichte der Filmkunst
Fischer 3677, 16,80 DM, 484 Seiten

Dieser Klassiker über die Entwicklung des Films, geschrieben von einem französischen Professor für Filmgeschichte, gibt nicht nur einen Überblick über die Filmtechniken, künstlerischen Ausdrucksformen und Moden, sondern er verbindet dies mit den politischen Entwicklungen bis hinein in die fünfziger Jahre.

Weitere Sachbücher

Józef Marszalek
Majdanek. Geschichte und Wirklichkeit des Vernichtungslagers
rororo 7494, 10,80 DM, 254 Seiten

Die Herausgabe dieses Buches ist ein Verdienst, denn es informiert in umfassendster Weise über: – Entstehung und Entwicklung des Lagers, – Organisatorische Struktur, – die Häftlinge, – Existenzbedingungen, – Arbeit, – Hygienische Verhältnisse und Gesundheitswesen, – Massenvernichtung, – Widerstandsbewegung, – Evakuierung und Befreiung des Lagers. Das Buch 1981 in Polen erschienen, liegt uns damit im Orginal vor.

Mike Cooley
Produkte für das Leben statt Waffen für den Tod. Arbeitnehmerstrategien für eine andere Produktion. Das Beispiel Lucas Aerospace
rororo 4830, 8,80 DM, 188 Seiten

Für die jetzige Diskussion in der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerbewegung ein wichtiges Buch. Cooley, Chef-Konstrukteur bei Lucas Aerospace und Vorsitzender der Techniker-Gewerkschaft, bezieht in seine Analyse nicht nur technische Entwicklungen ein, sondern berichtet auch über die konkreten Ereignisse und Ergebnisse bei Lucas Aerospace. – Auf die Analysen kommen wir noch zurück.



Peter Weiss

Vergangenen Dienstag starb 65jährig der Schriftsteller Peter Weiss im schwedischen Exil, das er nach seiner Flucht vor dem Hitler-Faschismus zu seiner Wahlheimat gemacht hatte. Peter Weiss und sein Werk standen und stehen weiter für das aufrechte moralische, intellektuelle und künstlerische Engagement von Schriftstellern der Gegenwart mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt und der Arbeiterbewegung gegen imperialistische Ausbeutung, faschistische Gewaltherrschaft und kapitalistische Gesellschaft. Sein Auschwitz-Stück gehört zu den bedrückendsten und beeindruckendsten Versuchen, die Brutalität des Faschismus literarisch erfahrbar zu machen. Der „Gesang vom lusitanischen Popanz“ zählt zu den ersten deutschsprachigen Stücken, die imperialistische und neokolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung auf der Bühne zeigen. In den letzten zehn Jahren hat Peter Weiss an seiner dreibändigen „Ästhetik des Widerstands“ gearbeitet. Sie sollte eine Zwischenbilanz seines Schaffens und seiner Auffassungen



Peter Weiss

Vergangenen Dienstag starb 65jährig der Schriftsteller Peter Weiss im schwedischen Exil, das er nach seiner Flucht vor dem Hitler-Faschismus zu seiner Wahlheimat gemacht hatte. Peter Weiss und sein Werk standen und stehen weiter für das aufrechte moralische, intellektuelle und künstlerische Engagement von Schriftstellern der Gegenwart mit den Kämpfen der Völker der Dritten Welt und der Arbeiterbewegung gegen imperialistische Ausbeutung, faschistische Gewaltherrschaft und kapitalistische Gesellschaft. Sein Auschwitz-Stück gehört zu den bedrückendsten und beeindruckendsten Versuchen, die Brutalität des Faschismus literarisch erfahrbar zu machen. Der „Gesang vom lusitanischen Popanz“ zählt zu den ersten deutschsprachigen Stücken, die imperialistische und neokolonialistische Ausbeutung und Unterdrückung auf der Bühne zeigen. In den letzten zehn Jahren hat Peter Weiss an seiner dreibändigen „Ästhetik des Widerstands“ gearbeitet. Sie sollte eine Zwischenbilanz seines Schaffens und seiner Auffassungen

sein. Sie ist, in ihrer ganzen Zwiespältigkeit, durch seinen Tod zu einem künstlerischen und menschlichen Resümee geworden. Peter Weiss hat in manchen seiner Auffassungen politisch geirrt, aber lernen konnte und kann man immer von ihm, auch da wo er Widerspruch hervorrief oder selbst zweifelte. (Wir werden in einer der nächsten Nummern der KVZ ausführlicher auf Peter Weiss eingehen.) *bew*

Fernsehtip

„Lotna“ ist ein polnischer Spielfilm aus dem Jahre 1955 – gedreht von Andrzej Wajda. Es ist die Tragödie vom Untergang der polnischen Armee im Jahre 1938. Als Symbol dient ihm hierzu auf der Ebene der polnischen Armee die Kavallerie. Wajda will den Niedergang eines Zeitalters verdeutlichen, seine Auflösung und die Auswirkungen auf die Menschen. *Sonntag, 16.5., 10.30 im ZDF.* – In dem dreiteiligen Fernsehspiel des schwedischen Regisseurs Jan Troell, **„Der Flug des Adlers“**, geht es um den gescheiterten Versuch des Ingenieurs Andrée und zweier seiner Begleiter, mit einem Wasserstoffballon zum Nordpol zu kommen. Die Mannschaft, die im Juli 1897 startete, starb schon wenige Monate später in der Nähe von Spitzbergen. 1930 wurde ihr Lager gefunden, Fotodokumente und Tagebuchaufzeichnungen dienten den Autoren als Vorlage zum Film. *Sonntag, 16.5., 20.15 Uhr, 1. Teil im ARD.* – Exil, Elend in Frankreich, Kampf im spanischen Bürgerkrieg und Untertauchen in Frankreich – Stationen eines Literaten in dem Fernsehspiel **„Einer von uns“** in der Reihe „Ausgestoßen“. *Sonntag, 16.5., 21.15 Uhr im ZDF.* – Wiederum in der Reihe **„Ausgestoßen“** der Spielfilm von Markus Imhoof **„Das Boot ist voll“** über das Schicksal von jüdischen Flüchtlingen in der Schweiz, die durch eine Änderung der Asylpraxis im Jahre 1942 schwer getroffen werden. *Montag, 17.5., 21.20 Uhr im ZDF.* – Über das Hambacher Fest haben wir in dieser Zeitung schon einiges geschrieben – nun folgt zum 150. Jahrestag auch ein „Dokumentarspiel“. Wie dokumentarisch und politisch korrekt es ist, kann man bei dieser Gelegenheit dann auch überprüfen. *Dienstag, 18.5., 19.30 Uhr im ZDF.* – **„Ansichten aus China“**, eine Sendung über die jüngsten Entwicklungen in China, aufgerollt über chinesische Familien (die z.T. auch in der BRD waren) und ihre Meinungen. *Dienstag, 18.5., 21.20 Uhr im ZDF.*